

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Regulierungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 727.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2. Sonnabend, den 26. September 1896. Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Zur Staatsrefereci in Sachsen.

Sachsen ist infolge seiner großartigen industriellen Entwicklung das Land, in dem die Sozialdemokratie am stärksten vertreten ist. Von rund 592 000 abgegebenen gültigen Stimmen bei den letzten Wahlen im Jahre 1893 erhielt die Sozialdemokratie 270 000, also nahezu die absolute Mehrheit. Dieses rapide Wachstum der Partei ist die Ursache, daß hier früher als irgendwo die gesammten bürgerlichen Parteien gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie machten und ein Kampf gegen sie begann, der von einem fanatischen Haß beherrscht, sehr häufig zu den kleinlichsten und unanständigsten Mitteln und Kniffen führte. Natürlich ohne einen andern Erfolg, als daß er die verfolgte Partei immer mehr erbitterte und ihre Anhänger scharen vermehrte. Die nächsten allgemeinen Wahlen werden der Welt die Tatsache enthüllen, daß im Königreich Sachsen die absolute Mehrheit der Wähler auf Seiten der Sozialdemokratie steht und, ginge es mit rechten Dingen zu, sie berufen wäre, die Regierung des Landes zu übernehmen.

Das Gefühl der gänzlichen Ohnmacht, mit der gehähten und verfolgten Partei fertig zu werden, ist es aber auch, das die großen und kleinen Staatsretter in Sachsen veranlaßt, sich das Hirn zu zermartern nach neuen Mitteln, und seien sie noch so kleinlich, um der Sozialdemokratie ein auszuweichen. Kann man diese verfluchte Partei nicht besiegen, dann muß man sie wenigstens quälen, so lange man noch das Heft in der Hand hat, und sich an ihr rächen.

Von diesem Geiste diktiert sind alle die zahllosen Maßregeln, die seit fünfundsiebenzig Jahren gegen unsere Genossen angewendet wurden und zeitweilig wolkentrübend auf sie niederprasselten. Aber wie der Erfolg zeigt, immer mit der entgegengesetzten Wirkung, die man beabsichtigte. Die gewagtesten Prozesse und härtesten Verurteilungen, zahllose Auflösungen von Arbeiterorganisationen, Verbote und Auflösungen von Versammlungen auf die jadis schmeihesten und oft lächerlichsten Gründe hin, Verbote von Geldsammlungen, Verschlechterung und Verbrennung des Wahlrechts, Kühnste und für unmöglich gehaltene Auslegung bestehender Gesetze, Schikanen aller Art gegen einzelne Personen, die man damit mißdeuten zu machen suchte, alle diese Maßregeln wurden bald von dieser, bald von jener Seite in Anwendung gebracht und fanden stets die Zustimmung fast der gesammten bürgerlichen Presse im Lande und der bürgerlichen Vertreter in der Kammer.

Bestände die Möglichkeit, mit Mitteln wie die erwähnten einer mit elementarer Nothwendigkeit aus dem Wesen und Charakter der bestehenden Gesellschaft hervorgehenden Bewegung Herr zu werden, in Sachsen hätte dieses eintreten müssen. Aber der Versuch ist kläglich gescheitert, wie jeder voraussehen konnte und mußte, der mit ein wenig Verstand das Wesen der sozialistischen Bewegung verfolgte und es zu beurtheilen vermochte. Und doch reitet man immer

wieder, wie hypnotisirt und um den Verstand gekommen, die alten abgetriebenen Säule, bis sie todt zusammenbrechen. Ein Schauspiel, das das tiefste Mitleid erweckt.

Neuerdings scheint es bei den sächsischen Staatsrettern Mode zu werden, ihre Verfolgungen und Verbote durch eigenthümliche philosophische Betrachtungen zu motiviren. Es macht den Eindruck, als fühle man selbst das außerordentlich Kleinliche der Handlungsweise und als habe man das Bedürfnis, sich und anderen gegenüber die Nothwendigkeit, so zu handeln wie man handelt, zu rechtfertigen und das Gewissen zu salbiren.

So hat der „Vorwärts“ vor einigen Wochen eine mit historisch-philosophischen Betrachtungen gespickte Begründung des Bürgermeisters von Waldheim veröffentlicht, wodurch derselbe das Verbot der Vassalleier in Waldheim zu rechtfertigen veruchte, und er hat damit die lebhafteste Heiterkeit seiner Leser erweckt. Heute liegt eine ähnliche Auslassung des Bürgermeisters von Meerane vor, der eine Versammlung und einen Kommerz, wobei Bebel sprechen sollte, verbot. Es ist eine Verbotsrechtfertigung, wie sie nur im Lande Bismarcks möglich ist, und so lassen wir sie zur Ergehung unserer Leser wörtlich folgen. Das Schriftstück lautet:

Die für Sonnabend, den 26. September einberufene öffentliche große Volksversammlung und der für Sonntag, den 27. September in Aussicht genommene Arbeiter-Kommerz werden auf Grund der Polizei-Ordnungen vom 17. Dezember 1880 und 25. November 1895 sowie §§ 5, 12 und 13 des Gesetzes vom 22. November 1880 verboten.

Die Versammlung und der Arbeiter-Kommerz sollen im Saal und Garten des Restaurants zum Ruchengarten stattfinden. Am Sonnabend soll der Reichstags-Abgeordnete August Bebel eine politische Rede über die bürgerliche Gesellschaft und die Sozialdemokratie und am Sonntag eine Festrede halten. Durch diese Festrede stellt sich der angegebene Arbeiter-Kommerz als eine öffentliche Volksversammlung dar. Zu dem Genehmigungsgeuch ist die Angabe, daß ein Eintrittsgeld erhoben werden soll, nicht enthalten, während nach den öffentlichen Bekanntmachungen ein Eintrittsgeld von 25 resp. 20 Pf. zu zahlen ist.

Schon aus dem stark hervorgehobenen Druck in der Annonce geht hervor, daß die Festrede von August Bebel den Hauptanziehungspunkt des Kommerzes bilden soll. Es ist nun zwar fraglich, ob nicht der Name von Bebel, wie es bereits mehrfach hier vorgekommen ist, nur benannt wird, um möglichst viel Leute anzulocken, während dann an dem betreffenden Tage ein Telegramm seine plötzliche Verhinderung meldet; jedenfalls rechnen die Einberufer auf eine außerordentliche Menschenansammlung. Dies geht daraus hervor, daß zum Kommerz und zur Versammlung bereits 5 Tage vorher eingeladen wird, daß an vier Verkaufsstellen Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben sind und daß als Versammlungsort für beide Veranstaltungen trotz der kalten Witterung der Garten und der Saal bestimmt ist. Die Bekanntmachung

*) Mit Wissen Bebels ist niemals in Meerane eine Versammlung angemeldet worden, für die er in letzter Stunde absagte; Herr Ebeling kann für diese Behauptung keinen Beweis erbringen.

betreffend Erhebung des Eintrittsgeldes verstoßt gegen die Polizeiverordnung vom 17. Dezember 1890. Nach dieser fällt die Vereinnahmung von Eintrittsgeld behufs der Zulassung zu öffentlichen Versammlungen, zu denen ihrem Begriffe nach jedermann, ohne besonderen Bedingungen genügen zu müssen, Zutritt haben muß, unter den Gesichtspunkt einer öffentlichen Geldsammlung und bedarf der vorher eingeholenden behördlichen Genehmigung. Daß der Arbeiter-Kommerz, bei dem Bebel's Festrede die Hauptrolle spielt, eine öffentliche Versammlung ist, kann nicht bezweifelt werden.

Aus früheren Jahren ist bekannt, daß auf die Nachricht, Bebel komme, Tausende aus Meerane und der weiteren Umgebung herbeiströmen. Ganze Menschenmassen haben aus den Versammlungsorten zurückgewiesen werden müssen. Da nun für den Versammlungstag ein Sonnabend und für den Kommerz ein langfreier Sonntag gewählt ist, ist zu erwarten, daß viele Tausende nach dem Lokale zusammenströmen werden, umso mehr, da das sozialdemokratische Blatt „Der Beobachter“ in der Nummer vom 22. September auf die Versammlung hinweist, in welcher Bebel nach 30 Jahren zum ersten Male wieder in Meerane spräche.)

Nach dem Regulativ, betreffend die Beschaffenheit und Einrichtung der zu öffentlichen Versammlungen dienenden Räumlichkeiten, vom 25. November 1895 darf für öffentliche Versammlungen nur ein geschlossener Raum benützt werden, den der überwachende Beamte nach allen Seiten hin übersehen kann. Die Benutzung des Gartens ist daher nicht zulässig; aber auch der Saal, der nach dem Regulativ nicht mehr als 760 Personen fassen kann, reicht für den Andrang von Tausenden nicht aus. Die hier zur Verfügung stehende Polizeimannschaft genügt nicht, bei solchen Verhältnissen die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten, sodas noch dazu am Sonnabend und Sonntag bei der nothwendigen Zurückweisung der von auswärts kommenden Zuhörer eine Gefahr für die öffentliche Ruhe entstehen dürfte.

Schließlich kommt noch hinzu, daß Bebel wahrscheinlich seine politische Rede und seine Festrede benutzen würde, um seinen Zuhörern seine vaterlandlose Gesinnung mit glatten Worten einzuschleimen und sie zu Handlungen genügt zu machen, die vom Volksgewissen verurtheilt werden. Die Vorgänge in Lille, wo die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihrer Vaterlandlosigkeit brüsten, von der Vaterlandsliebe und dem nationalen Empfinden der französischen Sozialdemokratie sich beschämen lassen mußten, die Ausweisung Bebels aus der französischen Republik lassen erkennen, welchen beklagenswerthen Standpunkt die Führer der Sozialdemokraten einnehmen. Solche Leute, die mit unserer Stadt und unserer Bevölkerung gar keine Berührung haben, hier reden zu lassen, erscheint nicht im Interesse unseres monarchischen Staates und der staatsstreuen Bürgerlichkeit. Der Hauptgrund für das Verbot der beiden sozialdemokratischen Veranstaltungen sind die oben angeführten räumlichen Verhältnisse und die Rücksicht auf Ruhe und Ordnung.

Meerane, den 23. September 1896.
Der Stadtrath.
(gez.) Dr. Ebeling,
Bürgermeister.

*) Das ist, wenn es behauptet wurde, unrichtig. Bebel war bis 1877 Vertreter für Meerane-Glauchau im Reichstag und hat nach jeder Session auch in Meerane Bericht erstattet. Zum letzten Male sprach er in Meerane vor 7 oder 8 Jahren.

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Mehrere Mitglieder des Rathes murmelten Beifall. „Freunde!“ sagte der Tribun in feierlichem und ernstem Tone, „laßt der Nachwelt der Freiheit nicht nachsagen, daß sie Blut liebt, laßt uns dem erhabenen Beispiel der Barinherzigkeit unseres großen Erlösers folgen. Wir haben triumphirt, laßt uns demüthig sein! Wir sind gerettet, laßt uns verzeihen!“

Die Rede des Tribunen wurde durch Pandulfo und andere milde und gemäßigte Männer unterstützt, und nach einer kurzen, aber lebhaften Berathung übermog der Einfluß Rienzi's und das Todesurtheil wurde, jedoch nur durch eine kleine Mehrzahl der Stimmen, widerrufen.

„Und jetzt,“ sagte Rienzi, „laßt uns mehr als gerecht, laßt uns großmüthig sein!“ Sagt mir, und ohne Rücksichten, glaubt einer von Euch, daß ich zu streng, zu stolz gegen diese hartnäckigen Männer mich benommen habe? Ich lese Eure Antwort in Euren Zügen! Ihr macht mir diesen Vorwurf! Glaubt einer von Euch, dieser mein Fehler habe sie angereizt zu ihrer finstern Rache? Glaubt einer von Euch, daß sie, wie wir, empfänglich sind für Milde und Nachsicht, daß sie besiegt werden können durch Großmuth, daß sie entwaflnet werden können durch eine solche Rache, wie die christlichen Gesetze sie gegen edle Feinde gebieten?“

„Ich denke,“ sagte Pandulfo nach einer Pause, „daß es der menschlichen Natur widerspräche, wenn die Männer, die ihres Verbrechens überführt waren, durch Euch begnadigt werden, dennoch wieder Euren Leben nachstellten.“

„Nicht dünkt,“ erwiderte Rienzi, „wir müssen mehr als begnadigen. Wenn der erste große Cäsar einen Feind nicht vernichtete, so suchte er ihn sich als Freund zu gewinnen.“

„Und ging unter in dem Versuch!“ fiel Baroncelli schnell ein.

Rienzi erschrak und wechselte die Farbe.

„Wenn Ihr diese unglücklichen Gefangenen retten wollt, so wäre es rathsam, nicht zu warten, bis die Wuth des Pöbels nicht mehr zu bändigen ist,“ flüsterte Pandulfo.

Der Tribun erwachte aus seiner Träumerei. „Pandulfo!“ erwiderte er leise, „mein Herz warnt mich, die Schlangenbrut ist in meiner Macht, vernichte ich sie nicht, so kann sie mich zum Dank für meine Nachsicht mit ihrem giftigen Bohn tödten, es ist ihr Instinkt! Aber es sei darum! man soll nicht sagen, daß der römische Tribun mit dem Leben vieler Menschen seine eigene Sicherheit erkaufte, nicht soll auf meinen Grabstein geschrieben werden: „Hier liegt der Feige, der nicht zu verzeihen wagte!“

„Definet den Thurm!“ Laßt uns die Gefangenen mit ihrem Urtheil bekannt machen!“

Mit diesen Worten nahm Rienzi seinen Sitz an dem obern Ende des Tisches ein und die ersten Strahlen der eben aufgegangenen Sonne beleuchteten die blutrothen Wände, in deren Farbe die Barone, welche jetzt wieder in den Saal gebracht wurden, ihr Schicksal zu lesen glaubten.

„Ihr habt,“ sagte der Tribun, „die göttlichen und menschlichen Gesetze beleidigt, aber Gott lehrt den Menschen Gnade üben! Ueberzeugt Euch wenigstens, daß die Hand des Herrn über meinem Leben wacht! Auch wird der, den der Himmel für hohe Zwecke auf den Volksthron erhob, nicht ohne unsichtbare Hilfe und höheren Schutz bleiben! Wenn geborene Monarchen für heilig gehalten werden, um wie viel mehr einer, in dessen Gewalt die göttliche Hand selbst ihr Zeugniß bekundet. Ja, über dem, der nur für sein Vaterland lebt, dessen Größe die Gabe seines Vaterlandes ist, dessen Leben die Freiheit seines Vaterlandes bedingt, machen die Geister der Gerechten. Gebt Euren Zorn gegen mich auf, belehrt durch Euer letztes Mißgeschick und durch Eure gegenwärtige Gefahr, achtet die Gesetze, sowie die Freiheit Eurer Vaterstadt, und glaubt mir, daß es kein edleres Schauspiel giebt, als Männer, wie Ihr, aus patrizi-

ischem und berühmtem Geschlecht geboren, die ihre Macht anwenden, um die Vaterstadt zu beschützen, den Reichthum und die Künste zu befördern, die dem Ritterstande Ehre machen, indem sie die Gesetze aufrecht erhalten helfen. Zieht Eure Schwerter zurück und laßt den ersten Mann, der die Freiheiten Roms verlehrt, Euer Opfer sein, und wäre es selbst der Tribun; Eure Sache ist untersucht! Euer Urtheil ist gesprochen! Erneuert Euren Eid, Euch jeder öffentlichen und geheimen Feindseligkeit gegen die Regierung und die Behörden Roms zu enthalten, und Ihr seid begnadigt — Ihr seid frei!“

Die erstaunten, wie aus den Wolken gefallenen Patrizier beugten unwillkürlich die Knie, die Mönche, welche ihre Beichte gehört hatten, nahmen ihnen den vorgeschriebenen Eid ab, und während die Barone mit entfärbten Lippen die feierlichen Worte flüsterten, hörten sie unten das Gebrüll des Volkes nach ihrem Blute.

Als diese Ceremonie beendet war, trat der Tribun in den Bankettsaal, welcher zu einem Balkon führte, von dem er gewohnt war, das Volk anzureden, und nie vielleicht war seine wunderbare Gewalt über die Leidenschaften einer Versammlung mehr nothwendig und zeigte sich erfolgreicher, als an diesem Tage, denn die Wuth des Volkes war aufs äußerste gestiegen, und es dauerte lange, ehe es gelang, sie zu beschwichtigen. Noch ehe Rienzi jedoch seine Rede beendet hatte, war jede Woge der wilden See beruhigt.

Sobald der Tribun bemerkte, daß der günstige Augenblick gekommen sei, wurden die Barone auf den Balkon geführt. In der Gegenwart so vieler Tausende verpflichteten sie sich feierlich, den guten Staat zu beschützen. Und so war derselbe Morgen, der für ihre Hinrichtung bestimmt schien, ein Zeuge ihrer Wiederveröhnung mit dem Volke.

Die Menge zerstreute sich, die meisten beruhigt und zufriedener, die Klügeren jedoch der Zukunft mit schwarzen Ahnungen entgegensehend. (Fortsetzung folgt.)

Man darf es einem um das Wohl und Wehe der bürgerlichen Gesellschaft und der von ihm regierten Stadt bürgerlichen Bürgermeistern nicht gar zu sehr verargen, daß er seine ganze Macht anwendet, Staat und Gesellschaft zu retten, aber man kann verlangen, daß er in seiner Begründung bei der historischen Wahrheit bleibt. Wenn Herr Ebeling dabei geblieben, so müßte er auch konstatieren, daß obgleich Meerane seit 80 Jahren eine Anzahl sozialdemokratischer Volksversammlungen erlebte, die oft so überfüllt waren, daß kein Apfel zu Boden fallen konnte und Hunderte, ja Tausende — wie Herr Ebeling selbst ausspricht — keinen Platz mehr fanden, niemals die geringste Störung der öffentlichen Ordnung eintrat und niemals die Organe der „öffentlichen Ordnung“ Ursache hatten einzugreifen. Stets haben Polizei und Gendarmen in Meerane ausgereicht, um zu thun, was ihre Pflicht war.

Das zu konstatieren war Herr Ebeling der Einwohnergesellschaft Meerane's schuldig, als deren regierendes Oberhaupt er austritt und von deren Steuergroschen er bezahlt wird. Auch dürfte ihm unmöglich werden, nachzuweisen, daß er eine Art Hüter des „Volksbewußtseins“ sei, sicher nicht, soweit es das Gewissen des Volks von Meerane angeht. Was sich Herr Ebeling wohl unter Volksbewußtsein denkt?

Wäre ferner Herr Ebeling bei der historischen Wahrheit geblieben, so hätte er sich die Behauptung erparen können, die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihrer Vaterlandslosigkeit brüsten, seien in Lile von der Vaterlandsliebe und dem nationalen Empfinden der französischen Sozialdemokratie beschämt worden. Unsere französischen Genossen werden einige sehr vergnügliche Augenblicke haben, lesen sie diese Behauptung des Meeraner Stadtoberhauptes, sie die bei sich zu Hause sich dieselben Nebenburschenschaften von der französischen Bourgeoisie lassen müssen, die Herr Ebeling den Führern der deutschen Sozialdemokratie an den Kopf wirft. Gegen diese abgeschmackten Angriffe ein Wort der Verteidigung oder der Rechtfertigung zu sagen, fällt uns nicht ein, unsere Genossen werden beim Lesen die Anklagen des Herrn Ebeling diese mit demselben Ausbruch unbändiger Heiterkeit begleiten, mit dem wir sie begleitet haben.

Dieser Ausbruch unbändiger Heiterkeit wird noch gesteigert, lesen wir weiter in dem Elaborat des Herrn Ebeling, daß man solche Leute, wie die sozialdemokratischen Führer, nicht in der guten Stadt Meerane sprechen lassen dürfe, die mit unserer Stadt und unserer Bevölkerung gar keine Verührung haben, und weil ihr Reden nicht im Interesse unseres monarchischen Staats und der staats-treuen Bürgererschaft ergeht.

Herrn Ebeling's Eifer, für Meerane und seine Bevölkerung Vorsehung spielen zu wollen in allen Ehren, aber er scheint nicht zu wissen, daß von den ersten Reichstagswahlen im Jahre 1867 an bis heute stets die sehr große Mehrzahl der wahlberechtigten Männer Meerane's sozialdemokratisch gewählt haben, und zwar betrug diese sozialdemokratische Mehrheit nie weniger als 70—80 pCt. der abgegebenen Stimmen. Siebt es eine Stadt in Sachsen, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit sozialdemokratisch gesinnt ist, so Meerane, und hätte die Meeraner Einwohnergesellschaft das Recht — was sie von Rechts wegen haben sollte —, ihr Stadtoberhaupt frei zu wählen, es wäre 1000 gegen 1 zu wetten, nicht Herr Ebeling wäre heute Bürgermeister von Meerane, um das „Volksbewußtsein“ vor Verletzungen zu hüten, sondern einer unserer Parteigenossen. So sieht es mit den Beziehungen der großen Mehrheit der Meeraner Bevölkerung aus, die zwischen ihr und Herrn Ebeling und den sozialdemokratischen Führern bestehen.

Der ganze Vorgang zeigt einmal wieder, wie am Ende des neunzehnten Jahrhunderts die große Mehrheit einer politisch reifen Bevölkerung noch gezwungen sein kann, sich von einem Manne bevormunden zu lassen, den sie mit ihren sauer aufgebrauchten Steuergroschen zu erhalten hat; und daß heutzutage Regierungsmaximen Geltung haben, für deren Durchführung die Einsicht des letzten Gendarmen genügt. Sagte der Kanzler Drenstierne einst zu seinem Sohne: „Du weißt nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ — so würde er, falls er heute lebte, zu der Ansicht kommen, daß es am Ende dazu des Verstandes überhaupt nicht bedarf.

Das Privilegium der Bank von Frankreich.

Paris, 22. September 1896.

Die Grundeigentümer haben kein Glück; sie hatten sich zum Messias Herrn Meline erkoren, der ihnen versprochen hatte, die Getreidepreise zu erhöhen, wenn man ihm die Getreide-Einfuhrzölle bewillige. Er hat seine Kornzölle bekommen, aber die Grundeigentümer warten noch auf die erhöhten Getreidepreise. Um sie zu beschwichigen, sagte Herr Meline ihnen, das sei die Schuld des Silbers, das seinen halben Werth verloren habe. Um nun dieses Unglück wieder gut zu machen, ist Herr Meline Präsident der bimetalistischen Liga geworden, die dem weißen Metall seinen früheren Werth zurückgeben will, indem sie die freie Silberprägung erwirkt — was zur Folge hätte, daß sich ein Goldstrom in die Taschen der amerikanischen Silberminen-Besitzer ergießt, wenn es auch nicht gelingen sollte, einen europäischen Straben aus diesem Paktolus auf die Aeder der europäischen Bauern zu leiten.

Aber Meline beschränkt seinen Ehrgeiz nicht darauf, der Messias der Silberleute und nothleidenden Landwirthe zu sein, er will auch der Erlöser der Bankiers werden, in denen die Grundeigentümer ihre schlimmsten Feinde erblicken und die sie in den tiefsten Höllenpfehl verwünschen. Er hat dem Goldkönig Rothschild versprochen, die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich durch-

die das Parlament in letzter Stunde an die Wand drücken wollen, um einen Beschluß herbeizuführen, bevor man Zeit gehabt, den Vertrag im einzelnen zu studiren.

Früher hatten es die Herren eiliger; so brachte Rouvier, Finanzminister und Bedienter Seiner Majestät des Herrn Rothschild, 1891 einen Gesetzesvorschlag betr. die Erneuerung ein, zu dessen Begründung er sagte: „Die Bank muß die Gewißheit einer hinreichend langen Zukunft vor sich haben. Sie darf nicht der Möglichkeit ausgesetzt werden, unmittelbar vor dem Tage, wo ihre Existenz als privilegiertes Institut ein Ende nehmen kann, selbst ihr Grundprinzip und die Grundbedingungen ihrer Thätigkeit in Frage gestellt zu sehen.“ Und Burdeau, der Vorsitzende der Budgetkommission, und noch ein anderer Bedienter Rothschild's, erklärten: „Wenn das Privilegium nicht erneuert würde, so wäre ein Aufschub von sechs Jahren nicht zu lange, um mehr als drei Milliarden Banknoten, die heute Goldkurs haben, aus dem Umlauf zurückzuziehen und den Ertrag der alten durch neue Banknoten vorzubereiten, denen man bis in die kleinsten Dörfer Kredit verschaffen müsse.“ Da die Vorlage Burdeau-Rouvier nicht mit geschlossenen Augen angenommen wurde, und da die radikalen und sozialistischen Abgeordneten sich dahin geäußert hatten, daß die Bank für eine Erneuerung der Privilegien thätig zu zahlen habe, befahl Rothschild Rouvier, die Vorlage zurückzuziehen und sie bis zur letzten Minute todt erscheinen zu lassen, wodurch es der Kammer unmöglich gemacht wurde, die Vorlage zurückzuweisen, aus Furcht vor einer allgemeinen Finanzkatastrophe. Rouvier gehörte.

Obgleich die Bank von Frankreich eine nationale genannt wird — ebenso wie die Staatsbank, die doch nichts nationales an sich hat, außer daß sie von der Nation bezahlt wird — so ist sie doch ein Privatunternehmen, geleitet und verwaltet von Rothschild und noch einigen großen Bankiers im alleinigen Interesse der Bankiers und der Aktionäre der Bank, die nur insofern national ist, als sie sich der Gewalten der Nation bedient, um die nationale Industrie und den nationalen Handel, kurz die Nation selbst, auszubeuten.

Die Bankiers sind die Meister und Herren des Staates, der ihnen Rechte bewilligt, die er, der Staat, sich nicht zu nehmen wagt. Der Staat kann kein Geld anfertigen, seine Befugnis beschränkt sich darauf, das Geld festzustellen und seinen Mänsgehalt nach einer Prüfung zu bestimmen, dagegen überläßt der Staat der Bank das Privilegium, Papiergeld nicht nur über den Werth ihres Aktienkapitals sondern sogar auch über den ihres metallischen Kassenbestandes hinaus anzufertigen und zu veranlassen. Nach der letzten Bilanz der Bank beträgt der metallische Kassenbestand 3 Milliarden 200 Millionen und der Banknoten-Umlauf 3 Milliarden 500 Millionen. Das ist also eine Differenz von 300 Millionen (gewöhnlich ist das Mißverhältnis noch weit beträchtlicher), die durch kein Äquivalent in Metallgeld gedeckt werden, die aber trotzdem Zinsen bringen, und die im Falle einer Krise den Bankrott der Bank und eine Erschütterung des öffentlichen Credits herbeiführen würden, wenn nicht der Staat wie ein Deus ex machina, um die Bank zu retten, ihnen Zwangskurs verleihen, wodurch den Papiersegen, die sonst höchstens für Fidi-busse gut genug wären, der gesetzliche Goldwerth gegeben wird.

Der Staat hat noch andere Vergünstigungen für die Bank: das Gesetz begrenzt die Zinsen für Darlehen unter Privatleuten auf 5 pCt. und bei solchen unter Gewerbetreibenden auf 6 pCt. Die Bank hat die Berechtigung, dieses Gesetz zu überschreiten, wenn sie Vortheil davon hat, und die Tare ihres Diskontos, d. h. die Zinsen der Darlehen an Handel und Industrie, d. h. 6 pCt. zu erhöhen. Sie wählt sich die Krisenzeiten, um aus diesem Privilegium Nutzen zu ziehen; 1857 erhöhte sie die Diskontotare auf 10 pCt.; wenn also die Industriellen und Handeltreibenden in einer Krise stecken, so hat die Bank von Frankreich und mit ihr die Bankiers die fetteste Beute. Der Diskonto der Bank von Frankreich bestimmt aber die Diskontotare für die Bankiers ganz Frankreichs.

Wenn Rothschild und die großen Bankiers die Darlehenszinsen ihrer Bankhäuser erhöhen wollen, so fangen sie damit an, den Diskonto der Bank von Frankreich in die Höhe zu treiben.

Napoleon I., der Gründer der Bank von Frankreich, setzte in ihre Statuten, sie sei errichtet zur Unterstützung von Handel und Gewerbe und er wolle, daß der Diskonto immer die gleiche Tare behalte und nicht in Zeiten der Krise erhöht werde. Die Bank blieb der Idee ihres Gründers eine zeitlang treu — von 1818 bis 1855 —; während 37 Jahren stand die Diskonto-Tare auf 4 pCt. Doch seitdem haben die Bankiers den Willen des Vorgesetzten von Europa mißachtet. Nach der Erneuerung der Privilegien im Jahre 1857 beschwerten sich die Kaufleute und Industriellen, die zwei Jahre lang einen Diskonto von mehr als 5—6 pCt. bezahlen mußten, und sie verlangten, daß die Bank nicht das Privilegium haben dürfe, Bücher zu treiben; alles, was sie erreichen konnten, war, daß wenn der Diskonto 6 pCt. überschreite, der Ueberschuß nicht unter die Aktionäre vertheilt, sondern dem Reserfonds der Bank einverleibt werden solle.

Die Bourgeois, die in Frankreich herrschen, waren thöricht genug, der Bank diese außerordentlichen Vorrechte zu bewilligen, ohne irgend welche Gegenleistungen zu fordern; sie selbst haben den Bankiers erlaubt, den Handel und die Gewerbe auszubeuten, wie es von den mittelalterlichen Feudalherren nicht schlimmer getrieben ward, die von den Kaufleuten, die ihr Gebiet betreten, Wegegeld erhoben.

Die Bank hat allen Grund, sich dem Volk, das ihr umsonst solche Privilegien gegeben hat, erkenntlich zu zeigen.

Während des Krieges von 1870/71 brauchte die Nation Geld. Nach verschiedenen Konferenzen ließ die Bank 1 Milliarde 300 Millionen Französisch zu 6 pCt. Diese 1800 Millionen kosteten die Bank nicht einen Sou. Denn am 10. August 1870 erhielten ihre Banknoten Zwangskurs und vier Tage später forderte und erhielt die Bank das Recht, ihre Banknoten-Ausgabe auf 2 Milliarden 400 Millionen zu erhöhen, so daß die Millionen, welche sie dem Staat zu 6 pCt. lieh, ihr nur die Mühe kosteten, das Papier als Banknoten drucken zu lassen; und in dem Maße und Verhältnis, wie sie Millionen in die Staatskasse stecken ließ, erhielt sie das Recht, ihre Banknoten-Ausgabe zu erhöhen. Am 29. Dezember 1871 betrug die Banknoten-Ausgabe 2 Milliarden 800 Millionen, am 19. Juli 1892 3 Milliarden 200 Millionen. Bei dieser Rechnung begreift man, daß die Bank reichen

Gewinn auf Kosten des durch den Krieg ausgeplünderten Volkes hatte; in der That betragen die Aktien-Dividenden

1869	107 Fr.
1870	114 „
1871	270 „
1872	320 „

Die Bank jubelte: „niemals“, sagt der Jahresbericht von 1872, waren die Geschäfte so gewinnreich.“ Die Bank von Frankreich prägt Gold aus dem Unglück Frankreichs.

Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. September.

„Sachliche“, von „persönlicher Ehrenkränkung“ freie Polemik. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ist sehr böse auf uns, weil wir in unserer Donnerstag-Nummer bemerkt, daß es nicht nöthig sei, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentages im Reichstage einzubringen, indem ein dahin zielender Antrag bereits gestellt sei. Dies veranlaßt die „Sächsische Arbeiterzeitung“, uns — nicht gerade höflich — mangelnde Kenntniß der Geschäftsordnung des Reichstages vorzuwerfen. Zwischen einem Antrag, die Bundesregierungen zu ersuchen, daß sie einen Gesetzentwurf einbringen, und einem Gesetzentwurf sei ein großer Unterschied.

Das ist richtig — war uns auch nicht ganz unbekannt — will aber nichts befagen, sündmalen der Antrag ebenfals Gelegenheit zu agitatorischer und propagandistischer Behandlung der Frage bietet, wie ein fertig vorgelegter Gesetzentwurf.

Ein Gesetzentwurf muß allerdings, vorausgesetzt, daß er bei der zweiten Lesung nicht abgelehnt wird, in welchem Fall die dritte Lesung fortfällt, dreimal berathen werden, während ein Antrag bloß einmal, bis zu seiner Erledigung, debattirt wird. Das ist jedoch ein sehr unwesentlicher Unterschied, und eine gute, gründliche Debatte ist unseres Erachtens für den Zweck vollständig genügend, zumal an Annahme eines Gesetzentwurfes garnicht zu denken ist.

Uebrigens hat die Frage: ob Antrag oder Gesetzentwurf bloß eine akademische Bedeutung, denn da der Reichstag am 10. November seine neue Session beginnt, sondern die im Dezember des vorigen Jahres begonnene nur fortsetzt, so hat er auch alle noch residirenden Anträge dieser Session geschäftsmäßig zu erledigen, ehe er sich neuen Anträgen zuwenden kann. Und die residirenden Anträge sind so zahlreich und der Reichstag hat ein so großes Arbeitspensum vor sich, daß für neue Anträge schwerlich Zeit vorhanden sein wird. Nun könnten zwar möglicherweise die Sozialdemokraten ihre residirenden Anträge zu gunsten eines neuen zurückstellen — obgleich jene Anträge, wie z. B. der betreffend die Majestätsbeleidigung, von hoher politischer und prinzipieller Bedeutung sind —, allein zu einer solchen Verschiebung ist die Zustimmung der übrigen Fraktionen, die auch Initiativanträge auf Lager haben, erforderlich, und diese Zustimmung, die obendrein eine Gefälligkeit wäre, würde vermuthlich nicht ertheilt werden.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ meint, die Frage des Achtstundentages könne und solle auch bei den einzelnen geeigneten Staatsposten zur Diskussion gebracht werden. Hiermit hat sie vollkommen recht; was sie wünscht, ist bereits wiederholt geschehen und wird auch weiter geschehen.

Wenn zum Schluß die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ uns vorwirft, wir suchten „mit Vorliebe“ irgend einen formellen Kram heraus — eine persönliche „Ehrenkränkung“ oder eine „juristische Floskel“ — so fehlt uns wirklich das Verständniß für diesen seltsamen Ausbruch journalistischer Hysterie.

Und wenn die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ uns endlich die Pistole auf die Brust setzt und uns „sachliche Gründe“ abfordert mit dem pathetischen Ruf: „Herans damit!“, so haben wir einfach zu erwidern: die Frage kommt in wenigen Wochen auf dem Parteitag zur Verhandlung und zur Entscheidung, und wir haben keinen Grund, uns jetzt in eine ganz überflüssige Polemik über die Frage des Achtstundentages einzulassen, in bezug auf welche sachliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei nicht bestehen.

In der gleichen Sache wird uns geschrieben:

Einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag statt der gestern erwähnten Resolution soll die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einbringen, so verlangt es Genosse Parvus und spricht er bei dieser Gelegenheit die Meinung aus, daß etwas mehr Kenntniß der Geschäftsordnung des Reichstages von unserem Zentralorgan schon erwartet werden dürfte.“ Wir sind nun weit entfernt, in die höhere parlamentarische Befähigung des Genossen Parvus den leisesten Zweifel zu setzen, aber dieses Mal hat ihm seine stets zur Schau gestellte Eiferwässererei doch einen argen Streich gespielt. Parvus verlangt, daß die parlamentarische und agitatorische Aktion für den Achtstundentag möglichst unverzüglich in Angriff genommen werde, da sonst Gefahr im Verzuge sei. Der „Vorwärts“ wies nun nach, daß die Reichstagsfraktion, Anregungen früherer Parteitage folgend, der Einsicht des Genossen Parvus weit voraus geeilt und längst einen beglücklichen Antrag gestellt hat. Statt sich nun damit zu beruhigen, daß festgestellt ist, daß die Forderung des Achtstundentages im Reichstage möglichst bald zur Erörterung kommt, wirft Parvus dem „Vorwärts“ mangelnde Kenntniß der Geschäftsordnung vor, während doch gerade umgekehrt, wenn der Parvus'sche Vorschlag — Einbringung eines neuen Antrages — befolgt würde, nach der Geschäftsordnung im Reichstag nicht die geringste Aussicht ist, die Sache in der nächsten Session überhaupt noch zur Sprache zu bringen. Wir meinen nach dieser Probe den Beweis erbracht zu haben, daß wenn einer die Geschäftsordnung des Reichstages noch zu studiren hat, die Sache des Genossen Parvus ist.

Zum Vereinsrecht. Die „Rolle als Denunziant“, meint das Organ der hiesigen Antifemiten, sollen wir spielen, weil wir auf das zweierlei Maß hinweisen, mit dem politischen Arbeiter- und Bourgeois-Vereinen gegenüber gemessen wird. Nun, der Vorwurf ist ein Verlezenheitskniff und verdient keine weitere Beachtung. Wir verlangen grundsätzlich unbeschränkte Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für jedermann, so lange aber dem noch gesetzliche Schranken entgegen stehen, verlangen wir, daß in bezug auf dieselben gleiches Recht

*) Griechischer Name eines Flusses in Sydien, der im Alterthum als goldreich bekannt war.

für alle gelbt und am Arbeiter nicht das gestraft werde, was der Bourgeois ungestraft thun darf. Daß gewisse Kreise, denen unsere „Denunziationen“ unbecquem sind, diese unsere Beweggründe nicht verstehen wollen, wird uns nicht abhalten, auf der betretenen Bahn weiter zu wandeln. Im übrigen will das zitierte Blatt das „Mißverständnis“ auf die unbecqueme Fassung seines eigenen Berichtes über die Delegiertenwahl schieben. Die „antifemischen“ Delegierten werden ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu irgend welchen Vereinen gewählt und vertreten auf dem Parteitag die Partei, d. h. die Gesamtheit der Wählerschaft, nicht die einzelnen Vereine, die dort als solche gar nicht vertreten sind.

Das ist recht schön gesagt, nur leider kommt es in der Streitfrage gar nicht darauf an, ob die Delegierten Mitglieder der betreffenden Vereine sind, sondern darauf, von wem die Delegierten gewählt sind. Und wenn diese Wahlen nicht in Vereinsversammlungen oder Vorstandssitzungen stattgefunden haben, was ebenso unzulässig ist, so nennt uns die antifemische Presse vielleicht die öffentlichen Versammlungen, in denen die Wahlen vorgenommen worden sind.

Die Reporternotiz vom teuflichen Plan der Sozialdemokraten, die anderen Parteien außerhalb des Gesetzes zu stellen, wird von dem Organ des Ex-Reichskanzlers für baare Münze genommen und in einem zwei Spalten langen Leitartikel nach der bekannten Schablone verwerthet. Der marasmus senilis muß da schon bedenklich weit vorgeschritten sein.

Die Vergnadigung des Schuhmanns Lorenz, nachdem er 8 Tage im Zuchthaus verbracht hat, wurde in einer Depesche unserer gestrigen Ausgabe mitgetheilt. Es handelte sich bei seiner Verurtheilung um folgendes:

Lorenz hatte in Gemeinschaft mit seinem Kollegen Meyer einen obdachlosen Menschen namens Rettner verhaftet und, nachdem Meyer diesen zunächst mißhandelt, hatte sich Lorenz von dem Gefängniswärter die Zelle öffnen lassen und den Rettner mit Schimpfwörtern: „Wißt Du wohl gestehen, Du Hund?“ zu dem Gefängnis veranlassen wollen, daß er mehrere in der Umgegend von Alt-Damm vorgekommene Brände angelegt habe. Als Rettner hierauf seine Unschuld behauptete, begann Lorenz ihn in unmenschlicher Weise mit dem Säbel zu bearbeiten. Der Arzt, der den Verwundeten später untersuchte, konstatierte eine Anzahl von flachen Hieben herabgehender blutunterlaufener Striemen, ferner vier schwere Kopfwunden und eine 8 Zentimeter lange tiefe Wunde unterhalb des Schulterblattes. Lorenz wurde infolge dessen am 26. August zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt und sofort in Haft genommen.

Sicher wäre es sehr interessant, die Gründe zu erfahren, die für die Vergnadigung des Herrn Lorenz ausschlaggebend gewesen sind.

Die Auslieferung Tynan's war, nach einer Notiz des „Standard“, bis zum vorgestrigen Tag noch nicht von der englischen Regierung beantragt worden. „Es scheint irgendwo zu hapern“ — there seems to be a hitch some where —, meint das ministerielle Organ. Mit der ganzen Melville'schen Verschwörung scheint es zu hapern. Und die heute aus London eingelaufene Meldung, gestern habe die englische Regierung den Antrag auf Auslieferung Tynan's gestellt, klingt sehr unwahrscheinlich. Dagegen dürfte es wahr sein — was gleichzeitig gemeldet wird —, daß die englische Regierung darauf verzichtet habe, die Auslieferung der zwei in Holland gefangenen „Verschwörer“ zu beantragen.

Mittlerweile hat in England der Prozeß gegen den auf englischem Boden verhafteten Bell begonnen, gegen den einzigen, der bei der öffentlichen Meinung nicht in den Verdacht gekommen ist, ein Vespil zu sein, den man vielmehr nur für einen Narren hält, der sich von anderen Leuten als Werkzeug hat mißbrauchen lassen. Einem weiteren Telegramm zufolge erschien in London der in Glasgow verhaftete Bell vor dem Gerichtshof in Bowstreet unter der Anklage eines Komplotts mit Tynan, Kearney und James zur Verübung von Dynamitattentaten im Vereinigten Königreich. Nach Vernehmung von Polizeibeamten, deren Aussagen die Anklage unterstützten, wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Der Gerichtshof in Bowstreet ist eines der zahlreichen Polizeigerichte in London, also Gerichtshöfe niederster Instanz, unserer Amtsgerichte entsprechend. Außer der Entscheidung von Bagatellen liegt ihnen die Führung der richterlichen Voruntersuchungen in größeren Strafprozessen ob, denn diese richterlichen Voruntersuchungen werden in England im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit und mit allen Wärschaften des kontraktirischen Verfahrens geführt. Der Gerichtshof von Bowstreet hat die Voruntersuchung in politischen Prozessen; auch über alle von fremden Regierungen in London gestellten Auslieferungsanträge hat er zu entscheiden.

Gladstone kann trotz seiner 87 Jahre das Agiliten nicht lassen und donnert wieder tüchtig gegen die „unausprechlichen Tücken“ los. Nun — das macht ihn vergnügen und ist sein gutes Recht. Nur möchten wir uns Gedächtnis zurückrufen, daß als im Jahre 1892 die Tücken, Araber und andere Wuhamedaner sich ernsthaft daran machten, von Ggypten aus das Türkenreich und den Wuhamedanismus von Grund aus zu reformieren, es einen gewissen Jemand gab, der diesen Reformversuch mit Kanonen und Flinten zum Scheitern brachte — und daß dieser Jemand Gladstone hieß. Wir reden von der Reformbewegung, an deren Spitze Arabi Pascha stand. Gladstone war damals Minister und er hatte nichts eiligeres zu thun, als eine Flotte und eine Armee nach Ggypten zu schicken. Die Flotte schoß Alexandrien in Trümmer und die Armee überwand Arabi Pascha, der heute noch englischer Staatsgefangener ist.

Beiläufig wurde das damalige Vorgehen Gladstone's auf das Jüdenen seiner russischen „Freundin“, der berüchtigten Madame Reibow zurückgeführt. Die russische Diplomatie, in deren Sold diese Dame steht, verfolgt seit einem Jahrhundert mit jährr Konsequenz den Plan, türkische Reformen zu hintertreiben. Jeder türkische Reformversuch gab den Russen Anlaß zu einem Krieg. Auch dem letzten russischen Türkenkrieg ging ein solcher Versuch voraus — und zwar die Einführung einer parlamentarischen Verfassung. Im Jahre 1882 nahm der freundliche Gladstone den Russen die Last des Kriegführers ab.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. stand gestern der Landarbeiter Richard Preuser, aus der Provinz Brandenburg gebürtig, angeklagt, während einer Fahrt auf der Bahn den deutschen Kaiser in heftigen Ausfällen beleidigt zu haben. Er hatte sich damit gebrüht, sich vor nichts zu fürchten, auch nicht vor dem Zuchthaus. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt. Das Gericht erklärte ihn der Majestätsbeleidigung für schuldig und verurtheilte ihn zu 18 Monaten Gefängnis.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich heute der Arbeiter Friedrich Janotke aus Spandau vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Am 9. Juli d. J. fand in Spandau ein Arbeiterausflug statt. Vor der Thür einer Restauration stehend sah Janotke in Gesellschaft anderer Arbeiter den Kaiser an. Aus den Reihen der letzteren wurden Worte hinterher gerufen, die Janotke erwiderte. Gleich darauf wurde er von dem Arbeiter Teschner denunziert, daß sich der von ihm ausgehobene Ruf auf den Kaiser bezogen habe, worauf Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben wurde. Der Angeklagte behauptete vor Gericht, sein Jurus habe den ihm verhafteten Sozial-

demokraten gegolten, er als alter gedienter Soldat werde doch den Kaiser nicht beleidigen. Die Beweisaufnahme ließ es denn auch sehr zweifelhaft erscheinen, daß der Angeklagte sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe, weshalb auf Freisprechung erkannt wurde.

Zu einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung führte eine bößartige Denunziation, die der „Journalist“ Biede gegen den Stallmann Wilhelm Heise erhob. Letzterer sollte in einem Restaurant in der Invalidenstrasse in angeheiteter Stimmung ein Lied gesungen und dabei „gehöhelt“ haben, worin eine Majestätsbeleidigung lag. Heise wurde in Haft genommen und im gestrigen Termine vor der I. Strafkammer des Landgerichts I ergab sich nichts Belastendes. Der Denunziant war aber zum Termine nicht erschienen und wurde in eine Ordnungsbüchse genommen. Den Angeklagten entließ der Gerichtshof aus der dreiwöchigen Untersuchungshaft und vertagte den Termin.

Der Majestätsbeleidigung angeklagt, hat sich Genosse Ado am Donnerstag, den 1. Oktober, vor der 2. Strafkammer des Landgerichts in Leipzig zu verantworten. Wie wir bereits meldeten, ist eine in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Alt-Leipzig im Gohlenthal am 13. August d. J. gethane Neupferung unter Anklage gestellt.

Deutsches Reich.

Zur Frage der Militär-Strafprozess-Reform wird auch der „Münchener Allg. Ztg.“ aus guter Quelle mitgetheilt, daß die jüngsten Mittheilungen der „Staatsb. Zeitung“ nur Kombinationen seien, die nicht gerade fern liegen, und dann hinzugefügt: „Die Angelegenheit ist im besten Fluss, jedoch keineswegs bereits in einem Punkte gefördert, wo sich bestimmte Mittheilungen machen lassen. Ob an der früher geäußerten Absicht festgehalten wird, den Entwurf dann, wenn er an den Bundesrath gelangt, auch zu veröffentlichen, steht noch dahin. Soviel aber dürfte schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit sich voraussagen lassen, daß die Verhandlungen im Bundesrath sich einigermaßen in die Länge ziehen werden, da es nicht ganz leicht sein dürfte, die Mittellinie zu finden, auf der sich ein Ausgleich zwischen dem preussischen und dem bayerischen Standpunkt in bezug auf verschiedene Fragen — die namentlich unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Disziplin hochwichtig erscheinen — vollziehen kann.“

Gegen die Handwerkerorganisation erklärte sich der 22. sächsische Tagewerkentag, der soeben in Greiz getagt; er beschloß u. a. eine Petition an die kais. Landesregierung und kais. sächsische Regierung, im Bundesrath vorzulegen, um sein Mandat niederzulegen, in der Voraussetzung, daß ein bekannter Großgrundbesitzer des Dreifelder Kreises, der auf das Reichstagsmandat spekulirt, für die Erhaltung der Landwirtschaft auf dasselbe den Preis von 15 000 M. auszahlte.

Der Deutsche Bund für Bodenreform hat am Sonnabend den 26. d. M. nachmittags 6 Uhr seine diesjährige Generalversammlung einberufen, die in den Armuthshäusern, Kommandantenstr. 20, stattfinden soll. Auf der Tagesordnung steht außer dem Geschäfts- und Kasienbericht ein Referat über: Die Bodenfrage in den Kolonien, und um 8 1/2 Uhr ein Vortrag des Herrn Professor Lehmann-Hohenberg über: Zweck und Ziele des Deutschen Volksbundes.

Bei den Wahlmänner-Wahlen zum Oldenburger Landtag, die am Montag vollzogen wurden, haben unsere Genossen zwar keine Mehrheit errungen, die ihnen die Möglichkeit einer Vertretung im Landtage sichert, aber sie haben gegen die letzte Wahl im Jahre 1893 ganz erheblichen Stimmenzuwachs erworben und im nächsten Kreise wäre die Aussicht auf Erfolg groß gewesen, hätte die Vertretung der Sozialdemokraten nicht die Gegner zu den gewaltigsten Anstrengungen veranlaßt, um Heren der Situation zu bleiben. So brachten sie, wie dem „Hamburger Echo“ geschrieben wird, so ziemlich den letzten Mann an die Urne und es gelang ihnen noch einmal, die „Gefahr“ einer sozialdemokratischen Vertretung im Landtage abzuwenden. Die Stimmengahlen vertheilten sich, soweit bekannt, wie folgt. In der Gemeinde Pant stieg die sozialdemokratische Liste mit 831 Stimmen (1893: 193) gegen 168 der Gegner. In der Gemeinde Neuenbe stiegen die Bauern mit 97 Stimmen über die Sozialdemokraten, die 62 Stimmen erhielten. Vor drei Jahren stieg dort die sozialistische Liste mit 31 Stimmen. In Sande erhielt die Liste der Sozialdemokraten 11 Stimmen (1893: keine), während die Bauern 67 Stimmen zusammenbrachten. Diesmal hatte die sozialdemokratische Gefahr sie an ihrer Tragheit aufgehoben; Mann für Mann kamen sie an und brachten zum Theil auf ihren Wagen ihre Arbeiter mit. Daß die Arbeiter für die Lebenswürdigkeit, von ihren Herren spartieren gefahren zu werden, deren Kandidaten wählten, leblich um ihre Dankbarkeit zu bewegen, ist für jeden doch einleuchtend. In der Gemeinde Schortens erhielt die sozialdemokratische Liste 45 Stimmen (1893: 13), die der Gegner 70. In Döppers stieg die sozialdemokratische Liste mit 166 gegen 81 Stimmen. In Jever erhielten die Sozialdemokraten, wie zu erwarten, nur wenige Stimmen, jedoch mehr, als wir vermutheten, nämlich 28 (1893: keine); die vereinigten Gegner brachten auf ihre Liste 138 bis 148 Stimmen zusammen. In den Gemeinden im Norden Jeverlands sind sozialistischerseits gar keine Versuche zur Aufstellung von Wahlmännern gemacht worden.

In der Stadt Oldenburg beteiligten sich 1056 Urwähler, etwa fünfmal so viel als bei der Wahl im Jahre 1893. Knäpfernd 100 sozialdemokratische Stimmen wurden abgegeben. In der Landgemeinde Oldenburg wurden 134 Stimmen abgegeben gegen 13 vor drei Jahren. Die Liste der Bürgerlichen wurde mit 72 Stimmen gewählt, während für und 62 Stimmen abgegeben wurden. In Osterburg hatte man drei Listen, eine Bauern-, eine Bürger- und eine sozialdemokratische Liste. Die 18 Wahlmänner der Bürgerliste stiegen.

Auch in Delmenhorst sind die von der Bürgerpartei aufgestellten 25 Wahlmänner gewählt, doch bleibt es nur eine Frage der Zeit, ihnen den Sieg zu entreißen. Es wurden im ganzen 427 Stimmzettel abgegeben, von denen 204 auf die Liste unserer Partei fielen, während die bürgerliche 211 Stimmen erhielt, also mit knapper Mehrheit stieg. Angefichts der geringen Rücksicht unserer Genossen ein geradezu großartiger Erfolg für dieselben. Die Vertretung war im Vergleich zu früher eine außerordentlich starke. Während dieselbe sich vor 3 Jahren auf nur 8 1/2 pCt. stellte, stieg dieselbe jetzt auf 28 1/2 pCt.

Das „Nordb. Volksblatt“ in Bant bemerkt zu den Resultaten: „Dieser stetige Vormarsch auf der ganzen Linie, diese Steigerung des Interesses der Arbeiterschaft an der Landtagswahl und die erwachende Erkenntnis unter ihnen, daß sie selbstständig vorgehen müssen, wollen auch sie eine Vertretung haben, freut und mehr als ein augenblicklicher Erfolg, es verbürgt dies den sicheren Sieg, während ein Kompromiß oder eine Wahl-agitation im Stillen und nur vorübergehende Erfolge bringen kann. Die sozialdemokratische Wähle mahlt hier zwar langsam, aber sicher. Ist die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf unterlegen, so geschah es in ehrlichem Kampfe unsererseits und ist nicht weniger ehrenvoll als ein Sieg gewesen wäre.“

Aus Schwartau (Hauptstadt Lübeck) wird dem „Hamburger Echo“ zur Landtagswahl ferner geschrieben: Für die Gemeinde

Meusefeld wurde die Wahl der Urwähler zum oldenburgischen Landtage vorgenommen. Es war das erste Mal, daß unsere Genossen sich an der Wahl beteiligten. Während zu den früheren Wahlen in den vergangenen Jahren oftmals nicht ein einziger Wähler erschienen war — es wurden dann einige Bauern vom Gemeinderath, ohne dazu gewählt zu sein, einfach zur engeren Wahl nach Gutem geschickt — war die Vertretung bei dieser Wahl eine rege zu nennen. Von ungefähr 300 Urwählern haben 110 ihr Wahlrecht ausgeübt. Für unsere Partei wurden 69, für unsere Gegner 40 Stimmen abgegeben, 1 Stimme war ungültig. Von unseren Genossen wurden fünf gewählt. In Schwartau war die Wahl schon am Montag von 11 bis 1 Uhr und war dieselbe von Anfang an für unsere Genossen aussichtslos. Es waren daher von unserer Seite keine Wahlmänner aufgestellt. Die Meusefelder Genossen können mit ihrem Erfolge zurücheln sein, hoffentlich wird es die letzte Wahl sein, daß die Schwartauer Herren Spießbürger so leichten Kaufs davon gekommen sind.

In Bremen haben unsere Genossen gleichfalls eine zahlreich besuchte Protestversammlung gegen die Ausweisung der englischen Seeleute abgehalten. Darin machte Genosse Schmalleldt nach dem Bericht der „Bremer Bürgerzeitung“ folgende Mittheilung:

„Was die Bremer Polizeibehörde gethan, habe doch sein Erwähnens werth. Die Maßnahmen werfen ein altes Sprichwort völlig über den Haufen: „Die Münchberger hängen keinen, bevor sie ihn haben“. Der Bremer Senat weise Leute aus, die noch gar nicht da seien. Als Wilson sich sogar noch in England befand, wurde er bereits ausgewiesen. Die Suche nach den Engländern ließ den Polizeibeamten kaum Ruhe. Wunders werde man sich aber, wenn er hier mittheilen könne, daß trotz allen Suchens nach diesen verflügten Engländern doch einer derselben in Bremerhaven gewesen sei, der tagelang mit ihm, dem Redner, konfertierte.“

Schließlich wurde folgende Protest-Resolution angenommen: Die Volkerversammlung,

überzeugt, daß in einer festen, umfassenden Organisation der Arbeiterklasse der Grundbau zu einer existenzhaften und gesicherten Regelung der Arbeiterverhältnisse zu erkennen sei und überzeugt von der durch die Entwicklung der Weltwirtschaft vorherbedingten Nothwendigkeit inniger Verknüpfung der nationalen Organisationen des Proletariats zu internationalen Verbänden,

sieht in der durch den Senat des bremischen Staates verfügten Ausweisung Tom Mann's und Wilson's einen Akt, der in einseitiger Weise das Interesse eines Theils der bestehenden Klasse vertritt und durch den aufs neue bewiesen ist, daß die herrschende Klasse von einem wahrhaften Arbeiterschutze nichts wissen will.

Die Versammlung erkennt weiterhin in der Ausweisung einen Akt, der den Fortschritt der Entwicklung friedlicher Beziehungen der Völker zu einander zu hemmen geeignet, also kulturwidrig ist, und, ihrer tiefsten Entrüstung über die Maßnahmen des Senats mit aller Entschiedenheit Ausdruck gebend, erklärt sie, aufs neue den Beweis dafür erhalten zu haben, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse einzig durch die arbeitende Klasse selbst errungen werden kann.

Im Regierungsbezirk Magdeburg sind wieder Konditionenlisten für Lehrer eingeführt. Die Regierung hat in einer den Kreis-Schulinspektoren und durch diese den Lokal-Schulinspektoren und Direktoren direkt zugegangenen Verfügung vom 2. September dieses Jahres die Aufforderung ergehen lassen, ihr unter anderem einen Bericht über „das antike und außerantike Verhalten der Lehrer“, und zwar über „ihre sittliche Haltung im allgemeinen“, über ihre „Fortbildung“, über ihre „Verhältnisse zu den Vorgesetzten“ und über ihre „Stellung zur Gemeinde, besonders zu den Eltern ihrer Schüler“ einzureichen. — Berichte, wie die hier verlangten, die sich oft nur auf allgemeine Urtheile ohne Ausführung beweisender Thatsachen beschränken, bei denen der Betheiligte niemals erzählt, was über ihn berichtet worden ist, in denen daher Unrichtigkeiten enthalten sein können, die der Lehrer richtig zu stellen keine Gelegenheit bekommt, müssen die Lehrer tief kränken, bemerkt dazu die „Neue Päd. Zeitung“. Durch geheime Konditionenlisten geräth der Charakter schwacher Naturen in die höchsten Gefahren. Verleumderei und Intriguen sind ihre Früchte. Die Regierung ahnt damit nur die Versuche zur geheimen Ueberwachung der Arbeiter nach, die sich viele Unternehmer seit Jahren angelegen sein lassen.

Mainz, 24. September. (Fig. Ber.) Ein feiner Ruhhandel ist zwischen dem Ordnungsbüro für die bevorstehende Wahl zur zweiten Kammer des hessischen Landtags zu Stande gekommen. Um nämlich den Sozialdemokraten, welche seit zwölf Jahren die beiden Landtagsmandate in Händen haben, die vereinigten „liberalen“ Stimmen entgegen zu stellen, haben die „demokratische“, die deutsch-freimüthige und national-liberale Partei einen Pakt mit einander geschlossen, wonach die vereinigten liberalen Parteien den demokratischen Stadtverordneten Schärer und den deutsch-freimüthigen Stadtverordneten Dr. Otto Gassel als Kandidaten aufstellen. Nur das Zentrum hat sich nicht angeschlossen und geht seine eigenen Wege. Seine Kandidaten sind die Stadtverordneten Hafner und Professor Dr. Schlenger. Von sozialdemokratischer Seite kandidirt Dr. David, Redakteur, und Schriftführer Daab. Thuen die Genossen am 5. Oktober ihre Pflicht, so wird sich trotz dieses Ruhhandels der Sieg an unsere Fahne heften.

Stuttgart, 25. September. Die evangelisch-soziale Konferenz für Württemberg verhandelte gestern die Arbeitsverkürzung und den Achtstundentag. Stadtpfarrer Zraub hielt einen längeren Vortrag, in dem er den gegenwärtigen Stand der Arbeitsverkürzungsfrage behandelte, und kam zu dem Resultat, daß die Vortheile einer solchen die Nachteile bei weitem aufwiegen. Man dürfe aber nicht einen Achtstundentag erstreben, sondern einen den verschiedenen Verhältnissen angemessenen Maximal-Arbeitstag, der sich nicht höher als zehn Stunden erstrecken dürfe, bei schwerer Körperarbeit auf acht Stunden, bei gesundheitsgefährlicher nur auf sechs Stunden. In der Debatte stimmte die Versammlung den Ausführungen allgemein zu.

Eine bescheidene Anfrage richtet ein Verer unseres Blattes mit folgenden Worten an den Herrn Landrichter Gröber:

„Vor einiger Zeit kam in den Zeitungen die Nachricht von einem kleinen Konflikt zwischen dem Reichs- und Landtags-Abgeordneten Gröber und dem Reichstags-Abgeordneten Sigl, welcher letzterer dem ersteren auf den Spott der „Zwiel“-Cheh hinauszuwachte und dabei unter anderem denselben daran erinnerte, wie er seinerzeit für einen katholischen Geistlichen St. (früher in Wachenburg), welcher wegen einer Reihe von Verbrechen wider die Sittlichkeit sich nach der Schweiz geflüchtet hat und freibrieflich verfolgt ist, sich die Finger wund geschrieben habe, um denselben vor der drohenden Auslieferung zu retten. Eine Nichtbeachtung oder Widerlegung dieser Behauptung Sigl's ist nicht erfolgt, obgleich in der Oeffentlichkeit über den Fall sehr viel gesprochen wurde und noch gesprochen wird und obwohl man sonst mit Berichtigungen gleich bei der Hand ist. Wir erlauben uns deshalb hiermit im öffentlichen Interesse die Anfrage: Ist es wahr, daß Herr Gröber sich in der That in der von Dr. Sigl angegebenen Weise in den Fall des katholischen Geistlichen St. von Wachenburg eingemischt hat, und wenn dies der Fall, wie will Herr Gröber dies rechtfertigen?“

Oesterreich.

Die Oesterreichische Wahlreform. Die heutige „Wiener Zeitung“, der Oesterreichische „Reichs-Anzeiger“, veröffentlicht die von dem Kaiser sanktionirte Wahlreform-Gesetz-

und die Durchführung - Verordnung zur Reichsraths - Wahlordnung.

Ungarn.

Budapest, 25. September. Die interparlamentarische Friedenskonferenz hielt heute ihre Schlussung. Bezüglich der Frage des internationalen Schiedsgerichts wurden folgende Resolutionen angenommen: Die Mitglieder sollten in den Parlamenten eine gemeinsame Aktion veranstalten; es soll eine spezielle Kommission entsendet werden, welcher jedoch nur die Frage des permanenten Schiedsgerichts überweisen würde; die Propaganda leite das Bureau. Bezüglich des nächsten Kongresses wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Feststellung des Ortes dem Bureau zu überlassen, welches sich mit dem Bureau des Friedenskongresses in Bern in Einvernehmen zu setzen habe.

Schweiz.

Bern, 25. September. Der Bundesrath hat den seit einigen Wochen in Genf wohnenden russischen Edelmann Viktor Rasafudje ausgewiesen.

Frankreich.

Die Glashütte der Arbeiter. Dem in der vorgestrigen Nummer erwähnten Aufsatz des Genossen Jaures entnehmen wir noch einige interessante Einzelheiten. Da in Carmaux selbst, wo Herr Hesseguier, der Urheber des großen Glasarbeiter-Streiks und der ungewissen Vater der Arbeiter-Glashütte haupt, kein geeignetes Grundstück zu haben war, wandte man sich nach der Nachbarstadt Albi, wo in günstiger Lage und unter auch sonst günstigen Bedingungen ein passendes Terrain erworben ward. Mit den Bauarbeiten ward sofort begonnen.

Die dazu notwendigen 8000 Franks wöchentlich wurden von dem ausführenden Ausschuss mit größter Pünktlichkeit eingezahlt und, wie schon mitgeteilt, der Bau und die sonstigen Vorbereitungen sind soweit gediehen, daß die Glashütte im Laufe des Monats Oktober wird eröffnet werden können. Die französischen Gewerkschaften haben das Unternehmen nicht bloß durch die Erwerbung von Antheilscheinen oder „Tidets“ unterstützt, sondern sich auch verpflichtet, nur solche — in den Fabrikationsbereich der Arbeiter-Glashütte fallende — Waaren, namentlich Flaschen aller Art zu kaufen oder zu benutzen, die in der Arbeiter-Glashütte hergestellt sind und deren Fabrikmarke tragen.

Wird dies auch wirklich eingehalten, wird es von den Arbeitern als Ehrensache betrachtet, keinen Wein, keine sonstigen Getränke und Flüssigkeiten zu konsumieren, die nicht in Flaschen der Arbeiter-Glashütte enthalten sind, so wäre allerdings für den zum gedeihlichen Betrieb notwendigen Absatz gesorgt.

Um zu erwirken, daß die noch ausstehenden Aktien fest gekauft werden, und um überhaupt die Sympathien der französischen Arbeiter für das Unternehmen noch werthvoller zu gestalten, wird eine systematische Agitation betrieben, an der sich die meisten der sozialistischen Abgeordneten lebhaft beteiligen, namentlich Jaures, der Abgeordnete für Carmaux, der sich gewissermaßen für den Erfolg verbürgt hat.

Einstweilen werden nur zwei Hochöfen erbaut, die in wenigen Tagen ganz fertig sein werden; es ist aber Raum für zwei weitere vorhanden.

Natürlich bietet Herr Hesseguier und die kapitalistische Presse alles Erdenkliche auf, um das Gelingen des Unternehmens zu verhindern, allein diese Anstrengungen dienen nur dazu, den Eifer der Arbeiter anzuspornen, von denen der Erfolg abhängt.

Ueber die Kosten des Zarenempfanges erzählt man, daß die Regierung hierfür einen Kredit von fünf Millionen vom Parlament zu verlangen gedenkt. Derselbe wird bei dem kürzlich neu eingeführten Kapitel des Budgets: „Zuschüsse für den Empfang von Fürstlichkeiten“, eingestellt. Hieron sind allein für die Truppenmacht in Chalons 1 200 000 Fr. berechnet. Die Stadt Paris hat außerdem für den Zarenbesuch 1 1/2 Millionen ausgegeben.

Man sieht, das Vergnügen, den schüchternen Nicolaus als Gast empfangen zu dürfen, ist so theuer, daß man sich die Größe des Nagenjammers, der folgen wird, kaum groß genug vorstellen kann.

Belgien.

Brüssel, 25. September. Dem Vernehmen nach wird König Leopold die nächste Kammeression persönlich eröffnen und denjenigen Sitzungen beiwohnen, in welchen der vom Kriegsminister ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Einführung der persönlichen Wehrpflicht zur Verhandlung gelangen wird.

König Leopold scheint also, ähnlich wie die Könige des vorrevolutionären Frankreichs in ihren lits de justice (Justizbetten) genannten Parlamenten, durch seine Anwesenheit die Annahme von Gesetzentwürfen erzwingen zu wollen, für die unter normalen Verhältnissen in den Parlamenten eine Majorität nicht zu haben wäre.

Der Inhalt des Gesetzes über die persönliche Wehrpflicht ist noch nicht bekannt. Jetzt gilt das System der Stellvertretung in der Armee, was die Militärfreiheit der Reichen und die doppelte schwer empfundene Wehrpflicht der Proletarier bedeutet. Dieses System wird seit Jahren in der energischsten Weise von unseren Parteigenossen bekämpft, aber von der Bourgeoisie aufs lebhafteste verteidigt. Seit die Sozialdemokratie die weitestgehende Partei Belgiens geworden ist, haben die Nachhaber das lebhafteste Interesse, die Armee so umzugestalten, daß sie nicht mehr eine Armee des Proletariats bleibt. Hieraus erklärt sich die Energie des mit seiner Popularität bei der Bourgeoisie nicht gerne spielenden Königs, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht herbeizuführen.

Spanien.

Madrid, 24. September. Die Personen, welche anlässlich des jüngsten Attentats in Barcelona verhaftet worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

In Gijon wurde ein Individuum festgenommen, welches Maueranschläge veranlaßt hatte, die gegen die Armee gerichtet sind.

Rußland.

Ueber die eigenartige Haltung Rußlands in der armenischen Frage spricht sich ein Korrespondent der „Times“ in St. Petersburg folgendermaßen aus: „Keine Thränen sind über das Schicksal der Armenier geflossen, die nächst den Juden — und sollen wir hinzufügen den Engländern? — unter allen Rassen die meistgehaßten sind. Soweit es von Rußland abhängt, lagte vor einigen Tagen eine russische Autorität, ist die Lage der Armenier hoffnungslos. Als die Russen 1878 in Erzerum einrückten, fanden sich auf dem russischen Konsulat Attenstände von der russischen Wotschaft in Konstantinopel vor, worin der Konsul angewiesen wurde, die Armenier im Dunkel zu lassen und ihnen in keiner Weise zu helfen, gleichsam als ob es Rußlands Interesse sei, durch weiteres Befehlslaffen der türkischen Bedrängung den Armeniern um so besser beizubringen, wie vortheilhaft für sie die russische Staatsangehörigkeit wäre. Wollte Rußland der Türkei ernstlich beistehen, um die Lage ihrer christlichen Unterthanen aufzubessern, so würden die Armenier erstarren und zufriedener werden, was jedoch nicht von der russischen Politik angestrebt wird. Diese Politik ist in bezug auf Armenien nicht unähnlich derjenigen, die zur Zeit des Niedergangs Polens unter Katharina getrieben wurde, wo Rußland die polnische Reichsverfassung als einen Vorwand benutzte, um eine Herstellung der untergehenden Monarchie abzulehnen.“

Amerika.

Ueber die Kandidaten der kämpfenden Parteien bei der Präsidentschaftswahl sind in den Vereinigten Staaten Aufstellungen gemacht, nach denen der „Frankfurter Zeitung“ zufolge für McKinley 258 Elektoralstimmen

herausgerechnet werden, während Bryan nur 194 Stimmen erhielt. Zur absoluten Mehrheit sind 224 Stimmen nöthig, da das Elektoralvotum diesmal 447 Stimmen beträgt. Nach dieser Aufstellung seien für McKinley als sicher (?) anzusehen 218 Stimmen, nämlich Konnetikut, Illinois, Iowa, Kansas, Maine, Massachusetts, Michigan, New-Hampshire, New-Jersey, New-York, Ohio, Pennsylvania, Rhode-Island, Vermont und Wisconsin. Als ungewiß, aber günstig für die Republikaner: Kalifornien, Maryland, Minnesota, Oregon, Washington und West-Virginia — zusammen 40 Stimmen. Für Bryan seien sicher 125 Stimmen, nämlich Alabama, Arkansas, Colorado, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi, Montana, Nevada, North-Karolina, South-Karolina, Tennessee, Texas, Virginia und Utah. Als ungewiß aber günstig für die Demokraten: Delaware, Idaho, Indiana, Kentucky, Missouri, Nebraska, North-Dacota, South-Dacota und Wyoming — zusammen 69 Stimmen.

Afrika.

Pretoria, 24. September. Der Volksraad votirte ein Gesetz, welches die Ausweisung von gefährlichen oder lästigen Fremden gestattet.

Partei-Nachrichten.

Als Delegirte zum Gothaer Parteitage sind, soweit bekannt, bisher gewählt:

- Berlin I: Schuster, Joh. Timm. Berlin II: Antrich, Dr. Kronz. Berlin III: R. Alboldt, Hermann Schmidt. Berlin IV: Röhm, Gurtisch, Voigt. Berlin V: Robert Schmidt. Berlin VI: Kiesel, Parr, Grasshof. Kreis Nieder-Barnim: Pössel-Weihensee, Knaut-Reinickendorf. Kreis Teltow-Beestow: Neumann-Romawas, Ostermann-Nixdorf. Luchowwalde: H. Tabert. Spremberg: A. Krüger. Frankfurt an der Oder: G. Schöpflin. Kreis Kalau-Ludau: Redakteur Eichhorn. Dresden. Stettin: A. Appel. Danzig: H. Stolpe. Lübeck: Th. Schwarz. Halle a. S.: A. Albrecht. Kreis Oschersleben: A. Trautwein-Halberstadt, G. Kessler-Berlin. Halberstadt: A. Dablen, G. Adler. Breslau: J. Buhns. Kreis Hameln in Hannover: A. Weg. Eberfeld: W. Gewehr. Barmen: A. Vogel. Bielefeld: R. Schred. Hagen: G. Freil. Minden: A. Jemler. Düsseldorf: Fr. Amisch. Krefeld: H. Vär. Herford: G. Nau. Kreis Mayen-Würweiler: A. Schweidert, Fräulein J. Löwenherz. Köln: A. Hofrichter. Kreis Wiesbaden: Dr. Auard. Bernburg: G. Böhm. Dresden rechts der Elbe: Bogarell, Frau Eichhorn. Dresden links der Elbe: Köppen, Redakteur Eichhorn. Dresden-Land: W. Richter, W. Bärthel. Meerane: Fr. Göhe. Kamenz i. S.: Fr. Müller. Freiberg i. S.: H. Zimmer. Waldheim i. S.: G. Haufe. Willkau i. S.: Dr. Flemming. Pöhlitz im Erzgebirge: O. Gottschald. Pegau i. S.: R. Hertwig. Wurzen: G. Niem. Leipzig, Stadt und Land: Lange, Grenz, Lehmann, Frau Meder. Gera: W. Eeden. Zwönitz: Frau Wöllmer. Koblenz: G. Adler. Arnstadt: Fr. Gild. Gießen: P. Scheidemann. Darmstadt: H. Berthold. Ehringhausen, Kreis Wehlart: F. W. Gladen. Augsburg: H. Mattulat. Stuttgart: A. Hilbrandt. Freiburg i. B.: Fr. Gang. Karlsruhe: W. Kolb. Mannheim: A. Dreesbach. Meß: D. Schleicher. Saargemünd: L. Emmel.

Von der Agitation. In Torgau a. d. Elbe hatten die dortigen Genossen, weil ihnen kein Lokal zur Verfügung stand, seit zwei Jahren keine Versammlung mehr abhalten können. Vor einigen Wochen aber ist es nach langem Bemühen gelungen, wieder ein Lokal, wenn auch außerhalb der Stadt, zu bekommen. Es wurde nun am letzten Sonntag eine Versammlung abgehalten. Dieses unerhörte Vorgehen mußte natürlich gerochen werden. Nicht nur daß dem Vertrauensmann und Einberufer Genossen Kietisch, der von Beruf Schneidermeister ist, die Kundschast rebellisch gemacht wurde — das Torgauer Kreisbl. verweigerte auch die Aufnahme einer Ankündigung der Versammlung. Das gleiche geschah seitens des Bankdirektors Raablow, dem Besitzer der Anschlagtaseln, trotzdem die Polizei die Erlaubniß zum Anschlag erteilt hatte. Dem Wirth wurde die Entziehung des Militärbesuchs angedroht. Kurz, auf alle mögliche Weise wurde für unsere Versammlung ungewiss gemacht, so daß sie — da der Wirth fest blieb — über Erwarten stark besetzt war. Genosse Jahn aus Berlin referirte über „Die Sozialdemokratie im Kampfe mit den bürgerlichen Parteien“ unter anhaltendem Beifall und die Genossen Kietisch und Schulz geißelten das Gebahren unserer Torgauer Gegner. In den Arbeiter-Bildungsverein traten sich eine große Anzahl neuer Mitglieder an. Der bisherige Vertrauensmann, Genosse Kietisch wurde aufs neue zum Vertrauensmann gewählt. Seinen redlichen und energischen Bemühungen wird es auch in Zukunft gelingen, unseren Ideen in Torgau Verbreitung zu verschaffen. Alles in allem: Die Versammlung nahm den günstigsten Verlauf und mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

Aus Solingen. Vorstand und Aufsichtsrath der Genossenschafts-Buchdruckerei veröffentlichten in der Donnerstag-Nummer folgende Erklärung an die Leser: „Der Anfall der Dienstag-Nummer ist auf die unbedachtame Handlungsweise des früheren Seherpersonals zurückzuführen. Da sich demnach eine öffentliche Versammlung mit der Angelegenheit befassen soll, verzichten wir vorläufig auf jede weitere Erörterung. Es ist Sorge getragen, daß dem Weitererscheinen der „Berg. Arbeiterstimme“ nichts im Wege steht.“

Die „Münchener Post“ und die „Augsburger Volkszeitung“ sind zu einem Blatt verschmolzen worden, das die Namen beider Zeitungen im Titel führt. Die „Augsburger Volkszeitung“ war, den lokalen Theil abgerechnet, bekanntlich nur ein Kopfblatt der „Münchener Post“.

Die beiden belgischen Genossen de Brouckere und Vekem sind nach Verbüßung einer sechsmonatlichen Gefängnißstrafe wegen sogenannter Ausreizung am Dienstag in Freiheit gesetzt, und von den Brüsseler Genossen im „Volkshaus“ festlich und herzlich begrüßt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am 5. September wurde in Landsberg an der Warthe eine Volksversammlung abgehalten, wo der Abg. Singer sprach. Vor der Eröffnung der Versammlung mußten auf Verlangen des Polizeikommissars die anwesenden Frauen den Saal verlassen, weiter wurde die Erhebung eines Entrees untersagt. Die dagegen eingelegte Beschwerde hatte keinen Erfolg. In Beziehung auf das Entree wurde auf den Entscheid des Regierungs-Präsidenten von Frankfurt a. O. vom 17. Juni verwiesen, der aber Zellerfassung betrifft, die hier nicht in Frage kam, und die Entfernung der Frauen wurde damit gerechtfertigt, daß die Form der Einladung zur Versammlung und die Zusammensetzung des Bureau von Beamten mit recht auf den Gedanken kommen ließ, daß es sich um eine Versammlung eines politischen Vereins bezw. einer politischen Vereinigung handelte. — Also dem noch gar nicht gewählten Bureau einer noch gar nicht eröffneten Versammlung sieht man schon etwas an. — Das sieht — schreibt man uns — ungefähr auf derselben Stufe, als wenn ein besonders scharf blickender Mensch der Wiege ansieht, daß das Kind schreien will, das noch gar nicht darin liegt. Wir wollen abwarten, ob der Regierungspräsident die Ansicht der Landsberger Polizeibehörde theilt.

Wegen Beleidigung des Metallwaaren-Fabrikanten Leo Meller jun. in Ludwigschafen wurde der Redakteur der „Pfälzischen Post“, Genosse Zielowski, vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um eine irrtümliche Notiz; Zielowski hatte diese schon aus eigenem Antrieb berichtet, der Fabrikant brachte es aber nicht über's

Herz, sich daran genügen zu lassen, sondern ließ zum Kabi. Im Säheimeramt vor dem Friedensrichter verlangte er Namhaftmachung des Verfassers, Zahlung von 150 M. an die Armenkassa und Bezahlung aller Advokatenkosten. Auf diese beschiedenen Forderungen ging Genosse Zielowski natürlich nicht ein, und so kam die Sache vor das Schöffengericht, dessen Entscheid den nachdrückenden Fabrikanten wohl schwerlich befriedigt haben wird, denn er ließ durch seinen Anwalt Gefängnißstrafe beantragen.

Gewerkschaftliches.

Wegen Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte ist der stellvertretende Obmann des Flensburger Gewerkschafts-Kartells, Genosse Wustrak, von der Breslauer Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt. Unser dortiges Parteiorgan, die „Volkswacht“, hatte in den Mittheilungen über den Flensburger Werstarbeiterstreik den Genossen Wustrak als denjenigen genannt, der die Unterstützungsgelder für die Streikenden und Ausgeperrten in Empfang nimmt. Daß Sammlungen, die zur Wahrnehmung des in der Gewerbe-Ordnung ausgesprochenen Koalitionsrechts sowie überhaupt zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte notwendig sind, nicht von dem Standpunkt aus beurtheilt werden dürfen, wie Sammlungen anderer Natur, darüber wird die Breslauer Staatsanwaltschaft hoffentlich mit der wünschenswerthen Deutlichkeit durch das Gericht belehrt werden.

In Solingen beschloß der Verein der Schlichter, Proben und Gemüsemesser-Reider, selbständig ein neues Preisverzeichnis aufzustellen, wenn der Fabrikantenverein nicht bis spätestens 5. Oktober sich zu Verhandlungen mit dem Reider-Verein bereit erklärt. Das jetzige Preisverzeichnis ist im Jahre 1875 vereinbart und betrifft verschiedene Messerforten außer Geltung gekommen.

In Schönebeck a. d. Elbe wollte die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes den Jahrestag ihrer Gründung feiern. Zu diesem Zwecke hatte die Verwaltung Konzert, Theater und Ball in einem der größeren Lokale in Schönebeck veranstaltet. Das Arrangement, das mit großen Unkosten verknüpft gewesen, war bereits getroffen, als die Polizei einschritt und die Abhaltung des Vergnügens untersagte. Auf Befragen erhielt, wie die Magdeburger „Volksstimme“ mittheilt, der Bevollmächtigte von dem Bürgermeister den Bescheid, er sei von höherer Seite hierzu angehalten, da der Verband mehr oder weniger politisch sei. Das Stillschließen fiel jedoch in das Wasser, da die Holzarbeiter auf die Anwesenheit der Frauen nicht verzichten wollten. Der Bescheid wurde beschritten. Inzwischen plante die Verwaltung das Stillschließen in einem außerhalb Schönebeck liegenden Orte abzuhalten. Die Abhaltung des Festes wurde seitens der Ortspolizei bestätigt und die Holzarbeiter glaubten nunmehr mit ihren Angehörigen das Stillschließen feiern zu können. Doch wiederum erschien die Polizei — zehn Stunden vor Beginn des Festes ging dem Bevollmächtigten der Zahlstelle folgendes Schreiben zu: „Nachdem wir heute von der königlichen Polizeiverwaltung in Schönebeck Benachrichtigung zugegangen ist, daß der Filiale des Verbandes der deutschen Holzarbeiter in Schönebeck auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Magdeburg vom 10. Oktober 1894, I Pr. P. 5446, die Abhaltung eines Vereinsvergügens nur unter der Bedingung gestattet wurde, daß Frauen, Lehrlinge und Schüler an demselben nicht theilnehmen dürfen, so muß ich die von meinem Stellvertreter während meines Urlaubs ertheilte Genehmigung eines Vereinsvergügens für den vorbezeichneten Verein am 12. September 1896 gleichfalls dahin beschränken, daß dasselbe nur unter Ausschluß von Frauen, Lehrlingen und Schülern stattfinden darf (H. Verfügung des Herrn Landraths zu Burg vom 22. Oktober 1894, I 6419). Desgleichen muß die eventuelle Genehmigung zur Ausführung eines Theaterstückes davon abhängig gemacht werden, daß der Wortlaut der auszuführenden Stücke mit vorher rechtzeitig vorgelegt wird, so daß der Inhalt desselben einer Prüfung unterzogen werden kann. Auch muß das Mitglieder-Verzeichnis vor Beginn des Vereinsvergügens hier eingereicht werden.“ Zu vor war das Schreiben an den Gastwirth gegangen, in dessen Räumen das Stillschließungsfest abgehalten werden sollte. Die Holzarbeiter in Schönebeck trösteten sich zunächst damit, daß auch anderen Vereinen ähnliche Unannehmlichkeiten passiren können — denn was Sozialdemokraten recht, wird den Anhängern anderer Parteien billig sein.

So meinen sie in ihrer Herzensinnigkeit. Aber nicht unsont hat Minister Schunke im Reichstage den tief sinnigen Ausspruch gethan: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Die Werkstatt-Delegirten der Holzbrecher Leipzig beschloßen, einer öffentlichen Versammlung zu empfehlen, folgende Forderungen an die Unternehmer zu stellen: 60stündige Arbeitszeit pro Woche; 36 Pfennige Stunden-Arbeitslohn, 33 1/2 pCt. Zuschlag für die erste und 50 pCt. Zuschlag für weitere Ueberstunden sowie für Feiertagsarbeit, 15 pCt. Zuschlag auf die bestehenden Löhne, Auszahlung des vollen Wochenlohnes am Freitag jeder Woche, Sicherung des Lohnes bei Altorbeiten.

Die Hornbrecher und Gummi-Arbeiter und Arbeiterinnen bleiben bei dieser Lohnbewegung außer Betracht.

Das Kreisgericht Osnabrück hat die vom Redakteur des „Eisenbahner“, Genossen Lomshilf, bei dem Bezirksgericht Sternberg gegen den österreichischen Eisenbahn-Minister eingebrachte Klage, zu deren Verhandlung sich das genannte Bezirksgericht inkompetent erklärte, auf Beschwerde des Klägers dem Bezirksgerichte Sternberg zur Verhandlung zugewiesen. Der Eisenbahn-Minister hatte, wie wir seinerzeit gemeldet, gegen die Leitung der Eisenbahner-Organisation bei einer Inspektionsreise gräßliche Schmähungen ausgeföhrt. Es wird schwere Mühe kosten, den Würdenträger vor Gericht reinzuwaschen.

Depschen und letzte Nachrichten.

Thorn, 25. Sept. (B. L. B.) Der am 15. Juni ds. J. aus dem Zuchthaus entlassene Arbeiter Schlaade ersah in Hohenkirch bei Briesen den Rätiner Tempeln, nahm der fächten Frau des Tempeln 18 M. ab, erschlug auch diese auf dem Gehöft des Nachbarn Jabel und ermordete schließlich noch den Jabel. Schlaade ist verhaftet.

Pest, 25. September. Auf dem gräßlich Schönenborn'schen Gute in Malaria ist eine Bauernrevolte ausgebrochen, zu deren Niederdrückung zwei Kompagnien Infanterie requirirt sind.

Prag, 24. September. (B. L. B.) Die Arbeiter der Werkstätten der Staatsbahn-Gesellschaft erschienen heute früh in den Werkstätten, nahmen aber die Arbeit nicht auf. Auf eine Aufforderung ihrer Vorgesetzten verließen sie die Werkstätten, worauf dieselben geschlossen wurden.

Luzern, 25. September. (B. S.) In der Zentralschweiz haben in den letzten Tagen große Niederschläge stattgefunden. Oberhalb Bellenried ist ein erheblicher Erdrutsch eingetreten. Eine Bergkatastrophe ist infolge eines Erdschältes als nahe bevorstehend zu befürchten, wodurch Schlattorf gefährdet erscheint.

Rom, 25. Sept. (B. S.) Im Dachstuhl der alten Kirche S. Vito brach in der vergangenen Nacht ein unbedeutender Brand aus. Der Sakristan wurde wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet.

London, 25. September. (B. S.) Aus Konstantinopel wird dem „Daily Graphic“ gemeldet, daß von den türkischen Behörden eine englische Yacht angehalten und ohne Hinzuziehung eines Konsularagenten durchsucht worden ist. Es sollen sogar Beschlagnahmen erfolgt sein. Bei der englischen Botschaft ist von dem Kapitän der betreffenden Yacht Beschwerde eingereicht worden.

Das Berg-Gewerbegericht im Ruhrkohlenrevier auch ein Stück „Sozialreform von oben“.

Mit welchem Jubel die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 gerade von den Arbeitern der Bergwerke Preußens aufgenommen wurden, das steht uns noch in recht lebhafter Erinnerung. Der „Arbeiter-Kaiser“ hatte doch ganz besonders versprochen, die Staatsbergwerke zu „Musterbetrieben“ ausbauen zu wollen und, so deduzierte der schlichte Arbeiterverstand, nach diesem Muster wird sich dann auch das private Grubenkapital richten müssen. Die kaiserliche Verheißung mußte besonders im Ruhrbergbau bei den Arbeitern lauten Widerhall finden, da der eben beendete Streik von 1889 sich in einen latenten, dank der Wortbrüchigkeit der Grubenbesitzer verwandelt hatte, latent bis zum Jahre 1893, wo dann der lange angebaute Groll der Knappen sich in dem unglücklichen Streik an der Ruhr und Saar Luft verschaffte.

1893 warfen die Grubenbesitzer in Rheinland-Westfalen und vor allem der Vater Staat im Saarbergbau Hunderte und Tausende „renitenter“ Knappen aus Pflaster. Die Kräfte der Bergleute waren durch religiöse und politische Verheißungen schon zu zersplittert, als daß es zu einem solchen Massenstreik wie 1889 kommen konnte. Dem partiellen Ausstand zeigten sich die Grubenmagnaten gewachsen und schwer mühten die „Führer“ und „Zähler“ der Grubenleute für ihre Missethat büßen, büßen es zum guten Teil heute noch.

1893, als der Zauber der durch die Reichstags-Wahlen 1890 hervorgerufenen kaiserlichen Erlasse schon verfliegen, 1893 raffte sich dann endlich die „Sozialreform von oben“ auf, um das Prestige des 4. Februar 1890 wieder herzustellen. Am 8. Juli 1893 erging vom Bergwerks-Minister Werlepy eine „Verordnung über die Verfassung und die Tätigkeit des Berg-Gewerbegerichts in Dortmund“. Die praktische Reform der verfahrenen wirtschaftlichen Zustände im Bergmannsleben sollte nunmehr beginnen.

Nirgend zeigt sich besser das verlorene Vertrauen der Bergleute zu der Hilfe von oben, als in der am 11. September 1893 stattgefundenen Wahl der Arbeiterbeisitzer zu den 16 Kammern des Dortmunder Knappengerichts. In Revieren mit 10 bis 12 000 Mann Belegschaft schritten ganze 3 bis 400 Mann zur Urne. Nur dort, wo die klassenbewußte Arbeiterschaft Einfluß besaß, stieg die Wahlbeteiligung auf 10 oder 12 pCt. Dies aber auch nur, weil die ultramontanen „Bergmannsfreunde“ in geheimen Konventikeln beschlossen, den sozialdemokratischen Kandidaten „christliche“ entgegen zu stellen. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten: Niemand hat eine soziale Einrichtung schon bei ihrer Einführung ihr vollständiges Fiasko gezeigt, wie das für den Ober-Bergamtsbezirk Dortmund bestimmte Bergmanns-Schiedsgericht. Die Einleitung ließ für den Fortgang das Schlimmste befürchten.

Aber auch die größten Pessimisten sind noch als hoffnungsfreudige Leute hingestellt durch das nun vorliegende Ergebnis der Tätigkeit des genannten Gerichts seit zwei Jahren.

Im September 1893 errichtet, liegen uns für den Rest 1893 keine Nachweise über die Tätigkeit der 16 Kammern vor. Für 1894 und 1895 sind wir aber in der Lage, einen wenn auch mangelhaften Ueberblick zu geben. Hier ist er.

Es wurden Fälle verhandelt an sämtlichen 16 Spruchkammern und wie folgt entschieden:

Jahr	Zu Gunsten des Klägers	Durch Vergleich	Bündelgegogen	Durch andere Endurtheile erledigt	Nicht erledigt	Durch Verjährungsurtheil	Gesamtzahl der Fälle
1894	12	29	43	97	14	12	207
1895	8	32	32	84	16	6	193

Demnach kam 1894 bei einer Belegschaft von 153 179 Mann auf je 749 Arbeiter ein Streitfall; 1895 bei 157 166 Mann Belegschaft erhöhte sich die auf einen Fall entfallende Arbeiterzahl auf 815.

Ist es schon an und für sich höchst seltsam, wenn bei der fortgesetzt zunehmenden Schärfe der sozialen Gegensätze, trotzdem die Zahl der an den gewerblichen Schiedsämtern anhängig gemachten Rechtsfälle abnimmt, so noch mehr, wenn wir dieses beobachten bei den bergmännischen Gerichten. In keinem Gewerbebetrieb wird der Arbeiter so mißachtet von seinem Unternehmer, stellen sich Angehörigkeiten in der Lohnzahlung, Arbeitszeit und Behandlung der Arbeiter durch die Beamten heraus, wie gerade im Bergbau. Die Natur des Betriebs ist schon danach angethan, Uebergriffe des Kapitals gegen die Arbeiter zu veranlassen. Wir erinnern nur an das berüchtigte „Kulen“, das auch heute noch in Blüte steht, an die willkürliche Abweisung der Gebirge, Verlängerung der Arbeitszeit, die sich besonders in den letzten Jahren des geschäftlichen Aufschwungs der Montanindustrie mehr und mehr einbürgert, und die Ausbeutung von Ueber-schichten von den Jechen durch Zwang erzielt. Vor einigen Tagen wurden noch 2 Arbeiter einer Zeche ohne weiteres entlassen, weil sie keine übermenschlichen Ueberanstrengungen wollten. Seit 1889, wo die Bergleute die Anerkennung der Achtstundenschicht, erlissene Ein- und Ausfahrt erstritten, haben eine ganze Reihe von Gruben wieder längere Arbeitszeit eingeführt.

Alles dieses sind Mißstände, die laut § 3 des Gesetzes über das Berg-Gewerbegericht Dortmund an denselben abgeurteilt werden müssen. Und jeder Kenner des Ruhr-Bergbaues weiß, daß wenn alle Fälle von Uebertretung der Unternehmerrechte am bergmännischen Schiedsamt anhängig gemacht würden, die Zahl der Streitfälle sich verzehnfachte. Wir wollen nun zwar nicht Gerichtsverhandlungen um jeden Preis, aber will man an der Zahl der am Berg-Gewerbegericht verhandelten Fälle nachweisen die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit im Ruhr-Bergbau, dann begeht man eine Fälschung.

Man bedenke nur, daß in einzelnen Revieren, zum Beispiel West-Ossen mit 12 600 Arbeitern ein einziger Fall am Berg-Gewerbegericht zur Verhandlung kam im Jahre 1894. Im Jahre 1894 entsfielen auf jede der 16 Spruchkammern ganze 12,9 Fälle, 1895 sogar nur 12. Jedes Gewerbegericht in einer Mittelstadt hat pro Jahr die 10, ja 20fache Zahl von Streitfällen aufzuweisen. Sollte in der That bei einer Arbeiterschaft von 10-12 000 Köpfen sich nur ein einziger Fall ereignen, von dem Unternehmer von seinem Arbeiter gerichtlich belangt werden kann? Und dies wohl noch im Bergbau. Wer dies allen Ernstes behaupten kann, den beneiden wir aber um seine Naivetät oder Unverschämtheit.

Die bisherige Tätigkeit des Dortmunder Berg-Gewerbegerichts hat den glänzendsten Beweis für das Fiasko der „Sozialreform von oben“ wieder einmal gebracht. Auf diese seine Schöpfung braucht Herr Werlepy nicht stolz zu sein.

Woher aber nun das gänzliche Fehlschlagen der staatlichen Spekulation auf „Ausmerzung der Uebelstände im Bergbau auf legalem Wege“?

Die Antwort ist sehr leicht gegeben. Der Bergbau, besonders der auf Steinkohlen, als für das Dortmunder Revier in allererster Linie in betracht kommend, ist wohl das ausgebildete Kind des kapitalistischen Systems. Hier sind die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital so schroff wie nirgendwo. Wir wissen ja auch, daß gerade die Unternehmer der rheinisch-westfälischen Montanindustrie die größten Schreier gegen die „Sozialreform von oben“ waren und noch sind. Sie wollen „Herrn sein im eigenen Hause“ und jeder Arbeiter der Mannes-muth besitzt, wird auf eine mehr oder weniger gewaltsame Weise auf Pflaster gesetzt.

Einer solch bornirten und gewaltthätigen Sippe zumuthen, Urtheile eines von Arbeitern zur Hälfte besetzten Tribunals als zu recht bestehend hinzunehmen, verräth wenig Einsicht in die Seelenzustände eines Großbourgeois.

Die Arbeiter fürchten sich, ihr Recht zu suchen, da sie, einerlei ob sie es finden oder nicht, unbarbarisch von dem Unternehmer hinausgeworfen werden. Unsere Kohlen- und Eisenherren überlassen nicht die Rache dem „Herrn“, und nur die Furcht vor dieser Rache machte die Zahl der am Berg-Gewerbegericht verhandelten Fälle so lächerlich gering.

Die staatliche Sozialreform hat sich wie überall auch im preussischen Bergbau eine Niederlage nur darum geholt, weil das Kapital stärker ist als die Staatsmacht.

Ein Präservativ giebt es allerdings noch gegen die „auf die Gewerbe-Ordnung pfeisenden Großkapitalisten“, das ist eine starke Organisation der Arbeiter. Aber anstatt daß die Staatsbehörde diese natürliche Bollwerk ihrer Sozialgesetze nach besten Kräften unterstützt, leiht sie dem Unternehmertum ihre ganze Macht zur Bekämpfung gerade der Organisation der Arbeiter. Ueber die Bekämpfung der Bergarbeiter-Organisation im Ruhrgebiet würde die Behörde ließe sich ein lauges Kapitel schreiben. Wir wollen dies aber unterlassen, da unsere Ausführungen für die deutschen Arbeiter schon darum nichts Neues bieten würden, weil nicht nur die Organisation der Knappen sich des Wohlwollens der Staatsbeamten erfreut. Wenig ist wenn wir sagen, daß es unsere Staatsmänner selbst verschuldet, wenn ihre „Sozialreform“ in die Brüche ging. Ueberblickt man die ganze „soziale Aera“ seit 1890, dann sollte man füglich zu der Ansicht kommen, unsere Staatsmänner haben nur zum Schein sich in die sozialpolitische Toga gehüllt. Wenigstens was die Bergarbeiterfrage anlangt, wird die Meinung von der Un-ehrlichkeit der „Sozialreform von oben“ immer stärker.

Es darf nicht mehr so weiter gehen, in der Verhüttelung der Arbeiter, so die Stumm und Genossen. „Es muß Umkehr gehalten werden“ und Herr v. Werlepy wurde schon das unschuldige Opfer dieser „Umkehr“.

Wir aber fragen ganz bescheiden: Was ist denn eigentlich geschaffen, wovon soll umgekehrt werden?

Internationaler Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

In der Nachmittags-Sitzung des Kongresses wurde unter Vorsitz der Frau Stritt über „Soziale Hilfsarbeit“ die Rechtsstellung der Frau verhandelt. Unter sozialer Hilfsarbeit waren nur Wohlthätigkeitsbestrebungen zu verstehen, die den bekannten Gründungen der Frau Lina Morgenstern so ähnlich sehen, wie ein Ei dem andern. Die Vorträge über die Rechtsstellung der Frau waren im großen ganzen Wiederholungen jener Reden, die bei der Agitation gegen das Bürgerliche Gesetzbuch überall im Deutschen Reich gehalten wurden. Interessant war ein Vortrag und die Ercheinung einer amerikanischen Rednerin, Mrs. Bodwood, die vor einigen Jahren Präsidentschaftskandidatin ihrer Frauengruppen war und ca. 600 000 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Rednerin überbrachte dem Kongress die Grüße von 1750 amerikanischen Frauenvereinen und macht Mittheilung über die Fortschritte der Frauenemanzipation in Amerika. In allen politischen Fragen haben dort die Frauen das Stimmrecht, sie sind auch für alle Wemter wahlberechtigt. Drei Frauen sitzen in Colorado im Staatsrath, in Kansas giebt es Frauen als Bürgermeister und Richter. In Kolumbia haben die Frauen das Eigentums- und Vormundschaftsrecht erlangt. Die Frau sei als Hauptstütze der Familie auch die Hauptstütze des Staates; aber nur als freie Mutter könne sie ein freies Geschlecht heranziehen.

Tokales.

Die vorgestrigen Wahlen zum Gewerbegericht haben für uns ein noch weit günstigeres Resultat ergeben, als am Donnerstag beim Schluß des Blattes in später Abendstunde festgesetzt werden konnte. Vorweg sei bemerkt, daß zu dem einen, glänzend behaupteten Mandat nicht sechs, wie wir gestern berichteten, sondern zehn sozialdemokratische Arbeitgeber-Beisitzer hinzugekommen sind. Dieser bedeutende Erfolg bietet Gewähr dafür, daß unser Streben, im Gewerbegericht eine gesunde, vom Vertrauen der weitesten Volksschichten getragene Rechtsprechung zu stiften, sich von Wahl zu Wahl mehr ver-wirklicht.

Die Wahlen gingen bei dem stürmischen Herbstwetter am Donnerstag überaus unauffällig und ruhig von statten. Die Hirsch-Dumdröhen waren in ihres Nichts durchbohrenden Gesähe so verständig gewesen, überhaupt keine Kandidaten aufzustellen und so konnte von einem Wahlkampf unter den Arbeitern überhaupt keine Rede sein. Wenn trotz alledem in den 35 in Frage kommenden Wahlbezirken 12 653 sozialdemokratische Arbeiterstimmen abgegeben worden sind, so legt ein solches Resultat für den Pflanzstein unserer Parteigenossen das ehrenvollste Zeugnis ab. Bemerkenswert sei noch, daß sich seit den letzten, 1894 vorgenommenen Gewerbegerichts-Wahlen 15 Innungen gebildet haben; die bei den Mitgliedern derselben beschäftigten Arbeiter sind bekanntlich dem Innungs-Schiedsgericht unterstellt und scheiden daher für die Gewerbegerichts-Wahlen aus.

Bei den Arbeitgebern war, wie schon erwähnt, ein Mandat und zwar das im 29. Bezirk zu verteidigen. In diesem behaupteten Mandat sind noch hinzugekommen: Im 16. Wahlbezirk zwei sozialdemokratische Arbeitgeber, im 29. Bezirk vier, im 36. Bezirk einer, im 41. Bezirk gleichfalls einer und im 42. Bezirk zwei Arbeitgeber. Es sind dies folgende Parteigenossen: Gärtner Krause, Barbier Ludwig, Gastwirth Schöne-mann, Zigarrenfabrikant Reul, Tapeziermeister Buchiger, Gastwirth Späth, Steinbrückerbesitzer Fröbel, Gastwirth Ziehe, Malermeister Dornbusch, Lederjurist und Lederbermeister Busse und Zigarrenhändler Köppler. Der Parteizugang nach zählen zu den neu gewählten Arbeitgeber-Beisitzern 48 Freisinnige, 11 Sozialdemokraten, 6 Antisemiten und 5 Konser-vative. Viel anschaulicher noch als in dem Wahlergebnis tritt die Bedeutung der Sozialdemokratie unter den Arbeitgebern in der Zahl der abgegebenen Stimmen hervor. Insgesamt wurden nämlich vorläufig gezählt 2601 sozialdemokratische Stimmen, 2281 freisinnige,

191 antisemitische und 178 konser-vative. Die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in bestimmten Wahlbezirken tritt drastisch darin zu tage, daß im 42. Wahlbezirk unserem Kandidaten überhaupt kein Gegner gegenübergestellt war; von den 195 abgegebenen Stimmen fielen 191 auf den sozialdemokratischen Arbeitgeber. Im 36. Bezirk erhielten die Gegner 67 Stimmen, während unser Kandidat mit 141 Stimmen glänzend siegte. Bemerkenswert sei, daß der 16. Wahlbezirk im dritten Reichstags-Wahlkreise, der 29. im fünften, und der 38., gleich dem 41. und 42. Bezirk im sechsten Wahlkreise liegt. Wir sind gespannt auf das Wahlergebnis, das unsere staats-treuen Gegner erheben, wo ihnen jetzt die Eroberungen zu Gemüthe geführt werden, welche die Sozialdemokratie unter ihrer Wirthschaft selbst in den Arbeitgeberkreisen der Reichshauptstadt gemacht hat!

Als ein eigenartiges Kuriosum sei noch erwähnt, daß dank der Maßnahmen, welche der Wahlleiter im 34. Bezirk zu treffen beliebte, das Wahlergebnis noch nicht vollständig vorliegt. Nach Schluß der Wahlhandlung ließ der Vorsteher dieses Bezirks die Stimmen nämlich nicht aus-zählen; die Wahlurne wurde vielmehr auf seinen Befehl verschlossen und verbleibt. Der Herr bestimmte, daß die Auszählung am Sonntag, den 27. September, vormittags 10 Uhr, in seiner Privatwohnung stattfinden sollte. Als einer der Beisitzer, namens Thomas, einwendete, daß er am Sonntag kaum Zeit haben werde, an der Auszählung theilzunehmen, erwiderte der Vorsteher, es käme gar nicht darauf an, ob der eine oder andere nicht dabei wäre; er behalte sich das Recht vor, die Leute zu bestimmen, welche dem Aktus beizuwohnen sollten. Augenscheinlich war es diesen Wahlvorsteher in der zehnten Stunde schon ein wenig spät geworden, um die 200 Stimmzettel, die etwa abgegeben sein mögen, aus-zuzählen.

Im Prozeß Dünne und Genossen hat die Staatsanwalt-schaft gegen das Urtheil vom 11. September Revision ein-gelegt. Die Auffassung der Staatsanwaltschaft über Rolle und Erfolg der politischen Polizei unter Führung des Herrn Schöne scheint demnach eine andere zu sein als die, von der wir bei Veröffentlichung des Stenogramms über das Zeugenerhör aus-gingen.

Das „kirchliche Berlin“ präsentirt sich im letzten Jahr-gange des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“, der das Jahr 1893 behandelt, im Vergleich zu den meisten anderen Großstädten nicht gerade vortheilhaft. Wir greifen, unter Beschränkung auf die evangelischen Gemeinden, die An-gaben über die Beteiligung am Abendmahl heraus, die vielleicht noch eher als die Zahl der Trauungen, Taufen u. s. w. einen leidlich brauchbaren, aber natürlich auch nicht absolut zuverlässigen Maßstab für die Regsamkeit des kirchlichen Lebens bilden können. Trotz aller Kirchenbauerei hält sich die Beteiligung am Abendmahl in Berlin vorläufig noch in bescheidenen Grenzen. Das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte“ giebt für 1893 213 891 evangelische Kommunikanten (Abendmahls-Teilnehmer) an, 1481 auf je 10 000 evangelische Bewohner. (Zieht man 23 429 eben Konfirmanden, 168 pro 10 000 Bewohner, als Miß-zehnelnehmer ab, so bleiben 190 462 Kommunikanten, 1813 pro 10 000 Bewohner.) Von 84 Großstädten (mit über 50 000 Be-wohnern), aus denen das „Jahrbuch“ Angaben hierüber bringt, hatten nur 7 eine noch geringere Beteiligung; die geringste Charlottenburg, Altona und Hamburg mit 956, 795 und 778 (ohne Konfirmanden: 681, 601 und 591) Kommunikanten pro 10 000. Die höchste Beteiligung hatten München mit 4325, Bochum mit 4616, Freiburg i. B. mit 4762, Augsburg mit 5599, Karlsruhe mit 6194 pro 10 000 (wobei jedoch zu beachten ist, daß in einigen dieser Städte die evangelische Bevölkerung verhältniß-mäßig wenig zahlreich ist, sodas etwaige Zufälle die Zahlen stark beeinflussen können). Bemerkenswerth ist die Stärke der Beteiligung in den meisten Landes- oder Provinz-Hauptstädten und in mehreren Orten unter den Kommunikanten den Ausschlag geben. Potsdam zum Beispiel hatte 3353 Kommunikanten pro 10 000 Bewohner, Frankfurt a. O. 3292, Dresden 3111, Stuttgart 3224 u. s. w. Das männliche Geschlecht ist im allgemeinen schwächer be-theiligt als das weibliche. In Berlin stellte sich der Antheil der Männer auf nur 37,5 pCt., in Charlottenburg auf 42,4 pCt. Das Minimum hatten sie in Frankfurt a. M. mit 23,4 pCt., das Maximum in Potsdam, Magdeburg und Frankfurt a. O. mit 54,8, 56,6 und 59,2 pCt. Der Einfluß von Militär und Beamtenschaft tritt auch in diesen Zahlen bedeutsam hervor. Für Berlin fällt dieser Einfluß begreiflicherweise weniger ins Gewicht, doch wird er auch hier deutlich erkennbar, wenn man die einzelnen Gemeinden für sich betrachtet. Das letzte „Statist. Jahrbuch der Stadt Berlin“ giebt die Zahl der evangelischen Kommunikanten für 1893 auf 211 687 (also um etwa 1 pCt. niedriger als oben) an; davon kamen allein 22 652 (10,7 pCt.) auf die Garnisonkirche. Interessant ist auch, daß die kleine Dom- und Schloßgemeinde 4319 Kommuni-kanten hatte; dagegen hatte z. B. die große Markus-gemeinde (mit über 3 mal so viel Trauungen, etwa 11 mal so viel Taufen, etwa 8 mal so viel Konfirmanden und beinahe 24 mal so viel Beerdigungen) nur 9251 Kommuni-kanten, also nur wenig über doppelt so viel als die Dom- und Schloßgemeinde. Ähnliche Gegensätze ergeben sich auch zwischen anderen Gemeinden, z. B. zwischen solchen des Nordens oder Südostens und des Westens. Ueberall da, wo die Miß-Frommen und Miß-Kommunikanten in der Minderheit sind, wo die Arbeiterbevölkerung den Ausschlag giebt, ist das Biebeswerben der Kirche vergeblich.

Fort mit Schaden! Was die Bourgeoise zur Vinderung des sozialen Elends thut und redet, ist nicht allein kläglich, sondern oft auch in hohem Grade widerlich. Und das Schlimme ist, daß die „Wohlthäter“ oft gar nicht zu wissen scheinen, welche Fälle von roher Verlogenheit sich zuweisen in ihren philanthropischen Reden und Handlungen kundgiebt.

Eine der Institutionen, auf welche die wohlthuernde Bour-geoise sich am meisten zu gute thut, sind die Ferienkolonien. Als eine der opferwilligsten Vorkämpferinnen dieser, einem ge-ringen Theil der Proletariatjugend zu gute kommenden Ein-richtung wird uns Frau Direktor Jessen bezeichnet. In einer Sitzung des Frauenkongresses gab diese Dame ein Bild von dem Wesen der Ferienkolonien. Wahrscheinlich sich selber unbewußt versetzte sie sich hierbei — wir folgen einem Bericht des „Berliner Tageblatts“ — zu der folgenden Darlegung:

„In der Auswahl der Kinder darf nicht immer die größte Krumbild und Kränklichkeit maßgebend sein, sondern die Erwägung, ob das Kind überhaupt noch gesund gemacht werden kann oder ob nicht vielleicht die häus-lichen Verhältnisse des Kindes so zerrüttet sind, daß die Vortheile des Landaufenthalts in den Kolonien schon nach wenigen Tagen wieder verloren gehen insolge unzureichender Pflege, die ihm von den Eltern zu theil wird.“

Wir nehmen an, daß die brave Frau Direktor Jessen keine Ahnung davon hat, wie vernichtend in diesen Worten nicht allein die Ferienkolonien, sondern die ganzen entsetzlichen

Zustände gekennzeichnet sind, die zusammen das ausmachen, was rohe Geseßler blaspheemisch als göttliche Weltordnung bezeichnen und unter dieser Bezeichnung mit den Mitteln brutaler Gewalt vor dem Umsturz" geküßt wissen wollen.

Schon mehrfach haben wir bei Besprechung der Redaktionen, die von Zeit zu Zeit für die Ferienkolonien gemacht werden, dargelegt, daß deren "Vohlthaten" den am meisten Bedürftigen jezt garnicht zu gute kommen können. In der Rede der Frau Jessen scheint sozusagen die Ethik enthalten zu sein, von der das bourgeoise Streben dieser Wohlthätigkeitsrichtung befreit ist. Eine Ethik, die in bezug auf Leib und Leben der am meisten der Hilfe bedürftigen Kinder in den grauenhaften Grundsatz ausklingt: Fort mit Schanden!

Die Volksversammlung, die die sozialdemokratischen Frauen Berlins aus Anlaß des Internationalen Frauenkongresses nach dem Martens'schen Saale in der Friedrichstraße zu Freitag Abend einberufen hatten, war so zahlreich besucht, daß der Saal und die Nebendäume schon vor 8 Uhr überfüllt waren. Immer neue Massen strömten herbei, Hunderte lehrten um, Aberhunderte suchten noch Platz zu erhalten. Die Disziplin unserer Genossen bewährte sich. Sie gehorchten der Aufforderung der Vorsitzenden, Frau Reuscher, den Saal zu verlassen. Nur die Frauen sollten zurückbleiben. Innerhalb war die Ueberfüllung des Saales noch so groß, daß an eine Erledigung der Tagesordnung nicht gedacht werden konnte. Nur eine Rede wurde gehalten. Es war Frau Lily Braun, die über "Frauenbewegung und Sozialdemokratie" sprach. Wir berichten über die Rede, die mit lautem Beifall aufgenommen wurde, morgen. Nach der Rede — während der mehrere Frauen infolge der Hitze ohnmächtig geworden waren — wurde die Versammlung mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Die Tagesordnung wird am kommenden Sonntag in einer Versammlung, die voraussichtlich im Popenpalast stattfindet (näheres im morgigen Annoncen-Heft unseres Blattes), erledigt werden.

Von wegen der Konkurrenz. Stöder's Blatt "Das Volk" giebt sein Pech in folgendem Aufruf an seine Leser zu erkennen: Hinsichtlich unseres neuen Wochenblattes "Christlich Sozial" müssen wir bitten, von einer Berichtigung Notiz zu nehmen. Das Blatt ist nicht, wie am Kopf steht, unter Nr. 1462a in die Postzeitungsliste eingetragen, sondern es muß richtig heißen: Nr. 1462b, Nachtrag 14 der Postzeitungsliste. Wir bitten, dies umsomehr zu beachten, da unter 1462a ein anderes christlich-soziales Blatt eingetragen ist, das aber auf dem Standpunkt der Jungen steht. Schon entstandene Irrthümer werden die Postämter gewiß rückgängig zu machen bereit sein, da das Versehen nicht von uns, sondern vom Post-Zeitungsamt verschuldet ist.

Wie kann das Post-Zeitungsamt sich derart Stöder verschuldern?

In der Urania, und zwar in dem alten Gebäude in der Invalidenstraße, fand am Donnerstag Abend ein chemischer Experimentavortrag statt. Herr Dr. Rah hatte es übernommen, die Elemente des Wassers in ihren Eigenschaften dem Publikum vorzuführen. Element heißt in der Chemie eine Substanz, welche sich mit den bisherigen Methoden in keine anderen zerlegen läßt, wie z. B. Gold, Silber, Kupfer. Wasser ist ein solches Element nicht; denn es zerfällt bei geeigneter Behandlung in zwei Gase, Wasserstoff und Sauerstoff, welche sich wieder zu Wasser vereinigen können. Beide Gase sind farb- und geruchlos, verhalten sich aber durch andere Eigenschaften. So ist der leichte Wasserstoff brennbar, während der weit schwerere Sauerstoff nicht brennbar ist, dagegen die Verbrennung anderer Körper zu einer sehr lebhaften gestaltet.

Herr Dr. Rah zeigte die verschiedenen Methoden, diese Gase zu gewinnen, sowie ihre verschiedenen Eigenschaften an einer Reihe schöner Experimente, welche er durch einen klaren Vortrag in unterhaltender Weise erläuterte. Der Versuch der Urania, die grundlegendsten Thatsachen der verschiedensten Naturwissenschaften durch derartige Experimentavorträge einem weiteren Publikum verständlich zu machen, verdient allen Beifall. Leider war der Vortrag nur schwach besucht, wozu das außerordentlich schlechte Wetter wohl auch beigetragen hat.

Aus dem Verbands der Charitee-Aerzte werden am 1. Oktober der Oberarzt und langjährige erste Assistent des Geheimraths v. Leyden, Dr. Kemper, und der Stabsarzt und Privatdozent Dr. Gradow, der seit vielen Jahren erster Assistent des Geheimraths Gerhardt ist, ausscheiden.

Von der Mühlenamm-Schleuse. Am Donnerstag Nachmittag geriet ein größerer Stein zwischen die oberen Schleusenthore der Mühlenamm-Schleuse, so daß diese nicht geschlossen werden konnte. Der Schiffverkehr mußte infolge dessen nach der Stadtschleuse abgelenkt werden. Der Betrieb der Mühlenamm-Schleuse ist gestern früh wieder eröffnet worden.

Ein Dorfroman fand gestern im Asyl für Obdachlose in der Prenzlauer Allee sein vorläufiges Ende. Am Nachmittag traf auf dem Bahnhof Alexanderplatz eine junge, ärmlich gekleidete Frau, einen dreijährigen Knaben an der Hand haltend und ein neun Monate altes Kind auf dem Arm tragend, mit einem Obdachsucher ein. Die Frau zeigte sich hier so unbeholfen und fremd, daß das Publikum ihr zu Hilfe kam. Auf Befragen erzählte die Unglückliche, daß sie die Tochter eines sehr reichen polenischen Bauern sei. Ihr Vater wohne in der Gegend von Bromberg und habe einen Knecht, mit dem sie, die Tochter, ein Liebesverhältnis anknüpfte. Der Bauer hatte jedoch für das Mädchen einen reichen Hofbesitzersohn ausersehen; er entließ den Knecht und jagte die Tochter, als diese erfuhr, unter keinen Umständen von ihrem Geliebten lassen zu wollen, aus dem Hause. Das Liebespaar verheiratete sich, doch ging es ihm bitter schlecht. Beide nahmen auf einem Geheiß als Knecht resp. Magd Stellung, bis der Mann vor etwa sechs Monaten erkrankte, er habe einen Brief von einem in Amerika wohnhaften Vetter bekommen und wolle ebenfalls nach dort auswandern. Der Knecht ließ seine Frau mit den zwei Kindern in der Heimath zurück und war selbst verschwinden, ohne jemals wieder Nachricht von sich gegeben zu haben. Die unglückliche Frau war in der Wirklichkeit allein nicht mehr brauchbar, wurde entlassen und beobachtete nun, ihrem Mann nach Amerika zu folgen. Ohne eine Abnung von den Kollen einer solchen Reise zu haben, ohne auch nur die Adresse des Vermissten zu kennen, machte sie sich, nachdem sie ihre wenigen Habfeligkeiten verkauft, auf den Weg und langte gestern Nachmittag vollkommen erschöpft und ohne einen Pfennig Geld zu besitzen, in Berlin an. Sie wurde hier nach dem Asyl für Obdachlose gebracht. Seitens der Armenkommission werden natürlich sofort die erforderlichen Schritte gethan werden, um den hartbittigen Vater der Frau, welcher bisher jede Unterstützung abgelehnt hat, zu seinen Verpflichtungen zu zwingen.

Der Garde-Drongeur Leopold, über dessen Selbstmord im Thiergarten wir berichteten, ist am Donnerstag Nachmittag auf dem Garnisonkirchhofe in der Müllerstraße beerdigt. Die halbe S. Schwabron, der er angehörte, gab ihm unter Führung eines Leutenants das Geleit. Der Selbstmord ist, wie uns mitgeteilt wird, auf einen schlechten Scherz zurückzuführen, den der junge Mann am Sonnabend mit Hilfe des Telephons gemacht hatte. Am 7 Uhr abends bestellte Leopold, der als übermühtig und zu aßerhand Streichen aufgelegt bekannt war, durch den Fernsprecher von jedem der vier zur Garde-Kavallerie-Division gehörigen Regimenter zwei Mann zur sofortigen Reinigung der Bureauräume des Divisionskommandos, am Zeughaus Nr. 1. Als die Leute eiligt ankamen, war Leopold ausgegangen und niemand mußte etwas von ihrer Beordnung. Der Scherz wurde den vier Regimenten gemeldet. Sein Urheber sollte dafür vierzehn Tage Mittelarrest erhalten und am Montag zur Ablösung sich zu seiner Schwadron begeben. Statt zur Kaserne ging er jedoch

in den Thiergarten und erschoss sich. Sollte der Mann, der unter der strengen militärischen Zucht einen derartigen Scherz begeht, wirklich ganz bei Troste gewesen sein?

Die Leiche des 70jährigen Rentiers Louis Schmidt aus Brigg, welcher sich am 17. d. M. aus seiner in der Bürgerstr. 3 dafelbst belegenen Wohnung entfernt hatte, wurde bei Charlottenburg gefunden. Man vermuthet, daß der Bedauernswerthe in der Dunkelheit den Weg verfehlte und in die Spree stürzte, wo er ertrunken ist.

Beim Fensterputzen ist gestern im Admiralsgarten-Pad in der Friedrichstraße 102 das 22 Jahre alte Waschmädchen Mathilde Kalsa aus der Kleinen Alexanderstraße 17 tödtlich verunglückt. Das Mädchen wollte gegen 8 1/4 Uhr bei dem Bader im ersten Stock ein Fenster putzen, verlor das Gleichgewicht und stürzte durch ein Glasdach, das sich unter dem Fenster befindet, hindurch auf den Hof hinab. Die Verunglückte erlitt mehrere Schädelbrüche und andere innere und äußere Verletzungen und war sofort todt. — Ob der Bauart des Fensters die Schuld an dem furchtbaren Ereigniß beizumessen ist, wird nicht gemeldet.

In den letzten Wochen sind in verschiedenen Stadtgegenden Restaurateure dadurch geschädigt worden, daß die Hörmuscheln ihrer Telephon-Apparate durchschnitten und entwendet waren. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich jedesmal auf zwei junge Leute, welche um die Erlaubnis gebeten hatten, das Telephon auf kurze Zeit benutzen zu dürfen und alsdann plötzlich verschwunden waren. Gestern gelang es, einen der Diebe gleich nach Ausföhrung eines derartigen Diebstahls zu ergreifen, während der Mitschuldige sich seiner Festnahme durch die Flucht entzog.

Unfälle im Straßenverkehr. Gestern Vormittag wurde das Pferd eines vor dem Hause Haldestraße 30 haltenden Geschäftsführers schein und lief nach der Invalidenstraße zu. Vor dem Hause Nr. 52 gerieth das Thier auf den Bürgersteig, riß den dort angebrachten Post-Briefkasten ab und wurde bald darauf von Vorübergehenden aufgehoben. — In der Mittagsstunde des Donnerstags ging das Pferd eines Geschäftswagens durch und jagte aus der Landsbergerstraße über den Landsberger Platz, wo die mit der Pflasterung beschäftigten Arbeiter und die zahlreichen Vorübergehenden in große Gefahr geriethen. Der dort Posten stehende Schumann Schlot fiel dem Pferde unthig in die Jagel, wurde zwar eine Strecke weit mitgeschleift, brachte aber dennoch das Thier zum Stehen. Verletzungen hat er nicht davongetragen. — An der Ecke der Koch- und Charlottenstraße fuhr nachmittags der Fahrer eines Geschäftsführers gegen einen Pferdebestenwagen, beschädigte diesen und suchte durch schnelles Davonsahren zu entkommen. An der Ecke der Friedrichstraße trat der Schumann Hanke dem Führer entgegen und fiel dem Pferde in die Jagel, um es zum Stehen zu bringen. Der Reiter trieb jedoch das Pferd durch Peitschenhiebe immer mehr an, so daß der Beamte die Jagel loslassen mußte und unter die Räder gerieth. Er erlitt dabei eine schwere Verletzung am linken Knie. Es gelang leider nicht, die Personlichkeit des Reiters festzustellen. — In der Neuen Friedrichstraße wurde am 17. d. M. ein 43jährige Arbeiter Wilhelm Nothe durch einen Geschäftswagen überfahren und am rechten Knie bedeutend verletzt. Er wurde nach der Charitee überführt.

Der Zuschneider Anton Walgischewski, Adolfsstraße 6 wohnhaft, ist der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden, weil er auf die Arbeiter Karl Böhschen Geleute, ebendafelbst wohnhaft, infolge eines vorhergegangenen Wortwechsels aus unmittelbarer Nähe mit einem Revolver vier Schüsse abgegeben hat. Dem P. gingen zwei Ladungen durch den rechten Unterarm, die Ehefrau erhielt einen Schuß in den linken Arm, infolge dessen der Knochen am Ellenbogengelenk theilweise zersplittert wurde.

Der Privat-Nachtwächter Hermann D. ist in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er hatte es übernommen, den Schlächtermeister A. in der Bellemanstraße allnächtllich um 2 Uhr zu wecken. Diese Gelegenheit hat er regelmäßig dazu benutzt, den Schlächtermeister zu bestehlen. Der Bestohlene, der schon lange den D. im Verdacht hatte, ließ sich, um Gewißheit zu erlangen, vor dem Erscheinen des Wächters durch eine Wache wecken, stellte sich beim Eintritt des D. schlafen und beobachtete, wie dieser die Taschen der Kleidungsstücke durchsuchte und mehrere Geldstücke, die vorher gesammelt worden waren, entnahm. Der auf der That erkappte Dieb dürfte auch der Urheber eines größeren, zum Schaden des A. im Monat Mai d. J. ausgeführten Diebstahls sein, bei dem eine Kassetten mit über 100 M. Baargeld, eine goldene Uhr, ein Depotschein der Reichsbank und andere Werthpapiere entwendet worden sind, ohne daß es bisher gelungen war, den Dieb zu ermitteln.

Wegen Unterschlagung von Briefen wurde Freitag Morgen in einem hiesigen Krankenhause der 25jährige Wärter Julius S. festgenommen. In der letzten Zeit waren wiederholt für Kranke eingelaufene Briefe, die S. zu besorgen hatte, nicht in die Hände der Adressaten gelangt. Nachdem man nun mehrere dieser Briefe in dem Bette des Wärters gefunden hat, wurde dieser festgenommen, obwohl er bestrittet, sie unterschlagen zu haben.

Bei athletischen Uebungen, die mehrere junge Leute gestern Abend im Keller Gartenstr. 15 vornahmen, rang der noch nicht ganz 17 Jahre alte Paul Hugo mit einem Tischler Christhöfer und fiel dabei mit dem Kopfe so unglücklich gegen die Wand, daß er bald darauf, anscheinend infolge einer Gehirnerschütterung, starb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Zeugen gesucht! Die Personen, welche Zeugen der Schlägerei waren, die sich am 3. August vorigen Jahres vor dem Volke des Herrn Schulz, Rottbuserdamm 72, abspielte, werden gebeten, sich bei dem Kutscher Wilhelm Arenz, Münchbergerstraße 21, Hof 4 Zr., zu melden.

Verloren wurde in der Frauenversammlung bei Martens, Friedrichstr. 298, am Freitag Abend eine Tasche mit Opernglas, Notizbuch und zwei Legitimationstorten zum Frauenkongress. Der Finder wird um Abgabe im Central-Hotel, Friedrichstr. 148/149, Zimmer Nr. 482, höflichst gebeten.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Auf dem hiesigen Amtsbureau hat sich eine alte, anscheinend geistesgestörte Frau angemeldet, welche angiebt, Henriette Schulz zu heißen, ihre Wohnung jedoch nicht weiß. Ankünfte über die alte Dame werden im Amtsbureau entgegen genommen. — Aus dem benachbarten Rixdorf war seit einigen Tagen der bejahrte Rentier Louis Schmidt spurlos verschwunden. Jetzt hat man seine Leiche bei Charlottenburg in der Spree aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall vor.

Im Dienste ist Mittwoch Abend der 47 Jahre alte Eisenbahnarbeiter August Freitag von der 72. Bahnhofsstation zu Trebbin auf der Strecke zwischen Trebbin und Ludenwalde schwer verunglückt. Freitag wurde von einem Streckenwagen gefaßt, überfahren und am Kopf und beiden Beinen so schwer verletzt, daß man ihn nach Berlin in ein Krankenhaus bringen mußte. Der Verunglückte ist verheiratet und wohnt in Rixdorf.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die thörichte Arbeiterfeindschaft der Ausstellungsektion scheint allmählich auch in einigen bürgerlichen Kreisen

unangenehm empfunden zu werden. So lesen wir in der „Tägl. Rundschau“: „Der Verein „Zonentaxi“ hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dem Arbeitsausfluß beschäftigt. Es wurde diesem in scharfer Weise vorgeworfen, daß er sich nicht genügend um eine größere Ermäßigung der Eisenbahn-Fahrpreise bemüht habe. Der Ausschuss bezieht sich, demgegenüber in einem Rundschreiben auf die bekannten Ermäßigungen hinzuweisen, welche schließlich, nachdem seine Bemühungen zuerst erfolglos waren, vom Eisenbahn-Ministerium zugestanden seien, wobei er besonders auf eine Vorleistung anspielt, die ein Mitglied des Arbeitsausschusses dem Kaiser gegenüber bei dessen Besuch in Treptow gewagt hatte. Unzweifelhaft ist diese Vorleistung von großem Einfluß gewesen und ebenso glauben wir auch gerne, daß der Arbeitsausschuss in der Frage der Fahrpreise von dem alle Zeit auf Vermehrung der Einnahmen bedachten Eisenbahn-Minister nicht mehr erlangen konnte, als geschehen ist. Anders steht es aber mit zwei weiteren Vorwürfen, die in der erwähnten Vereinsitzung erhoben wurden, nämlich, daß 1. ein „glänzender Fahrmarkt“ für Schaulustige geschaffen sei, und daß 2. nicht 25 Pfennig-„Arbeitertage“, sondern 1 M. „Elite-Tage“ eingeföhrt seien. Diesen doppelten Tadel halten wir durchaus für berechtigt. Selbst viele Mitglieder des Kunstgewerbe-Vereins haben unzweifelhaft, wie Geheimrath Lessing in seinem Vortrage am Mittwoch betonte, von der Haupt-halle nur den Kuppelraum und deren nächste Umgebung gesehen, weil sie zuviel „Beiwert“ in Kairo, Alt-Berlin u. s. w. zu betrachten hatten. Und die 25-Pfennigtage für Arbeiter sind immer wieder vergeblich gefordert worden, während jeder Vorwand dazu benutzt wird, „Elite-Tage“ mit doppeltem Eintrittsgeld zu schaffen. Einen Tag in der Woche, an welchem der Preis verdroppt ist, findet man allent-halb und hat nichts dagegen; in Treptow aber sind diese Tage stellenweise fast zur Regel und die „einfachen“ zur Ausnahme geworden. Dieses Verfahren hat viel zu dem Vorwurf der „Geldschneiderei“ beigetragen, der um so schwerer wiegt, als in mancher anderen Hinsicht die finanziellen Interessen der Aus-steller nicht gerade glänzend gewahrt worden sind. Der Arbeitsausschuss hat auf diesen doppelten Tadel nicht erwidert!“

Ein bißchen spät kommt man in bürgerlichen Kreisen zu einer so klaren Erkenntnis. Es ist unseren Lesern bekannt, daß sich die Folgen der Tingeltangel und der Arbeiterfeindschaft aller Voraussicht nach wenigstens am Selbentheil der Garantie-soudgezeichnet bemerkbar machen werden.

Der Sturm hat am Donnerstag in der Ausstellung ver-wüstend gewirkt. Von den Wandelgängen wurden die Zeltbächer theils losgerissen, theils zerfetzt, das Preisrichter-Zelt, welches für die zu veranstaltenden Sportfeste vor dem Hauptgebäude auf-gestellt wurde, wurde nachmittags durch einen Windstoß um-gerissen und zertrümmert. Die Zeltbächer bei den Restaurants wurden zerrissen, in dem Nordpol Papplagen in Bedachungen abgehoben, Schilder von Häusern losgerissen und ähnliches mehr. Ebenso hat auch der Telephonbetrieb empfindliche Störungen er-litten, indem der Sturm die Drähte mehrfach zerriß, so daß diese in den Wegen heruntergingen. Eine Anzahl Arbeiter mußte gestern den ganzen Tag über thätig sein, um in den Leitungen wieder Ordnung zu schaffen.

Ein Zusammenstoß zweier Wagen der elektrischen Rund-bahn erfolgte gestern Nachmittag gegen 5 Uhr an der Haltestelle Kairo. Während der vordere Wagen noch hielt, kam ein zweiter auf diesen zugerannt. Glücklicherweise ist bei dem Unfall niemand verletzt worden; eine Dame, die aus dem vorderen Wagen herausgeschleudert wurde, kam mit dem Schrecken davon. Der Vorfall rief im Verkehr der Bahn eine längere Störung hervor.

Kunst und Wissenschaft.

Unter Leitung des Herrn Julius Türl findet morgen nachmittags 2 1/2 Uhr im Bellealliance-Theater eine einmalige Vorstellung von „Maria Stuart“ von Fr. Schiller statt. Die Maria Stuart spielt Hedwig Margot, Elisabeth: Anna Jordan als Gast, den Lester: Oskar Krüger als Gast, den Schwebburg: Wilhelm Kuff, den Burleigh: Alfred Philippi als Gast, den Mortimer: Julius Türl. Die Verlosung der Billets beginnt um 1 1/2 Uhr.

Im Schiller-Theater wird heute das Wichter'sche Lustspiel „Ein Schritt vom Wege“ zum ersten Male wiederholt. — Sonntag findet im Bürgerlaale des Rathhauses der erste der Dichter- und Ländlicher-Abende — „Schiller-Abend“ — statt. Fräulein Grete Meyer und die Herren Bach, Paul, Voigt haben die Vorträge übernommen; der gefangliche Theil, von Herrn Pläddemann geleitet, wird von Herrn Jarnedow ausgeführt.

Endwig Juba's neues Märchendrama „Der Sohn des Aballens“ soll dem „B. B. C.“ zufolge noch bevor es am „Deutschen Theater“ zur Aufföhrung gelangt, in München und Frankfurt a. M. gegeben werden.

Wie seinerzeit gleichzeitig in Wien und Berlin die Premiere von Sudermann's „Schmetterlingsflucht“ stattfand, so werden auch die drei Einakter Sudermann's am selben Abend, Sonnabend, den 30. Oktober, im „Deutschen Theater“ zu Berlin und am Wiener „Fosburg-Theater“ ihre Erst-Aufföhrung erleben.

Die Söngerin Frau Klafsky ist am gestrigen Freitag in Hamburg zu Grabe getragen worden. Ueber die Art der Pietät, die an diesem Tage in den Instituten des Herrn Pollini, des „Arbeitsgebers“ der Dabinggeschiedenen, geübt wird, meldet das „Hamburger Echo“: „Für Frier des Tages“ wird es am Freitag, 25. d. M., als am Bestattungstage der Frau Klafsky, in den Pollini'schen Rustentempel recht heiter und fidel her-gehen. Im Altonaer Stadt-Theater gelangt der Schwanke „Papa Nische“ zur Aufföhrung, im Thalia-Theater werden „Pöbde und Sohn“ das Publikum erfreuen. Weshalb für das Hamburger Stadt-Theater gerade an diesem Tage „Die Zauberköte“ und nicht „Der Bettelstudent“ oder „Die Fledermaus“ auf das Repertoire gesetzt worden ist, vermögen wir nicht zu sagen.

In Mönster starb am 17. d. M. der Historienmaler Moriz v. Beckerath. Er gehörte der Kreisfelder Kaufmanns-familie an, deren bekanntester Vertreter der Reichs-Finanzminister aus dem Jahre 1848 und preußische Parlamentarier Hermann v. Beckerath war, und wurde 1888 in Kreisfeld geboren. Er studierte in Düsseldorf bei Rehren und in München bei Schmidt und hat sich namentlich durch eine Reihe Kartons vortheilhaft bekannt gemacht, s. B. durch seinen Simbernkamp, die Bestattung Mariä, den Bräunhilde-Ehlsud. Im Jahre 1884 führte er die Sgraffitomaferien im Bichthofe der technischen Hochschule in Char-lottenburg aus.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: In der am Freitag abgehaltenen zweiten allgemeinen und Schlußsitzung des Kongresses deutscher Naturforscher und Aerzte dankte zunächst Professor Dr. Schmidt nach Begrüßung des als Vertreter der Staats-Regierung erscheinenden Regierungs-Präsidenten von Zepper-last aus Wiesbaden den Kongressmitgliedern für ihre mühevollen, aufopfernden Thätigkeit. Sodann wurden Vorträge gehalten von Professor Dr. Bernhorn-Jena über „Erregung und Lähmung“, von Dr. Below-Berlin über die „Praktischen Ziele der Tropen-hygiene“, und von Geheimrath Professor Dr. Weigert-Frankfurt über „Neue Fragestellungen in der pathologischen Anatomie“. Professor v. Ziemssen-München sprach hierauf den staatlichen und städtischen Behörden in herzlichen Worten für die freundliche Auf-nahme und das bereitwillige Entgegenkommen den Dank der Ver-sammlung aus.

Gewerkschaftliches.

Zur Berliner Buchbinderbewegung. Bewilligt hat wieder die Kontobuchfabrik von Moriz u. Kummer, Landbergerstr. 72.

Bei der Firma Selmar Baier wurden die Vertreter der Lohnkommission direkt abgewiesen.

Das Personal der Firma Kirchner u. Schwedhelm, Pringelstrasse, will sich den Arbeitern der anderen Galanterie-Werkstätten nicht anschließen, sondern ließ in der Werkstätten-Versammlung am Donnerstag erklären, daß es keine Forderungen stellen werde; es haben aber trotzdem ein Arbeiter und drei Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt.

Im Streit befinden sich die Personale der Firmen: Frensch, Walfstr. 11. Leo Simson, Spandauerstr. 72. Carl Nechlin, Engelstr. 8. Selmar Baier, Dresdenstr. 85. Alexander Weber, Lindenstr. 53. Bernhard Paul, Wilhelmstr. 22a. Bügenstein, Friedrichstr. 240. Lewinsohn, Fährbänkerstr. 54. A. Weichert, Andrastr. 82. Imberg u. Besson, Alte Jacobstr. 61a. Aug. Reimann, Mauerstr. 58. Eindröb u. Kalb, Alte Jakobstr. 86. A. Demuth, Mohrenstr. 58. Gebrüder Gruner, Junterstr. 16. Möller, Charlottenburg, Verlinerstr. 128a. Gery, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 32. Ullstein, Charlottenstr. 9/10. Biermann, Friedrichstr. 151d. Herm. Franz, Steglitzerstr. 7.

Galanterie-Branchen:

Urban u. Co., Ritterstr. 45. Stephan u. Stengert, Ritterstr. 86.

Die Lohnkommission.

Die Betriebsarbeiter der Gasanstalten Berlins, und zwar der an der Dantziger und an der Gieschiner Straße gelegenen, legten am 28. März die Arbeit nieder, um eine Lohnaufbesserung, namentlich aber, um die Herabsetzung der 18stündigen (1) Sonntagschicht auf 12 Stunden zu erreichen. Bereits eine Stunde nach Ausbruch des Streiks wurden die Forderungen bewilligt. Bis 11. September ist die 12stündige Sonntagschicht eingehalten worden. An diesem Tage erging an die Arbeiter der Gasanstalten in der Dantziger und Gieschiner Straße der Befehl, wieder zur 18stündigen Sonntagschicht anzutreten. Die Arbeiter der Gasanstalt an der Gieschiner Straße folgten dieser Aufforderung und nahmen die 18stündige Sonntagschicht auf. Die in der Dantzigerstraße weilenden Arbeiter, infolgedessen blieb es dort bei der 12stündigen Schicht. Letzten Donnerstag morgens 9 Uhr jedoch wurden die Arbeiter dieser Gasanstalt aufgefordert, auf dem Plage Aufstellung zu nehmen. Dies geschah und es wurde ihnen nun gesagt, sie hätten am Sonntag den 27. d. M. die 18stündige Schicht wieder aufzunehmen; wer damit nicht einverstanden wäre, solle vortreten. Darauf traten bis auf zwei alle Arbeiter alle 70 Mann vor, worauf ihnen erklärt wurde, sie seien alle sofort entlassen. Dies geschah denn auch. Da aber nicht Alle genug zur Aufstellung vorhanden war, mußten sie bis 11 Uhr Vormittag warten. Schon um 9 Uhr hatten sich 5 Schulkinder sowie 1 Polizeilieutenant vor dem Eingange an der Langenstraße postiert und ein Rejestrtrupp Schulkinder hatte auf dem in der Nähe befindlichen Holzplaz Aufstellung genommen. Während des ganzen Vorganges wurde ein Trupp Arbeiter, circa 80 Mann, unter polizeilicher Bedeckung durch einen Seiteneingang in die Gasanstalt geführt, zum Ersatz der Entlassenen, jedoch haben von diesen 80 Mann nur neun die Arbeit aufgenommen, alle anderen verließen die Gasanstalt wieder. Heute Sonnabend Abend 1/2 9 Uhr wird wegen dieser Angelegenheit eine öffentliche Gasanstaltsarbeiter-Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, abgehalten, wozu die Mitglieder des Magistrats und des Stadtvorstandes, Kollegium brieflich eingeladen sind. Die Gasanstaltsarbeiter Berlins werden erfucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann

der Holz- und Kohlen-, sowie Gasanstaltsarbeiter und Rutscher Berlins.

Zur näheren Orientierung über die Arbeitsverhältnisse in den städtischen Gasanstalten, denn um solche handelt es sich hier, sei noch folgendes mitgeteilt. Die Betriebsarbeiter haben in der Woche täglich eine zwölfstündige Schicht und aller vierzehn Tage eine Sonntagschicht von, wie erwähnt, bisher 12 Stunden zu absolvieren, das sind zusammen in vierzehn Tagen 12x12=144 Stunden, im Durchschnitt wöchentlich 78 Stunden. Diese Zeit wird nun allerdings nicht gänzlich vor dem Feuer verbracht; angehängt folgt auf 1 Stunde Arbeit an den Heortoren im Durchschnitt immer eine längere Pause, wo der Arbeiter sich in der Kantine oder im Freien erholen kann, aber die Arbeiter behaupten, daß dem nicht so sei. Abgesehen davon, steht soviel fest: Die Arbeit in den Gasanstalten ist die gesundheitschädlichste, die sich denken läßt; selbst die Luft außerhalb der Betriebsräume ist von Rauch und Ruß derart geschwängert, daß vielleicht sogar die Freisinnigen im Berliner Stadtbereich das Terrain der Gasanstalten nicht als klimatischen Kurort bezeichnen werden. Einem Menschen nun zuzumuten, im Durchschnitt wöchentlich 78 Stunden und noch länger in dem lungenumtötenden Dunstkreis der Gasanstalten zuzubringen, das fordert schon den schärfsten Tadel heraus, wenn es sich um ein Privatunternehmen handelt; wenn aber eine Kommunalverwaltung und noch dazu die Hauptstadt des Reiches, wozu man einst die Regierungsvorteile der Kulturvölker zur Beratung eines internationalen Arbeiterschutzes einlad, sich dergleichen zu schulden kommen läßt, so kann das nicht anders sein als eine Schande und Schmach bezeichnet werden. Wir wollen hoffen, daß die Stadtvorordneten-Versammlung Berlins aus dem Streit der städtischen Gasarbeiter endlich die Lehre zieht, daß Kommunalbetriebe in jeder Beziehung Musteranstalten, aber nicht Rennplätze für manchesterliche Profitgier zu sein haben.

Erfolgslos beendet ist, wie ein Lokalberichterstatter meldet, in Berlin der Ausstand, den am Mittwoch 11 Rutscher des Fuhrherrn Haase aus der Weberstraße 15a beschloßen, weil ihnen die verlangten 25 Pf. Waghelb nicht bewilligt worden waren. Nachdem sie am Donnerstag gefeiert hatten, spannten zehn von ihnen unter Verzicht auf die Forderung bereits gestern wieder an; nur einer ist nicht wieder angetreten.

Vier Berliner Galanteriewaren-Firmen haben, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, das Gewerbegericht angersufen zur Beilegung von Streitigkeiten, die zwischen ihnen und ihren Bedienten anlässlich des verfloßenen Ausstandes entstanden waren. Die Arbeiter haben es indessen abgelehnt, mit den Firmen auf dem Gewerbegericht zu unterhandeln. Diese Notiz bezieht sich also nicht auf den gegenwärtigen Streit im Buchbindergewerbe, sondern auf den früheren Ausstand in der Portefeuliebranche.

Ein Kongress lokalorganisierter Arbeiter wird im „Vandhandwerker“ von einem Drechsler Hermann Polndel vorgeschlagen; der genannte gibt an, er sei vom Allgemeinen Arbeiterverein in Barmen damit beauftragt. Der Kongress ist zum 25. September in Aussicht genommen und soll über folgende Punkte verhandeln: 1. Nutzen und Zweck der Arbeiterorganisationen; 2. Lokalorganisationen und Nutzen derselben; 3. Branchen-, Industrie- oder allgemeine Arbeitervereine; 4. unter welcher Form treten lokalorganisierte Arbeiter in Verbindung; 5. das Recht auf Streik; 6. Verkürzung der Arbeitszeit; 7. wann sind Streiks zu führen und von wem; 8. Zeitschrift für lokalorganisierte Arbeiter; 9. allgemeine Anträge; 10. Verschlebung. Der Einberufer Polndel sagt zum Schluß: Zugleich werde ich die Parteiblätter benutzen. „Vorwärts“ und „Freie Presse“ sind verschlossen.“

Das ist, soweit es sich um den „Vorwärts“ handelt, bewusster

oder unbewusster Schwindel. So sehr wir den Arbeitern in ihrem wohlverstandenen Interesse nur empfehlen können, sich in zentralen Organisationen zu vereinigen, weigern wir uns doch selbstverständlich nicht, über wichtigere Vorgänge auf dem Gebiete der lokalen Organisationen zu berichten. Weber von Polndel oder von sonst jemand ist aber über den geplanten Kongress irgend eine Mitteilung an uns gelangt.

Der „Vandhandwerker“ bemerkt zu dem Kongressprojekt „vorläufig“: 1. Der Wochentag erscheint uns für solch eine Konferenz nicht geeignet; 2. die Tagesordnung ist viel zu lang und enthält zu viel selbstverständliche Sachen, aber die nichts mehr zu sagen ist; 3. wir denken, die durch Vertrauensmänner zentralisierten Organisationen, die also durchaus keine „Lokalorganisationen“ sind, sollten in die Einladung ausdrücklich mit eingeschlossen werden.

In Fürstenwalde a. d. Spree wurde am 23. September eine öffentliche Verammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, wo Genosse Max Kiesel aus Berlin unter lebhafter Zustimmung über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mit dem Unternehmerthum referierte. In der Diskussion berichtete die Streikkommission, daß zwei jugendliche Arbeiterinnen durch die Eltern veranlaßt wurden, die Arbeit aufzunehmen. Die Haltung der Ausständigen ist nach wie vor musterhaft. Zum Schluß ergriß Kiesel nochmals das Wort und ersuchte die Ausständigen, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern ten und fest im Kampfe auszuharren. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erklärte dann die Verammlung, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die von der Lohnkommission der Tabakarbeiter aufgestellten Forderungen bewilligt sind. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Verammlung geschlossen. Im Auslande befinden sich im ganzen noch 81 Personen, darunter 41 männliche und 40 weibliche. Von diesen sind 24 verheiratet.

Kollegen und Kolleginnen! Wir appellieren nochmals an Euer Solidaritätsgefühl und bitten um thätigste Unterstützung. Die Streikkommission. J. K.: A. Grünberg.

Soziales.

Das Trinkgelde-Kniefen, so wird aus Karlsruhe geschrieben, unterlag vor kurzem in seiner schlimmsten Form der Beurteilung des hiesigen Gewerbegerichts. Ein hiesiger Hotelier — der Name wird leider nicht genannt — hatte im vorigen Jahre einen Hausburschen angestellt, der nicht nur keinen Lohn erhielt, sondern dem Hotelier noch 27 Mark in der Woche von den Trinkgeldern abliefern mußte! Der Hotelier bezog also jährlich von dem Hausburschen eine Rente von etwa 1400 Mark. In den letzten drei Wochen der Dienstzeit des Hausburschen haben die Trinkgelde nach seiner Versicherung in Summa höchstens 80 M. betragen, während er 81 M. an den Prinzipal hätte abführen sollen. Dieser behielt deshalb von der gestellten Kautions 81 M. zurück, auf deren Herausgabe der Hausbursche beim Gewerbegericht klagte. Das Gericht verurtheilte den Hotelier zur Zahlung mit folgender Begründung: „Der vorliegende Vertrag, wonach der Kläger nicht nur keinen Lohn erhält, sondern verpflichtet ist, wöchentlich 27 M. von dem Trinkgelde, das ihm von den Gästen gegeben wird, an den Beklagten anzufolgen“, kann nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß der Kläger unter allen Umständen verpflichtet wäre, dem Beklagten wöchentlich 27 M. zu bezahlen; denn in diesem Sinne aufgefaßt, würde der Vertrag nicht nur gegen die guten Sitten verstoßen und deshalb keine Rechtswirkung hervorzubringen, sondern er würde auch nichtig sein, da der Beklagte keinerlei Garantie dafür übernommen hatte, daß der Kläger auch so viel einnehme, um neben seinem Unterhalt, Lohn u. auch noch den Betrag an den Beklagten abzuführen zu können.“

Gewerkschaftliches.

Wegen Beleidigung des Distriktskommissars von Bernstorff und des Vorsitzenden der Strafkammer in Ostrowo stand gestern der Schlichter und Redakteur Johann Pichocki vor der III. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist verantwortlicher Redakteur der hier erscheinenden polnischen Arbeiterzeitung „Gazeta Robotnicza“, die einen gegen Herrn v. Bernstorff gerichteten Artikel in ihrer Nummer vom 1. Februar veröffentlicht hat. In dem Artikel wurde folgendes Vorwurfsmoment besprochen: Der Wikar P. Syonowski in Adelnau hatte eine Beschwerde über den Distriktskommissar v. Bernstorff in Wisnica an die kgl. Regierung zu Posen gerichtet. Er warf Herrn v. B. vor, daß er Bauern, die zu ihm in seiner amtlichen Eigenschaft als Distriktskommissar gekommen seien, grob behandelt und sogar hinausgeworfen habe. Die Beschwerde wies ferner darauf hin, daß v. B. mit dem Rittergutsbesitzer Bined verkehre, von diesem Naturalien beziehe und Geschenke empfangt. Wenn er, der Wikar, hierin auch nichts verhängliches erblicke, so sei es doch von den Leuten niederen Standes bereits falsch gedeutet worden. Herr v. B. richtete darauf nach Kenntnisaufnahme von der Beschwerde an den Wikar einen Brief, in welchem er Genugthuung durch Widerspruch oder mit den Waffen forderte und erklärte, daß, wenn nicht binnen drei Tagen eine befriedigende Erklärung ergangen sei, er sich Sühne verschaffen würde wann und wo er den Wikar trafe. Der Wikar erstattete wegen dieses Briefes Strafanzeige und die zweite Strafkammer des Landgerichts Ostrowo verurtheilte den Distriktskommissar v. Bernstorff wegen verletzter Nöthigung zu einer Geldstrafe von 3 M. Die Vermögenslosigkeit dieser Strafe veranlaßte den inkriminierten Artikel, der die Epithete trug: „Ein Stückchen aus den Verurtheilungen vornehmer Herren.“ Die tatsächlichen Vorgänge sollen in diesem Artikel nicht richtig dargestellt sein. Derselbe enthielt namentlich auch den Vorwurf der Rechtsbeugung gegen den vorstehenden Richter. Der Staatsanwalt hielt schwere Beleidigungen des Herrn v. Bernstorff und des Landgerichtsraths Heinrich beziehungsweise der Mitglieder der 2. Strafkammer des Landgerichts zu Ostrowo für vorliegend und beantragte drei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Herzfeld wies dagegen darauf hin, daß der Angeklagte den Artikel nicht geschrieben habe, um Beleidigungen auszustößen, sondern um Verhältnisse, die den Arbeiter betreffen, klar zu legen. Er habe sich dabei auf seine Gewährsmänner verlassen müssen und sei in großer Erregung über die dem Herrn v. B. zubilligte sehr niedrige Strafe gewesen. Aus diesem Grunde sei eine Geldstrafe am Plage. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Ein sauberes Onkel. Eine Urkundenunterdrückung unter besonders erschwerenden Umständen wurde dem Schneidermeister Albert Hunholz zur Last gelegt, während der Mitangeklagte, Arbeiter und „Besorger fremder Rechtsangelegenheiten“, wie er sich nennt, Hermann Kabeitz, zu dem erwähnten Vergehen durch Rath und That Beihilfe geleistet haben sollte. Im gestrigen Termin vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I wurde folgender Thatbestand für erwiesen erachtet: Hunholz hatte eine Tochter seines Bruders aus einer kleinen Provinzstadt bei sich aufgenommen und ihr gegen eine Entschädigung von wöchentlich 4,50 M. Kost und Logis gegeben. Das Mädchen verdiente durch Plätten kaum so viel, wie es seinem Onkel zu zahlen hatte. Eines Tages wurde Martha Hunholz durch einen Zahlungsbefehl über 400 M. überrascht, den ihr Onkel, der Angeklagte Hunholz, gegen sie hatte ausfertigen lassen. Er begründete seine Forderung damit, daß der Unterhalt seiner Nichte ihm während der Dauer ihres Aufenthalts sowie Mehrkosten verursacht hatte. Als Martha Hunholz, erschreckt über dies völlig unerwartete Vorgehen, in Thränen ausbrach, beruhigte der Angeklagte sie mit der Ver-

sicherung, daß der Zahlungsbefehl nur eine leere Form sei, er wolle von ihr nichts haben. Die Geschichte geriet in Vergessenheit, bis Martha Hunholz eines Tages durch einen Brief von ihrem Vater die Nachricht erhielt, daß ein ihr gehöriges Sparbuchs über 850 M., welches er in Aufbewahrung gehabt, gepfändet worden sei, und zwar auf Grund des Zahlungsbefehls, den ihr Onkel gegen sie hatte ausfertigen lassen. Martha Hunholz hatte der Verhinderung des Aufgebots, daß er keine Ansprüche an sie habe, vertraut, es unterlassen, Einspruch zu erheben und da sie weder den Pfändungsbefehl noch den Vollstreckungsbefehl erhalten hatte, so mußte ihr Onkel diese Papiere heimlich für sich behalten haben. Das arme Mädchen ist um sein ganzes, wenn auch unbedeutendes Vermögen gebracht worden. Die Klage gegen Martha Hunholz sowie die übrigen Schriftstücke in der Angelegenheit sind von dem „Besorger fremder Rechtsangelegenheiten“, dem vielfach vorbestrafter Mitangeklagten Kabeitz, angefertigt worden und der Gerichtshof hatte keinen Zweifel daran, daß er der geistige Urheber des nichtswürdigen Streichs gewesen war. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hunholz 1 Jahr, gegen Kabeitz 9 Monate Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Oscar Gabriel, ein niedrigeres Strafmaß zu erzielen suchte. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten zu je einem Jahre Gefängnis und 2-jährigen Ehrverlust. Die Verurtheilten wurden sofort in Haft genommen.

Eine Ehescheidung aus den Kreisen der „hohen Aristokratie“ vollzog am Dienstag das Potsdamer Landgericht. Der Graf v. Königsmark auf Schloß Blaue wurde von seiner Gattin, einer Prinzessin Wied, nach 32-jähriger Ehe, der mehrere Kinder entsprossen sind, geschieden. Zu dem Termin waren Graf v. Königsmark und seine schon längere Zeit in Dresden lebende Frau erschienen, auch waren verschiedene, ehemals zum Gefolge des Grafen gehörende Personen geladen, welche Angehörige über Familienangelegenheiten Zeugnis ablegen sollten. Dazu kam es aber nicht, denn die Ehe wurde auf Grund gegenseitiger Abneigung geschieden. Eine Tochter des Grafen v. Königsmark ist mit dem Flügeladjutanten des Kaisers, Generalleutnant v. Bisping in Potsdam, eine andere Tochter mit dem Grafen Radolin, Premierlieutenant im Regiment der Garde du Corps, verheiratet.

Übermal ein prügelnder Polizeibeamter vor Gericht. Wegen Körperverletzung stand vorgestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Braunsberg ein hiesiger Polizeibeamter Karl Meier aus Blankenburg a. S. Angeklagt hat in der Nacht zum 16. Juli in Blankenburg auf der Herzogstraße einen Bahnbeamten mißhandelt. An dem Nachmittage war er von dem Bahnbeamten, als er ohne Erlaubniß über das Bahngelände gehen wollte, angehalten worden; des Nachts traf der Angeklagte den Bahnbeamten und fing mit demselben ohne Veranlassung Streit an. Beide haben sich dann gepackt, wobei Meier zweimal zur Erde gefallen ist; nachher zog M. blank und versetzte dem Bahnbeamten mit der Waffe einen Hieb nach dem Kopfe, den dieser jedoch mit dem Arme glücklich parirte. Infolge der starken Verletzung des Armes war er nicht im Stande, anderen Tages seinen Dienst zu versehen. In der Nähe dieses Vorganges soll sich auch ein zweiter Polizeibeamter befunden haben, der im Laufe der Schlägerei den Ausbruch gebraucht haben soll, „Nide ne weck“. Die Aussagen dieser Beamten standen mit denjenigen der andern Zeugen im Widerspruch. Der Beamte will die Worte gebraucht haben, damit M. einen Hand des Verletzten abwehren solle; andere Zeugen konstatirten aber, daß der Hund sich schon lange nicht mehr in der Gegend des Vorfalls befunden habe. Der Beamte wurde nicht verurtheilt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich dem Antrag der Staatsanwaltschaft an.

Ein in den Annalen der Justiz vielleicht noch nie vorgekommener Fall hat sich, wie man aus Ostrowo schreibt, vor dem dortigen Schwurgericht ereignet. Im Juni d. J. hatten sich die Arbeiter Peter Dieganell aus Berlin und Martin Stawowny aus Moschi bei Krotoschin wegen wissenschaftlichen Meinens vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Geschworenen hatten die Schuldfragen bejaht, der Staatsanwalt hatte gegen beide Angeklagte Zuchthausstrafen beantragt, der Gerichtshof war aber einmüthig der Meinung, daß die Geschworenen sich zum Nachtheile der Angeklagten geirrt hätten. Die Sache wurde deshalb zur neuen Verhandlung an das Schwurgericht der nächsten Sitzung verwiesen. Nach zweitägiger neuer Verhandlung nun wurden die beiden Angeklagten von den Geschworenen wieder für schuldig befunden, und da nach der Strafprozess-Ordnung aus Grund des neuen Spruchs stets das Urtheil zu sprechen ist, wurden die Angeklagten zu der gesetzlich niedrigsten Strafe von je einem Jahre Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt.

Vermischtes.

Ueber den vorgesternigen Sturm liegen noch folgende Nachrichten vor: Bremen, 25. September. Rettungsschiff telegraphirt: Am 24. September wurden von der hier gestrandeten finnischen Bark „Ustria“, Kapitän Jansen, 12 Personen durch das Rettungsboot „Frankfurt a. M.“ bei hartem Weststurm gerettet. Das Schiff ist zertrümmert.

Die Rettungsschiffstation Bismar hat von der auf Blankorand gestrandeten deutschen Ruff „Berle“, Kapitän Dylann, vier Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Auch von der französischen Küste werden Nachrichten über zahlreiche Unglücksfälle auf See berichtet.

Die Wallfahrtskirche auf dem Höttingberge bei Ursfel (Sax) ist vorgestern ausgeplündert worden. Der Werth der geraubten, meist von Wallfahrern gespendeten Gegenstände, beläuft sich auf viele tausend Gulden. Von den Thätern fehlt bisher jede Spur. Der Einbruch wurde nachts verübt.

Bahnfrevel. Aus Budapest wird gemeldet: Auf der Strecke Curohany-Borsosbesed legten Unbekannte einen großen Meilenstein auf das Geleise, wodurch ein Personenzug aus den Schienen geriet. Passagiere wurden nicht verletzt. Da der Zug eine große Geldsumme mit sich führte, so nimmt man an, daß es um einen Diebstahl abgesehen war. Die Thäter sind entkommen.

Witterungsübersicht vom 25. September 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeresfl.	Windrichtung	Windstärke (Stala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (00 C. u. 40 F.)
Swinemünde	751	SW	4	wolkig	10
Hamburg	750	SW	4	halb bedekt	9
Berlin	754	SW	3	heiter	8
Wiesbaden	754	SW	4	bedekt	9
München	758	SW	4	heiter	7
Wien	760	SW	—	bedekt	7
Saparanda	748	D	2	bedekt	8
Petersburg	—	—	—	—	—
Coet	743	N	8	wolkig	13
Aberdeen	751	D	3	bedekt	8
Paris	746	S	5	Regen	10

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. September 1896. Zunächst wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und starken, zeitweise stürmischen südwestlichen Winden; nachher etwas kühler. Berliner Witterungsbureau.

Briefkasten der Expedition.

E. J. Ch. Eine deutsche Ausgabe der „Internationale“ ist bisher nicht erschienen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 26. September.
Opernhaus. Der Evangelmann.
Phantasten im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Goldfische.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.

Kessing-Theater. Das Einmaleins.
Neues Theater. Juana. Darauf: Eine Reisebekanntschaft.

Thalia-Theater. Cousin-Cousine.
Kessing-Theater. Der Stellvertreter.
Vorher: Ninette im Schnee.

Theater hinter den Linden. Die Lachtaube.

Schiller-Theater. Ein Schritt vom Wege.

Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Selle - Alliance - Theater. Mars incognito.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der Hypochonder.

Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.

Bausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.
Sonntag, nachmitt. 3 Uhr: Wilhelm Sell. - Abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmitt. 3 Uhr. Klaffter-Vorstellung: Maria Stuart.
Abends 8 Uhr, zum 1. Male: Jean.

Alexanderplatz-Theater.
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen.
(Vons haben Wochentags Gültigkeit.)
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel. - Abends 8 Uhr: Ohne sittlichen Halt.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Karl Weiss.
Sonnabend, den 26. September 1896:
Der deutsche Michel.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von R. Kneisol.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 5 und 6 Uhr:
Drei grosse historische Umzüge.
Zwei altdeutsche Musikkorps.
Süddeutsches Doppelquartett „Alomania“.
Eintritt: 25 Pfg.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
von 7 Uhr ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Schaustellungen in der Arena:
5 u. 8 Uhr nachm.
Entrée 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Rother Adler (Spandau)
Heute:
Sonnabend, 26. September:
Einmalige Soirée der altbeliebten
Stettiner Sänger
(Meysol, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Balkon 75 Pf. Logenplätze 1 Mark.
Zum Schluss:
Unsere Feuerwehr.
Sonntag: Concerthaus Sanssouci.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Zum 7. Male:
Emil Thomas a. G.
Eduard Steinberger a. G.
Eine wilde Sache.
Grosse burleske Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Thalia-Theater

(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.

Cousin - Cousine.

Baudeville in 3 Akten von Maurice Ordonneau und Henri Réron. Musik von Gaston Serpette.
Deutsch von Volten-Bäckers.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung: Der Strohmann (Surnuméraire). Schwank v. Boucheron. Deutsch von Max Schönan. Gebildete Menschen. Volksstück v. Viktor Léon.

Reichshallen.

Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.
(Parterre-Saal)
Täglich bis 30. September:

Norddeutsche Sängers

Neues Programm

Walde als Zigeunerin

Horst zu Pferde

Hoffmann m. neuen Coupl.

Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. - Reserv. Platz 50 Pf.
Montag, 28. Sept., Extra-Soirée.
Zum 150. Male:

Alle fünf Barrisons.

Nach der Familien-Kränzchen.

Sonntags: Anfang 7 Uhr, Entrée 50 Pf.

Apollon-Theater.

Friedrichstr. 218. - Dir.: P. Glück.

Paola del Monte.

Otto Reuter.

7 Troubadours

u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.

Täglich: Konzert, Theater-Vorstellung.

Austr. von Spezialitäten.

Sänger 1. Ranges.

Karlheins Cante.

Schwank in 1 Akt von Schmalow.
Neu! Neu! Neu!

Berliner Konfektionensen.

Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Gerike. Musik v. Schmidt.

Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung

Tanzkränzchen.

1848-er hervorrag. Sammlung: Flugblätter, Plakate, Karikaturen. 100 M.

Hermann Lazarus,
Friedrichstr. 68.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.

Bolossy Kiralfy's „Orient“

Olympia

Riesentheater.

Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Wir erlauben uns, neben unseren bekannten dunklen und hellen Bieren unser Patzenhofer Versandbier (Münchener Farbe), Patzenhofer „Ceres“ (ganz hell) in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Patzenhofer Brauerei,
NO., Landsberger Allee 24-27.
Fernsprecher Fassbier Amt VII. 5535.
„ Flaschenbier „ VII. 2200.

Heute, Sonnabend, beginnt das dies-jährige Gänse-Audspiel, wozu ergebenst einladet
5786
O. Schnell, Reichsbergerstr. 142

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57-62
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.

Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.

Passage - Panopticum.

42 wilde Weiber aus Dahomey.

Castan's Panopticum.

Neu! Neu! Neu!

hochsensationelle Neuheiten die ein Jeder sehen muss!

Volks-Theater.

84 Reichsberger-Strasse 84.
Direkte Bahnlinien (Kottbusser Thor):
a) Elektr. Bahn: Mauerstrasse-Treptow.
b) Dönhofsplatz-Blagauerstr. Dönhofsplatz-Treptow. Zoolog. Garten-Treptow.
c) Pferdebahn: Kottbusser Thor-Müllerstrasse. Rixdorf-Schönhauser Allee.
d) Hasenheide-Behrenstrasse. Fichtestrasse-Ackerstrasse. Moritzplatz-Dermannplatz.
e) Fichtestrasse-Rathhaus.
Eröffnung: Sonnabend, den 3. Oktober.

Kaufmann's Variété

Pepita!

Vogler's Casino

früher Weltrestaurant,
Dresdener Strasse 97.
Täglich im großen Theater-Saal:
Die unübertrefflichen
Hamburger Sängers.
Entrée durchweg:
Wochentags 30 Pf.
Sonntags 50 Pf.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 6 Uhr
Im vorderen Saal:
Tyroler-Konzert.
Entrée vollständig frei.

Heute, Sonnabend, beginnt das dies-jährige Gänse-Audspiel, wozu ergebenst einladet
5786
O. Schnell, Reichsbergerstr. 142

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Jeden Abend Großer Jubel.
The Miltons. Fredans Trio. Dora Marchetty. Hed u. Hid. Fredi Hanson. Bob Hopkins. Sremlow Trio. Mita Roselly.

Stürmischer Geis! Hogino Akrobatentruppe. Josephine von der Heilsarmee.

Urkomisch! Im Lachsleben! Reiche der Schatten.

Anfang 7 1/2 Uhr. - Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.

Alcazar.

Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.

Dresdenerstrasse No. 52/53.
Annonenstrasse 42/43.

Vornehmster Familien-Aufenthalt.

Vorstellung.

Durchweg neues Programm.

Grand-Konzert der neu engagierten Haus-Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Martin.

Anfang. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf.
R. Winkler.

Circus Busch.

(Bahnhof Börse.)
Sonnabend, 26. September 1896,
Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung.

Sensationeller Erfolg! Millennium, Bilder a. Ungarn.

Außerdem: Zum 1. Male: Potpourri-Favory, engl. Vollbluthengst, abger. und ger. v. Dir. Busch. Herr Eugen Salamonski, Russlands bester Schreitler. 4 arab. Schimmelhengste und 3 russ. Fuchshengste, abger. und vorgef. v. Dir. Busch. Clifton Bros., Salon-Akrobaten. The Meteors, großartige Luftgymnastiker. Spezialitäten I. Ranges. Vorzügliche Klowns.

Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 4 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr: Millennium.

Hyacinthen

und andere echte Haarlemer Blumen-Zwiebeln in der Samenhandlung von

C. D. Neumann,
Oppelnerstr. 9.
Preisverzeichnis gratis.

Spezial-Bericht

der Musik-Instrum.-Fabrik.

The Lowendall Star Works.

L. Löwenthal.

121, Reichsbergerstrasse 80.
Elektrische Bahn, Pferdebahn,
Omnibus posten meine Fabrik.

Einzel-Verkauf zu regulären Fabrik-Preisen.

Violin von M. 2,25

Violinkasten 2,25

Violinbogen 0,45

Violincellos 15,00

Contra-Bässe 34,00

Alle Arten der besten Saiten enorm billig.

Mandolinen von M. 6,75

Guitarron 5,00

Zithern 7,00

do. (Konzert) 8,50

Mundharmonikas unermessl. Ausw. von M. 0,10

Ziehharmonikas 2,00

Ocarinas 0,35

Piccolos Grenadill 1,00

Konzert-Flöten 2,75

Metronome 6,50

Steh-Notenpulte, eiserne bronzirt.

Für alles, was ins Fach d. Musik-Instrumente gehört, halte ich das grösste Lager der Residenz.

Mit meinen Preisen wird ein jeder Käufer einverstanden sein.

Unantastbar fest, aber billig.

Elektrische Bahn, Pferdebahn,
Omnibus posten meine Fabrik.

15 Pf. Fahrgehd. Vergüt.

Time is money.

Mäuse, Hänfinge 50, zahme Breittchen 7-10 M., Garzer Bauer 15. Gelaufen werden weiße u. Langmäuse, Weibnärmer u. Kanarienvogel. Schmidt, ehem. Fr. Redtmann, Al. Andreasstr. 8.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, ganze Haushaltung, Einrichtungen, auch auf Zweis. m. ger. An- u. Patenzahl. b. L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, I.

Damen- u. Kinderkleider werden angefertigt bei Helene Lenz, Oranienstrasse 21 v. 3 Tr. 5686

Danksagung!

Allen denen, welche sich an dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres sorglichen Vaters, des Steinweg Carl Schröder, beteiligt haben, sowie für die überaus reichen Kranzspenden sagen wir unsern tief empfundenen Dank.

Louise Schröder geb. Saß nebst Kindern.

5746

Danksagung!

Allen Genossen, Freunden und Bekannten, den Kollegen der ehemaligen Gutfabrik von Wessel für die reiche Kranzspende, außerdem dem Gesangsverein „Nordwacht“ für den schönen Gesang sagen ich ihren herzlichsten Dank.

5606 Die trauernden Hinterbliebenen.

Wilh. Klotmann und Verwandte.

Zum Parteitag!

Wir empfehlen:

Bebel, Frau und Sozialismus M. gebunden 2,50

brochirt 2,-

— Allgemeines Stimmrecht 20

Popp, Arbeiterin im Kampf um's Dasein 20

Gizycki, Bürgerpflicht der Frau 30

— Stellung der Frau in der Gegenwart 30

Borostyáni, Gleichstellung der Geschlechter 4,-

— Das Recht der Frau 1,-

Vitalis, Das höchste Recht des Volkes (Proportionalwahlrecht) 20

Kautsky, Volksgesetzgebung, Parlamentarismus u. Sozialdemokratie 75

Rittinghausen, Direkte Gesetzgebung 50

Schippel, Die Gewerkschaften 15

Kralik, Nutzen der Gewerkschaften 20

Parvus, Gewerkschaften und Sozialdemokratie 40

Gewerkschafts-Protokolle: Halberstadt und Berlin 20

Parteitags-Protokolle: Halle Erfurt, Berlin & 50 Pf., Köln 40 Pf., Frankfurt a. M. 25 Pf., Breslau 30

Internationale Kongress-Protokolle: Paris 25 Pf., Brüssel 20 Pf., offizielle französische Ausgabe 1 M., Zürich 50 Pf.

Londoner Kongress-Protokoll 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts.

Schwarzdroffeln, Std. 4 M. Cigaretten-50, Hdg. Sorauerstr. 6.

Mittenwalderstr. 40,
3 Stuben, Küche, Zubehör 1. Okt. 96 zu vermieten. 57412*

Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermieten. [5829L* Der Verwalter.

Wohnungen. Von 4, 3, 2, 1 Stube, Küche, Zubehör. Pferdeplätze zu 6 u. 3 Pferden. Remisen, Lagerkeller billig zu vermieten, nahe der Bahn, Frankfurter Allee 16. 172b

Thein. & möbl. Schlafst. Prinzenstrasse 111 v. 2 Tr. I. 570b

Schlafst. f. S. Paderstr. 33 v. 3 Tr. I.

Schlafst. an Herrn. 5 M. monatl. Babilg, Georgenkirchstr. 12. 567b

Arbeitsmarkt.

Achtung, Zimmerer!

Den Mitgliedern d. Zentral-Krankenkasse der Zimmerer G. S. R. Nr. 2 in Hamburg, Verwaltungsstelle Berlin V. zur Kenntnis, daß ich von heute ab im Lokale von Frau Herrath, Planufer 92a entgegen nehme.

259/18 W. Zepke.

Tüchtige Schürzen-Mäherin, auch Lehrmädchen im Hause verl. Krause, Gollnowstr. 32a, Hof. 573b

100 Mansfeld auf glatte Nevers-Jackets verlangt. Fahrgehd wird vergütet. Frau Huth, Plantagenstr. 41 vorn 1 Treppe. 561b

Silber-Arbeiter auf Sammerarbeit geübt, finden sofort dauernde Beschäftigung bei 549b Fadderjahn.

Arbeiterinnen

auf Jaquets, Preis 1,40-1,70 M., ohne Ausfertigen, sucht Heimann, Weinbergsweg 11b.

Simsnacher,

zirka 50 Mann, werden bei Bestener Lohnarbeit sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf Mücks's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Internationaler Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen.

VI.

Am Freitag Vormittag fand unter Vorsitz der Frau Jeanette Schwerin wieder eine außerordentlich zahlreich besuchte Sektions-Sitzung statt, in der über Volkserziehung und Arbeiterinnenfrage verhandelt werden sollte. Die beiden ersten Vorträge fanden nur in einem sehr lockeren Zusammenhang zum Thema. Zunächst wurde eine Arbeit der Miss Jane Clapperton über „Familiengenosenschaften“ vorgelesen. Der Vorschlag geht dahin, daß sich je zwanzig Familien der Mittellasse vereinigen, um gemeinsame Wirtschaft in einem Familienheim zu führen, und die Kinder, Mädchen und Knaben zusammen, gemeinsam erziehen zu lassen. Von dieser gemeinsamen Erziehung verspricht sich Miss Clapperton in erster Linie die Ermöglichung glücklicher Ehen, sobald die Kinder herangewachsen sind. Ueber die ökonomischen Grundlagen dieser Familienheime verbreitete sich der Vortrag nicht. Er führte zu keiner Debatte, ebenso wenig die Rede der Miss Campbell aus Glasgow über das „Rettungsnetzwerk an gefallene Mädchen.“ Hier war nur das Eingeständnis von Bedeutung, daß alle bisherigen Versuche ganz ergebnislos geblieben seien; man müsse sich auf die Hilfe des allmächtigen Gottes verlassen.

Hiernach übernahm Frau Cauer den Vorsitz und Frau Jeanette Schwerin sprach über das Thema: „Auf welchen sozialen Arbeitsgebieten kann sich die gesamte Frauenwelt zu gemeinsamer Arbeit vereinigen?“ Die Vortragende bezeichnete die Frauenfrage als einen Teil der Kulturfrage der Menschheit, an deren Lösung alle Frauen beteiligt seien. Als diejenigen Gebiete, auf denen sich die sozialdemokratischen, evangelisch-sozialen und bürgerlichen Frauen vereinen könnten, nannte sie folgende: 1. die Volksschule, die in eine Einheitschule umgestaltet werden müsse; 2. weibliche Fabrikinspektoren; 3. Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung zum Schutz der Frauen und Kinder; 4. Zulassung der Frau zur Kommunalvertretung und 5. Durchführung der Organisation der Arbeiterinnen. In England und Amerika und in der Schweiz hätte sich ein Zusammengehen aller Frauen sehr bewährt. Auch beim Streik der Arbeiterinnen in der Konfektions-Industrie in Dresden hätten Frauen aus bürgerlichen Kreisen und sozialdemokratischen Kreisen zusammengewirkt. Rednerin macht den Vorschlag, daß Vertrauenspersonen von den Frauenvereinen aller Richtungen gewählt werden und zusammentreten sollten, um für die obigen fünf Punkte ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Wenn eine Rednerin in der sozialdemokratischen Frauenversammlung am Mittwoch den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zugerufen hätte: Ihr hemmt uns, doch ihr bezwingt uns nicht, so hätte sie sofort Recht, als die bürgerlichen Frauen die sozialdemokratische Frauenbewegung gar nicht bezwingen wollten. (Bravo.) In stetiger, unermüdbarer Arbeit wollen wir, ohne viel zu polemisieren, zu einem Verständnis der Lage der Arbeiterinnen gelangen und ob sie uns ablehnen oder nicht, ihnen wie allen Frauen die Bedingungen zu einem menschenwürdigen Dasein erringen.“ (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über diesen Vortrag gestaltete sich äußerst lebhaft. Es griffen in sie einige Genossinnen ein und der Beifall, der ihre Worte begleitete, bewies, daß eine starke sozialistische Minorität in der Saale vorhanden war.

Als die erste Rednerin in der Debatte war Genossin Jettin. Sie wurde mit Beifall und Zischen empfangen und sagte: Das Wort: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht, habe ich durchaus nicht gegen die bürgerliche Frauenbewegung gebraucht. Ich habe diese, wie ich offen bekennen will, bisher als eine soziale Macht noch nicht so hoch eingeschätzt, daß zu einem solchen Wort Veranlassung wäre. (Zischen.) Es war gegen die Mäden und Töchter des Kapitalistenhauses gerichtet, der die Arbeiterinnenbewegung, weil sie auf sozialdemokratischem Boden steht, zu unterdrücken sucht. Die Referentin hat recht: zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung sind Berührungspunkte vorhanden, und auch wir haben in der That für alle Reformforderungen, die darauf abzielen, der Geschlechts-Sklaverei des Weibes ein Ende zu bereiten, mit Energie und Klarheit gewirkt. Seit Jahren treten wir für die politische Gleichberechtigung der Frau, für Frauenstimmrecht ein. Wo aber ist ein deutscher Frauenkongress, der diese Forderung bisher offiziell angelerntem gewagt hätte. Wir betrachten unseren Kampf in erster Linie als einen Klassenkampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Auch in tatsächlicher Beziehung können wir nicht die Wege wahren, die die bürgerliche Frauenbewegung wandelt. Sie petitionieren zum Beispiel an den Monarchen. Wer kann von Republikanern verlangen, daß sie sich der Person des Herrschers bittend nähern. (Unruhe.) Sie petitionieren an die Regierung. Wer kann von uns verlangen, daß wir einer Regierung bittend nähern, die 12 Jahre lang während des Ausnahmefalles und geknechtet und verfolgt hat. (Beifall.) Wie sollen wir einer Regierung bittend nähern, die die Weisheit der Gerichte gegen die Arbeiterinnen-Organisationen in Bewegung gesetzt hat, eine Weisheit, gegen die Salomo's Weisheit der reine Waisenknecht ist. (Weiterer Beifall und Widerspruch.) Wenn man helfen will, muß man nicht bloß schöne Wünsche ansprechen, sondern auch eine soziale Macht vorstellen, um diese Wünsche durchzudrücken. Was bedeutet die Macht der Gutgesonnenen gegen die eines Stumm, der ausschlaggebend ist in sozialpolitischer Hinsicht. Jeder ernsthaften Sozialreform widerstrebt die bürgerliche Gesellschaft. Wir weisen Reformen durchaus nicht zurück, aber alles, was die bürgerliche Klasse für die Arbeiterin tut, ist nur ein Quentchen Schulzuckerersatz. Um das Einfingerring der Sozialreform kann das Proletariat nicht sein Erstgeburtrecht, eine revolutionäre Klasse zu sein, aufgeben. (Zischen.) Erklären Sie nicht vor dem Worte revolutionär; es hat keinen bestimmten geschichtlichen Sinn, und ich gebrauche es in diesem, nicht im kapitalistischen oder Wachtstubenjargon! Als gemeinsamen Punkt für geschlossenes Vorgehen bezeichnete Frau Schwerin auch die Reform der Volksschule. Woher soll eine Arbeiterin die Zeit nehmen, um in genügender Weise an einer solchen Aufgabe mitzuarbeiten? Da hat sie dringendere Aufgaben, da wendet sie ihre Zeit besser an, wenn sie im Lager der Sozialdemokratie mitkämpft. (Beifall und Zischen.) Wenn die bürgerliche Frauenbewegung in erster Linie ihr vollkommenes politische Gleichberechtigung der Frau eintrachten würde, so könnten wir dies als eine nützliche Thätigkeit betrachten, weil mit dem Wahlszettel in der Hand die Proletarierfrau ihrem Manne ein wertvoller Bundesgenosse in seinem politischen Kampfe sein würde. Ferner müßte die bürgerliche Frauenbewegung eintreten für Steuerreform, Abschaffung der Gebühre-Ordnung und für den Achtsundentag. Von der Bereitwilligkeit der bürgerlichen Frauen, die Organisationen der Arbeiterinnen zu fördern, wird nur dann etwas zu erwarten sein, wenn man diese Organisationen zu Kampforganisationen, nicht etwa zu Harmonie-Kaffeehäusern machen will. (Lebhafte Beifall und heftiges Zischen.) Das Gute, das die bürgerliche Frauenbewegung thut, werden wir immer gern anerkennen, aber wir meinen nicht, daß dort, wo es sich um eine Aktion um gleiche Ziele handelt, auch immer derselbe Weg eingeschlagen werden wird. Für uns steht der Grundsatz in erster Linie: die proletarische Frau kämpft gemeinsam mit ihrem männlichen Schicksalsgenossen einen Klassen-

kampf, sie führt aber nicht den Kampf gegen das männliche Geschlecht, den die bürgerliche Frauenbewegung ihrer ganzen Entwicklung nach zu führen die historische Aufgabe hat. (Lebhafte Beifall und heftiges Zischen.)

Baronesse Griepenberg weist auf das gemeinsame Wirken von bürgerlichen Frauen, Arbeiterinnen und Bäuerinnen in ihrem finnländischen Frauenverein hin. Er zählt 600 Arbeiterinnen und Landfrauen als Mitglieder. Die Arbeiterinnen waren besonders organisiert, beschlossen aber, den besonderen Verein aufzulösen, da sich der Verein genügend um die ökonomischen Interessen der Arbeiterinnen bekümmere; jetzt bilden sie eine besondere Sektion des Frauenvereins.

Herr Boos-Jäger, ein Schweizer Sozialreformer, der die in englischer Sprache gehaltene Rede der Frau v. Griepenberg verdeutschte hatte, theilte mit, daß die Arbeiterinnenvereine der Schweiz, die durchaus sozialdemokratischen Charakters seien, erfolgreich mit bürgerlichen Frauenvereinen zusammen gearbeitet und viel erreicht hätten. Die Frauenbewegung hätte so viel Freunde, daß der Sieg unmöglich wäre, wenn die Frauen sich trennen wollten. (Bravo.)

Frau Lily Braun: Zur Orientierung der Ausländerinnen möchte ich hervorheben, daß die Verhältnisse in Deutschland ihrer ganzen historischen Entwicklung nach so verschieden von denen Englands, Amerika's und der Schweiz sind, daß sie zum Vergleich gar nicht herangezogen werden können. Was will der finnländische Verein mit 600 Arbeiterinnen als Mitglieder besagen? Das ist eine ganz geringfügige Erscheinung. Ebenso gut könnte man einen Sturm im Glase Wasser mit einem Sturm auf dem Weltmeere vergleichen. (Unruhe und Zischen.) Es ist hier überhaupt worden, wir, die sozialdemokratischen Frauen, seien außer uns gerathen, weil sich gezeigt hätte, daß eine große Frauenbewegung hinter dem Kongress hände. Davon ist keine Rede. Allerdings macht der Kongress für deutsche Verhältnisse einen imposanten Eindruck. Aber wie wird die Begeisterung der bürgerlichen Frauen einschrumpfen, wenn sie wieder zu ihren kleinen Vereinshätigkeiten zurückkehren. (Beifall und Zischen.) Ich habe von verschiedenen Seiten hier gehört, daß man sich unbefriedigt fühlt, daß man, was die Arbeiterinnen betrifft, sagt: Hier stehen wir vor so einem ungeheuren Gend, daß wir mit Vereins- und Wohlthätigkeitsbestrebungen nicht dagegen ankämpfen können. Zweifellos decken sich einige Bestrebungen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung. Frau Schwerin erwähnte u. a. die Forderung nach weiblichen Fabrikinspektoren, nach Erweiterung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und forderte uns auf, Hand in Hand mit den bürgerlichen Frauen zur Erreichung dieser Ziele zu gehen. Darauf kann ich nur erwidern, daß wir seit vielen Jahren um diese Dinge kämpfen, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten überhaupt stets für alle Frauenforderungen eingetreten sind. Ein engeres Zusammenarbeiten aber schließt die verschiedene Weltanschauung aus, auf deren Boden wir stehen. (Beifall und Zischen.) Zu einer Diskussion mit den bürgerlichen Frauen sind wir aber bereit, wir haben die Aufforderung auch an den Kongress gerichtet. Von den bürgerlichen Frauen aber hat sich keine einzige zum Wort gemeldet. Ich hoffe, daß dies in der heutigen Versammlung geschehen wird und daß Sie ebenso, wie wir hierher gekommen sind, zu uns kommen werden. (Beifall und heftiges Zischen.)

Fraulein Anita Kugspurg polemisiert gegen Frau Jettin. Die bürgerlichen Frauen sehen nicht bloß in die Ferne und hielten theoretische Vorträge, sondern wollten schon für das Heute arbeiten und in der Gegenwart Früchte pflücken. (Beifall.) Bei ihren tiefen ökonomischen und historischen Kenntnissen werde Frau Jettin am besten wissen, daß die große Masse zu ungebildet sei, um die idealen Forderungen der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Von der praktischen Durchführung der sozialdemokratischen Ideale sei man also noch weit entfernt. Die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren würde durch die vorzüglichen Arbeiten der Frau Schwerin rascher herbeigeführt werden, als durch die bloß rhetorischen Leistungen sozialdemokratischer Parteiführer im Reichstage. Eine schneidende Ironie sequenz sei es, wenn Frau Jettin glaube, daß die Blüthen einer Revolution den Segen höherer Kultur herbeiführen würden. Ohne entsehlige Grueltaten könne der völlige Umschwung der Dinge, den Frau Jettin verlange, nicht herbeigeführt werden. Hierdurch würden aber die Keime legendärer Entwicklung vernichtet werden. Das müsse sie bei aller Sympathie für die idealen Ziele der Sozialdemokratie ansprechen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Kämpf-Dresden meint, der Beweis, daß die bürgerlichen Frauen mit den Arbeiterinnen Hand in Hand gehen können, sei in Dresden beim Konfektionsarbeiterinnen-Streik vollständig erbracht worden. „Wir Frauen aus bürgerlichen Kreisen haben nicht nur Geld gesammelt und an das Streikkomitee abgeführt, wir haben uns auch mit den Führern über die Art und Weise des Vorgehens geeinigt.“ (Beifall.) Wir haben vor allem auch unsern Einfluß als Kundinnen angewandt, um die Forderungen der Arbeiterinnen durchzusetzen. Das hat die Dresdener Sozialdemokratie auch bereitwillig anerkannt. Die Dresdener Arbeiter standen auf dem einzig vernünftigen ruhigen Standpunkt, daß sie die offen und ehrlich dargebotene Hand annahmen, ohne sich in ewige Polemiken und nutzlose Erörterungen zu ergehen, wozu wir Deutschen leider so sehr neigen. Wir bürgerliche Frauen folgten dem Grundfatz: hier leiden Frauen, hier werden Frauen mißhandelt und unterdrückt, und hier müssen Frauen helfen. (Lebhafte Beifall.)

Frau A. Küfner bedauert, daß von einer Seite ein Mißklang in den Verlauf des Kongresses gebracht worden sei. Frau Jettin hätte diese Tribüne gemißbraucht, um für ihre sozialdemokratischen Theorien Propaganda zu machen. (Unruhe.)

Frau Cauer, die den Vorsitz übernommen, unterbricht die Rednerin und bittet sie, nur sachlich zu debattieren. Gleichzeitig fragt sie sie, ob sie überhaupt über die in Frage kommenden Dinge orientirt sei.

Frau A. Küfner (fortfahrend): Frau Jettin hat hier den Unstern gepredigt, ja sogar Petitionen an allerhöchste Stelle... (Schlußruf.)

Frau Cauer macht die Rednerin nochmals darauf aufmerksam, daß es sich um die Arbeiterinnenfrage handle. Frau Küfner verzichtet.

Ein Herr Liburtius will die religiöse Frage aufs Tapet bringen, verzichtet aber auf Zureden der Vorsitzenden aufs Wort.

Herr Dr. Aurelius Schmidt macht unter großer Theilnahme der Versammlung und unter lauten Ruf „Für Sache“ Propaganda für die Knabenheute und erzählt wieder von seinem vortrefflichen Vater.

Der nächste Redner, Herr Dr. Schnapper-Kruidt, hob die Diskussion wieder durch eine vortreffliche Rede über die Diensthöfenfrage, die beziehungsweise von den reformerischen bürgerlichen Frauen bisher nicht einmal gekreist worden war. Die vorgeschrittenen bürgerlichen Frauen, so sagte er, sollten sich vereinigen, um die kleinliche und gehässige Haltung, die die Bourgeoisie in ihrer Mehrzahl zu den Diensthöfen einnimmt, zu bekämpfen. Diese phylitrische Haltung äußere sich in der Gesetzgebung, in der sozialen Sitten und in der Literatur. Die sadestischen Anklagen über „moderne Diensthöfen“, die sich aber schon in der Literatur des sechzehnten Jahrhunderts vorfinden,

würden in bürgerlichen Blättern immer wieder aufgeführt. Durch die Art, wie die Diensthöfen in bürgerlichen Häuse behandelt würden, würde der Geist der Ungleichheit schon bei den Kindern geweckt. (Bravo.) Wie viele Frauen gäbe es, die die Diensthöfen auf den Weg der Bildung hinwiesen, ihnen ein Buch empfahlen oder sich nach ihren Verwandten erkundigten? (Bravo.) Ein Arbeiterschutzgesetz für Diensthöfen sei nicht vorhanden, nur ein Arbeiterzwangsgesetz, die Gesinde-Ordnung. Die Diensthöfen seien häufig unwürdig untergebracht, freie Zeit für Erholung und Fortbildung sei ihnen nicht garantiert. Alle Frauen müßten sich mit den Gesinde-Ordnungen vertraut machen, dem häßlichen Ueberbleibsel des Geistes der Bevormundung. In der Nacht, die der Hausfrau durch die Gesinde-Ordnung verliehen sei, dürfe sie nicht ein Wort, sondern müsse eine Beleidigung, eine Unterdrückung ihres eigenen Geschlechts darin sehen. In den Diensthöfen-Ordnungen vereinigt sich Klassen- und Geschlechts-Sklaverei. (Bravo.)

Redner will noch weiter sprechen, muß aber von der Vorsitzenden unterbrochen werden, weil die Zeit leider zu beschränkt sei. Er verteidigt hartnäckig seinen Platz auf der Tribüne und weicht nur erneuten drängenden Vorstellungen der Vorsitzenden.

Frau Jettin: Frau Kugspurg weist auf die Rückständigkeit der Bildung der Masse hin. Wir verlangen aber gerade bessere Verhältnisse, um das Bildungsniveau zu heben. (Beifall und Zischen.) Sie hat sich in der Rolle der Pythia gefallen, die über die blutige Revolution orakelt, die die Sozialdemokratie herbeiführen will. (Zischen und Beifall.) Wann hat die Sozialdemokratie je behauptet, daß sie die Umgestaltung auf dem Wege der blutigen Revolution herbeiführen will. Wir stützen uns auf die Gesetze der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und unser Bestreben ist es, diese Umgestaltung auf friedlichem und gesetzgeberischem Wege herbeizuführen. Verlassen die herrschenden Klassen diesen Boden, so ist der Friedensbruch nicht unsere Schuld. (Bravo und heftiges Zischen.)

Frau Dr. Daszynska: Es wurde erwiesen, daß ein gemeinsames Arbeiten von Arbeiterinnen und bürgerlichen Frauen in vereinzelten Fällen möglich und daß diese Arbeit von großem Nutzen ist. Nicht erwiesen wurde, daß die Arbeiterinnen sich als Klasse an den Bestrebungen der bürgerlichen Frauen beteiligen können. Die Frage, ob die bürgerlichen kämpfenden Frauen sich als Klasse betrachten und vorgehen wollen, scheint mir zu verneinen zu sein. Sie sind ein leidender Teil in der heutigen Gesellschaft. Die Leidenden haben sich aber immer gemeint gezeigt, Opfer zu bringen und sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Deshalb glaube ich, daß kein so scharfer Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung besteht, wie es nach den Verhandlungen erscheinen könnte. Wenn die bürgerliche Frau sich um die Arbeiterinnen-Verhältnisse kümmert, so bringt sie kein Opfer, sondern gewinnt, weil sie sich auf eine höhere Stufe der Menschlichkeit stellt. (Beifall.)

In ihrem Schlußwort bedauert Frau Schwerin, daß die Opponenten leider nicht auf ihre Thesen eingegangen seien. Das Thema sei also nicht erledigt. Gegen Frau Jettin's Rath an die bürgerlichen Frauen, in erster Linie für das Stimmrecht zu kämpfen, wendet die Referentin ein, daß die ökonomische Entwicklung der politischen vorangehe. Der Einladung, an der sozialdemokratischen Frauenversammlung theilzunehmen, glaubten die bürgerlichen Frauen nicht entsprechen zu dürfen, weil Frau Lily Braun den Kongress geschmäht und ihm Bescheidenheitslosigkeit vorgeworfen hätte. (Auf diesen Angriff konnte nicht erwidert werden, da die Referentin sich das Schlußwort hierfür gewählt hatte.) „Trotz alledem halten wir ein Zusammenarbeiten nicht für so aussichtslos. Wir Frauen rechnen uns zu keiner Klasse, wir sind keine Feinde der proletarischen Frauenbewegung und wo kein Feind ist, da ist kein Kampf.“ (Lebhafte Beifall.)

Damit hatten die Vormittagsverhandlungen ihr Ende erreicht. Es war die bewegteste Sitzung, die der Kongress bisher gehabt hatte.

Soziales.

Die „vereinigten Buchdruckerinnen“ Dresden's setzen ihre Kundenschaft „anz ergeben“ davon in Kenntniß, daß sie die durch den neuen Buchdruckerarif bedingte Begrößerung der Herstellungskosten wegen der in Dresden „besonders niedrigen“ Preise für Buchdruckerarbeiten „nicht allein zu tragen vermöchten“, und deshalb „gezwungen“ wären, die Satz- und Druckpreise um circa 10 pCt. zu erhöhen. Der neue Buchdruckerarif bringt aber keine 10prozentige Erhöhung der Produktionskosten mit sich. Weiter werden die Buchdruckermeister selbstverständlich dafür sorgen, daß ihre Arbeiter in 9 Stunden möglichst dasselbe Quantum Arbeit liefern, wie früher in 9 1/2 Stunden effektiver Arbeitszeit. Die Buchdruckermeister würden also bei der zehnprozentigen Erhöhung der Satz- und Druckpreise ein recht profitables Geschäft machen. Zum Glück ist aber die Konkurrenz da, die das Publikum vor allzu großer Schröpfung bewahrt.

Für „Sonntagsruhe“ der Handlungsgehilfen. Die Mannheimer „Volksstimme“ veröffentlicht eine Zuschrift aus den Kreisen der Handlungsgehilfen, wonach das dortige Bezirksamt das Arbeiten an folgenden Sonntagen zuließ beziehentlich zuläßt:

1. am Sonntag vor Ostem;
2. an den beiden Weihnachtsontagen, die dank der Liebesswürdigkeit des Stadtrathes um den dritten (Dinnelfahrtstag) vermehrt wurden;
3. am Erntedankfest mit 2 Sonntagen;
4. am nächsten Sonntag und im Anschluß hieran
5. an den beiden Herbstfestsonntagen welche ja wahrscheinlich auch wieder durch einen dritten vermehrt werden, damit ja die Wandertänzer nicht zu kurz kommen;
6. reihen sich hieran die 4 Sonntage vor Weihnachten und
7. der Sonntag für die gesellige Inventur.

Das nennt man „Tuchflüßung“ der Sonntagsruhe! Früher war es, schreibt die „Volksstimme“, in den meisten Detailgeschäften mit mehrköpfigem Personal üblich, daß der Angestellte einen Sonntag um den andern ganz frei hatte. Das waren — 1. Ofter-, Pfingst- und Weihnachtstag eingerechnet — etwa 29 freie Sonn- und Feiertage. Zieht man aber bei der heutigen „Sonntagsruhe“ die vorerwähnten 15 Arbeits-Sonntage von den 52 Sonntagen ab, so bleiben noch 37 und an diesen 37 Sonntagen muß der Handlungsgehilfe je 5 Stunden arbeiten, so daß er heute mit der theuer erkaufte Sonntagsruhe noch nicht einmal so viel freie Zeit hat als früher!

Krankenkassenwesen. Der Kranken- und Sterbefälle zu Schmittens (G. H.), der Allgemeinen Unterstützungskasse für Krankheits- und Sterbefälle zu Kleinowaldbach (G. H.), der Kranken- und Sterbefälle „Gesundigkeit“ zu Dresden (G. H.), der Allgemeinen Unterstützungskasse „Kameradschaft“ für Krankheits- und Sterbefälle zu Sulzbach (G. H.), der Kranken- und Sterbefälle des Vereins der Kaufher zu Berlin (G. H.), der Kranken- und Begegnungskasse der chirurgischen Instrumentenmacher, Bandagisten und Berufsgenossen (G. H.) in Berlin, der Freien Kranken- und Begegnungskasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins (G. H.) und der Kranken- und Sterbefälle aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin (G. H.) ist von

preussischen Handelsministerium die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

In Straßburg i. O. wurde vorgestern die 16. Jahresversammlung des deutschen Verbandes für Armenpflege und Wohltätigkeit im großen Saale des Mathianes durch den Landtags-Abgeordneten Seyffardt, Graf von Hohenhausen, eröffnet. Dr. Müllerberg, Berlin gab den Generalbericht. Dr. Muland, Colmar berichtete über das System der Armenpflege in Altdeutschland und in den Reichsländern. Er erachtete das reichsländische System der fakultativen Armenpflege für nicht mehr den berechtigten Anforderungen entsprechend. (Beifall.) In der Debatte, woran sich Dr. Straßburg, Dr. K. Schrotz, Berlin, Dr. Bad. Straßburg, Wöhmer, Dresden u. a. beteiligten, traten die Vertreter der Reichsländer für das bisherige System ein. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, dahingehend, daß eine Weiterentwicklung des reichsländischen Armenwesens in der Richtung einer obligatorischen öffentlichen Armenpflege erwünscht sei.

Gerichts-Zeitung.

Die Klage wegen groben Unfugs gegen den Redakteur des antisemitischen „Deutschen General-Anzeigers“, Karl Sedlitz, die schon einmal das Gericht beschäftigt hat, wurde heute vor dem Schöffengericht zum Abschluß gebracht. Am 20. November vorigen Jahres erschien in der Angeklagten Zeitung unter der Ueberschrift: „Fleisch für die Götter“ ein Artikel, worin mehrere Fälle erzählt wurden, daß jüdische Schlächter das für die Christen bestimmte Fleisch in der unappetitlichsten Weise verunreinigt haben sollten. Daraus wurde die Warnung gefolgt, Fleisch aus Judenläden zu genießen. Wegen dieses Artikels stellte der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Strafantrag wegen groben Unfugs, und das Amtsgericht folgte dem Antrag, indem es gegen den Redakteur Sedlitz wegen groben Unfugs eine Geldstrafe von 30 Mark festsetzte. Dagegen wurde richterliche Entscheidung beantragt. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß der beanstandete Artikel der „Hannov. Post“ entnommen sei, und daß er für den Inhalt den Beweis der Wahrheit antreten wolle. Er bat zu diesem Zwecke, daß der Gerichtshof sich die Akten gegen den jüdischen Schlächter Isaak Bonn zu Akte kommen lasse, der am 10. Mai 1894 wegen grober Beschuldigung des für Christen bestimmten Fleisches mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden sei. Ferner bat der Angeklagte um Einforderung der Akten gegen den Redakteur Erich Rosenthal von der „Hann. Post“, der wegen desselben Artikels freigesprochen worden sei. Der Gerichtshof gab diesen beiden Anträgen statt und vertagte damals den Termin. In der heutigen Verhandlung wurde die Nichtigkeit der von dem Angeklagten behaupteten Thatsachen bestätigt. Der Anwalt hielt aber dennoch die Klage wegen groben Unfugs aufrecht. Der Angeklagte habe von jüdischen Schlächtern im allgemeinen gesprochen, wozu ihm die vereinzelt Fälle kein Recht gäben. Die jüdischen Schlächter würden durch den Artikel in ihrem Gewerbe beeinträchtigt, und das Publikum, das bei jüdischen Schlächtern zu kaufen pflege, werde durch die Warnung benachteiligt. Dies sei grober Unfug. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 30 M. Der Angeklagte hielt eine längere Verteidigungsrede. Im Schuldenbuch stehe ausdrücklich, daß Fleisch, das für Juden verworfen werde, an Christen verkauft werden solle, „um diese zu ärgern“. Ferner werde vorgeschrieben, daß die Lungen von Vieh und Geflügel, die für Christen bestimmt seien, bespuckt werden sollen. Er führte sodann eine Menge Fälle aus den verschiedensten deutschen Städten an, wo jüdische Schlächter wegen Verkaufes beschuldeter und verdorbener Waare zu zum Teil recht hohen Strafen verurteilt worden waren, so u. a. der Schlächter Samuel Schiff aus Darmstadt zu zwei Jahren Gefängnis. Wegen derartige Verhältnisse aufzutreten, sei doch gewiß die Aufgabe und Pflicht der Presse, und er erwarte daher nicht nur seine Freisprechung, sondern beantrage außerdem, die Gerichtskosten dem Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aufzulegen. Nach kurzer Beratung erlaubte der Gerichtshof auf Freisprechung des Angeklagten. Es sei anzunehmen, daß der Leserkreis des „Deutschen General-Anzeigers“ sich im wesentlichen auf Gesinnungsgenossen des Angeklagten beschränke und diese würden durch die in dem Artikel gemachten Mittheilungen nicht benachteiligt. Außerdem könne man angesichts der erwiesenen Thatsachen die Warnung nicht für unberechtigt halten. Dem zweiten Antrage des Angeklagten zu folgen, liege eine begründete Veranlassung nicht vor.

Wir finden es erfreulich, daß das Gericht in dem groben Unfug-Prozess gegen den antisemitischen Redakteur zu einem freisprechenden Erkenntnis gekommen ist. In vielen Gerichtsberichten wissen, die in dem gleichen Verbrechen gegen Sozialdemokratie a. l. s. Redakteure ergangen sind, ist unseres Wissens nichts von Erwägung des Umstandes zu finden, daß das Blatt, welches „groben Unfug“ verübt haben soll, doch meist nur von Gesinnungsgenossen des Redakteurs gelesen werde.

Man ist aus Nichtberücksichtigung dieser und anderer Umstände zu den wunderlichsten Verurtheilungen gekommen, zu Verurtheilungen, die den Geist der modernen Rechtsprechung auf das greiflichste charakterisieren. Wir erinnern nur an die Urtheile, die in Berlin, Breslau, Sachsen und anderswo allein wegen gewerkschaftlicher Aufreife, Fernhaltung des Zugangs u. s. w. betriebl. ergangen sind. Unsere Parteigenossen werden nicht verabsäumen, diese Erkenntnisse mit dem erfreulichen Urtheil zu vergleichen, das gegen den antisemitischen Redakteur ergangen ist.

Zu dem Verleumdungsprozess des Kommerzienraths Hugo Landau und Generalkonsuls Eugen Landau als Inhaber der Firma Jakob Landau gegen den Redakteur der „Bank- und Handels-Zeitung“, Walther Mandel, fand wieder Termin vor dem achten Strafkammer des Landgerichts I an. Es handelt sich um eine Reihe von Artikeln, die der Beklagte gegen die Firma der Kläger gerichtet hatte. Herr Mandel war vom Schöffengericht zu 600 M. Geldstrafe verurtheilt, die Kläger waren auf die erhobenen Widerklagen freigesprochen worden. Gegen dieses Urtheil war von beiden Seiten die Berufung eingelegt worden. Zu dem jetzigen Termin war eine große Anzahl von Zeugen erschienen, der Gerichtshof konnte aber in die Verhandlung nicht eintreten, da einige wichtige Zeugen fehlten. Es wurde beschlossen, den Justizrath Hofmann in Weinungen kommissarisch zu vernehmen und zu einem demnächst anuberannden Termin die sämtlichen diesmal vorgeladenen Zeugen wieder vorzuladen.

Unser Genosse Emil Rehner in Niddorf sollte sich am gestrigen Freitag vor dem Niddorfer Schöffengericht wegen Verleumdung der dortigen Gendamerie und ihres Oberwachmeisters Peine verantworten. Als Zeugen waren seitens der Staatsanwaltschaft geladen Gemeindefürsorge, Rechtsanwältin Richter und Rentier Stadler, sowie der Berichterstatter des Niddorfer Tageblattes, Casar Granz. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte Genosse Rehner den Vorsitzenden, Amtsrichter Schreiber, wegen Befangenheit ab und begründete diesen Antrag mit seinen Erfahrungen in einem kürzlichen Prozesse, bei welchem Amtsrichter Schreiber gleichfalls den Vorsitz führte. Nach kurzer Verhandlung beschloß der Gerichtshof, den Termin zu vertagen und den Ablehnungsantrag dem Igl. Landgericht I zur Entscheidung vorzuladen.

Die Hof- und Meißner vor der Sozialdemokratie geschützt werden. Ein charakteristischer Strafprozess ist am 24. September vom Reichsgericht in letzter Instanz entschieden worden. Die Strafkammer beim Amtsgericht Sonders-

hausen hat am 2. Juni den Schuhmacher Albert Voigt und den Maurer Wilhelm Kottrodt wegen Vergehens gegen § 112 des Str.-G.-B. zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Beide hatten eine sozialdemokratische Flugchrift „Das Schlachtenjubiläum“ verbreitet, in welcher die Ereignisse von 1870 besprochen werden und welche mit dem entsetzlichen Ausrufe schließt: „Krieg dem Reiche!“ Die Flugchrift enthielt nichts, was gegen das Strafgesetz verstieß, und die Verbreitung an sich wäre zwar nicht strafbar gewesen, aber die Angeklagten hatten das Mißgeschick, die Schriften auch in einem Hause zu verbreiten, welches als Standort für Soldaten diente. Dies hätten sie, so heißt es im Urtheile, offenbar bemerken müssen und haben es auch bemerkt, denn sie haben durch das Fenster gesehen und beim Kampfen im Soldaten im Zimmer wahrgenommen. Die zivilistischen Angeklagten haben ferner, wie das Gericht annimmt, gewünscht, daß ein Korpsbefehl ergangen ist, wonach es den Soldaten verboten ist, sozialdemokratische Schriften zu lesen, zu verbreiten und in ihre Quartiere einzuführen. Dieser Korpsbefehl ist eine auf Grund kaiserlicher Befehle erlassene gesetzliche Anordnung, wie sie § 112 Straf-Gesetzbuch im Auge hat. Zur Verletzung dieser Anordnung haben die Angeklagten nach der Feststellung des Gerichtes die Soldaten anzuregen wollen.

Gegen das erwähnte Urtheil hatten die Angeklagten Revision eingelegt, die den dritten Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte. Es wurde dargelegt, daß Urtheil enthalte unzulässige Widerprüche. Der Reichsanwalt erklärte, solche nicht finden zu können. Nach den Feststellungen hätten die Angeklagten das betr. Verbot gekannt, also dolos gehandelt. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision.

Als das Umsturzgesetz beraten wurde, führte man im Reichstage gegen die, den Schutz des Militärs betreffenden Angelegenheiten an, daß unter Umständen schon jemand zu schwerer Strafe kommen könne, wenn er einem Soldaten eine sozialdemokratische Zeitung oder Broschüre zu lesen gäbe. Man erließ aus dem mitgetheilten Urtheile, daß gar kein Umsturzgesetz nötig ist, um Sozialdemokraten, welche das angeblich herrliche Kriegsheer der Welt durch ein Flugblatt „erschüttern“ wollen, auf Monate ins Gefängnis zu bringen.

Versammlungen.

Der Verein graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen hatte am 4. September eine Versammlung einberufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende das Ableben des Mitgliedes Oskar Nolte bekannt, dessen Auktionen die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Dierauf berichtete der Schöpfer, daß bei der Firma Friedberg u. Silberstein der Vertrauensmann gemahregelt worden sei. Da dies in kurzer Zeit der zweite Fall ist, so sieht der Verein sich gezwungen, die Sache weiter zu verfolgen. Nach einem interessanten Vortrag des Genossen Meyer über das Thema: „Was lehren und die Streiks?“ wurde unter verschiedenen bekannt gegeben, daß die Säkularfeier der Gründung unserer Kunst am 7. November in den „Arminhallen“ stattfindet. Aus dem gleichen Anlaß soll am 6. November am Denkmal ein Kranz niedergelegt werden. Eine Anfrage mehrerer Mitglieder, ob es Thatsache sei, daß Kollege Sillier dem Vertrauensmann der Buchbinder das Verprechen gegeben hat, die Drucker würden sich an dem Kampfe beteiligen, wurde von diesem verneint. Sodann beschloß man, die Urania im Januar zu besuchen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe tagte am 18. d. M. bei Ehrenberg. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, theilte der zweite Vorsitzende Gauthier mit, daß der erste Vorsitzende Behrend sein Amt niedergelegt habe. Alsdann wurde in den 1. Punkt der Tagesordnung eingetreten und hielt Genosse Hoffmann einen mit Beifall ausgenommenen Vortrag über Glaube und Hoffnung. Von einer Diskussion über den so interessanten Vortrag wurde Abstand genommen und erfolgte nach einer Pause die Aufnahme neuer Mitglieder. Unter Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß der Kollege Fritz Hoffmann, Alexanderstr. 27c, seinen Austritt aus dem Verein erklärt habe. Dierauf wurde ein Unterstützungsgehalt von 30 M. an einen hilfsbedürftigen Kollegen bewilligt und ein weiteres Gesuch um 120 M. dem Vorstand überwiesen. Nach Beantwortung einiger von der Versammlung gestellter Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

In einer Versammlung der Möbelpolierer (Hilke Osten) hielt am 21. September Genosse Fabn einen Vortrag über die „Mittelstufen Theorie“. Nach Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten wurde am Schluß der Versammlung bekannt gegeben, daß am 17. Oktober er. das Stiftungsfest des Vereins in „Keller's Hof“ stattfindet. Der Bevollmächtigte Wolf hat sein Amt niedergelegt.

Eine Sitzung der Wandputzler, die am 22. September tagte, nahm den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen. Der Referent, Maurer Friedrich, wies darauf hin, daß die Berliner Maurer in ihren freiwilligen Sammlungen sehr lässig geworden sind. Es haben 3282 Maurer, die neun Stunden arbeiten, binnen 14 Tagen 1855 M. gesammelt, während bei vollständiger Beteiligung 2616 M. hätten einkommen müssen. Hieraus fand eine rege Aussprache über die Ausübung des jetzigen Kontrollarten-Systems statt. Mit der Aufforderung, die nächste Sitzung besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die nur schwach besuchte Versammlung.

Eine sehr zahlreich besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes tagte am Mittwoch in Cohn's Hof. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Drechsler Tost über den Verlauf des Drechslerstreiks. Derselbe ist, beeinflusst durch die außerordentlich günstige Konjunktur in der Drechslerbranche, günstig verlaufen. Nur einige 40 Drechsler streifen im Streit und zwar in 3 Werkstätten, in welchen die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Es sind dies Garschner, Wienerstraße, Schmidt und Kraker. Der erstere giebt sich die große Mühe, Streikbrecher heranzuziehen. Er erfährt sich nach dem Bericht der Kollegen der außerordentlichen Fürsorge der Polizei. Es wäre zu wünschen, daß der Herr seinen schroffen Standpunkt aufgibt und seinen Arbeitern die lumpige Aufbesserung von 17 auf 18 M. bewilligt. In anderen Fällen erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß mit allen gesetzlichen Mitteln der Kampf gegen solche Meister weitergeführt wird. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die Agitation der Tischlermeister-Organisation unter ihren Kollegen, referierte der Vorsitzende Blocke. In den letzten Wochen sei wohl von dem Verein der Tischlermeister für Nord, Ost und Süd-Ost, als auch von der Tischlerinnung eine größere Propaganda unter den Tischlermeistern entfaltet. Die erstere Organisation sucht durch Plakate, die letztere durch Bezirksversammlungen zu wirken. In erster Linie war bei dieser Agitation auf die Lohnbewegung der Gesellen im Frühjahr hingewiesen, deren Erfolg es unweigerlich erscheinen müsse, daß die Meister sich vereinigen, um weiteren Forderungen der Gesellen entgegenzutreten zu können. In einer Bezirksversammlung der Janung im Königshof habe der Tischlermeister Ludemann, der im Frühjahr für eine Verständigung zwischen Meistern und Gesellen gewirkt, ausgeführt, daß die eingeführte Arbeitszeit zu kurz sei; wenn die Gesellen abends heim und dann spazieren gingen, müßten die Meister sich noch abquälen. Der Redner kritisierte sodann die Inkonsequenz dieses Meisters und beleuchtete den Klassenkampf zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern der selbst bei dem Entgegenkommen einer Anzahl Meister nicht beseligt werden kann. Das Vorgehen der Meister müsse die Kollegen belehren, daß sie sich in diesem Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz befinden und habe deshalb jeder

einzelne mit allen Kräften dahin zu streben, daß auch der letzte Kollege dem Verbanne angehöre, der dann eine Macht repräsentire, die jeden Uebergriff der Unternehmern zurückweisen und eine weitere Besserung der Lebenslage der Kollegen herbeiführen könne. Hieran schloß sich die Besprechung der Differenzen in mehreren Werkstätten, wo durch Eingreifen der Werkstatt-Kontrollkommission und der Ortsverwaltung die Arbeitsniederlegung verhütet und die Forderungen der Kollegen bewilligt wurden. Sodann wurde beschlossen, daß der 25 Pfennig-Beitrag für das 4. Quartal erst dann in den Büchern der Mitglieder quittirt werden soll, wenn sämtliche Beiträge bis Ende September bezahlt seien. Dierauf ersuchten noch mehrere Kollegen die Vertrauensleute doch darauf zu sehen, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt würden und auch der Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche nicht vergessen würde. Nach Besanntgabe, daß am Sonnabend das Stiftungsfest des Verbandes bei Keller, Koppstr. 29, stattfindet, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung der Puger tagte am Mittwoch Abend in Keller's Hof. Der Vorsitzende schloß sich mit den weiteren Maßnahmen der Lohnbewegung. Zunächst wurde ein Antrag der Lohnkommission, die während der Arbeitslosigkeit den Kollegen gewährte Darlebensunterstützung in Höhe von 970 M. denselben zu erlassen, angenommen. Nach dem gegebenen Bericht Dietrich's arbeiten zur Zeit in Berlin und Umgegend auf 111 Bauten 1852 Puger, davon 596 mit Arbeitsberechtigungskarten. Der Ausweis des Kassabuches giebt in der letzten Woche 970 Beiträge zum Streiffonds an. Auf 11 Bauten arbeiten 70 Puger unter dem Tarif für 18 und 19 Pf. pro Quadr.-Meter. Die Preise bei Facaden sind mit wenigen Ausnahmen fast alle unter dem Tarif angenommen, doch wird auf allen Bauten außer zweien der tarifmäßige Lohn von 7 M. pro Tag gezahlt. Auf 4 Bauten wird von Bauherren den Bauunternehmern Mithingung geliefert. Als arbeitslos haben sich bei der Kontrolle 97 Arbeiter gemeldet, jedoch dürfte diese Zahl in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher sein. Durch die Kontrolle ist festgestellt, daß in kürzester Zeit 183 Bauten in Angriff genommen werden. Die Höhe des Streiffonds beträgt rund 8000 M. Seit der Lohnbewegung im Frühjahr sind bis jetzt 1732 Arbeitsberechtigungskarten an Puger ausgegeben worden. Da die Annahmer von Pugarbeiten in den Konferenzen beschlossen haben, die Preise bei Facaden-Arbeiten dem Tarif entsprechend aufzubessern und bei Innere-Pugarbeiten den Tarif streng inne zu halten, so unterbreitete die Fünferkommission der Versammlung folgende Resolution:

Nach den Bestimmungen der Fünfer-Kommission sind in je zwei Konferenzen der Annahmer von Pugarbeiten, innere wie äußere, die im Bericht verlesenen Sätze des Tarifs festgesetzt und einstimmig beschlossen worden, den Tarif zu einer geeigneten Zeit vollständig zur Durchführung zu bringen. Die Kollegen der Innearbeit verpflichten sich, von dieser Zeit gemeinschaftlich auf den Bauten kommune zu arbeiten. Ferner verpflichten sich die Kollegen, auf allen in Angriff zu nehmenden Bauten, wo der Tarif nicht gezahlt wird, an einem von der Kommission noch näher vorzuschlagenden Tage den Tarif durch Studenlassen der Arbeit zu erzwingen. Die Fünfer-Kommission unterbreitet der Versammlung folgende Vorschläge zur Beschlußfassung:

1. Am Montag nach dem 1. Oktober werden neue Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben, welche für sämtliche Puger Berlins und der Umgegend maßgebend sind.
2. Der Beitrag beträgt von Montag, den 5. Oktober, 25 Pfennig pro Mann und Woche und endet mit der Woche am 15. November.
3. Sollten sich während dieser Zeit die Arbeitsbedingungen günstiger gestalten, so sind die Kollegen entschlossen, noch in diesem Herbst den Tarif zur Durchführung zu bringen.

Nach einer längeren Debatte wurde die Resolution mit großer Majorität angenommen. Den Hensburger Beistarbeitern überwies die Versammlung 500 M.

In dem Versammlungsbericht der Schlosser in der Nummer vom Mittwoch ist irrtümlich angegeben, daß die Arbeiter bei Schubert u. Werth schon von dieser Woche an Unterstützung erhalten. Der angeführte Beschluß bezieht sich nur auf die schon bereits seit vierzehn Tagen im Aufstand stehenden Arbeiter aus denjenigen Betrieben, die im Bericht ebenfalls erwähnt sind.

Friedrichshagen. Das Bürgerliche Gesetzbuch, die Frauen und die arbeitende Klasse“ lautete das Thema, über welches Genosse Stadthagen in einer am 22. September in Konrad's Hofem Saal abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach. Der Redner gab einleitend in seinem circa 1 1/2 stündigen Vortrage einen Rückblick auf die Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuches, begründete den abweichenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion bei der Abstimmung im Reichstage und streifte dann kurz die neuen Bestimmungen über Miethrecht, Güterrecht, Pandrecht, Eherecht und Recht der unehelichen Kinder, um dann in großen Zügen auf das dem Vortrage zu grunde liegende Frauenrecht und Arbeiterrecht überzugehen. Der Vortragende hob hervor, wenn es auch gelungen sei, in bezug auf die beiden letzten Punkte einige Verbesserungen gegenüber dem bisher bestehenden Gesetzesvorschriften zu schaffen, andererseits auch das Herinbringen reaktionärer Bestimmungen zu verhüten, so seien doch die wichtigsten der von den Sozialdemokraten gestellten Verbesserungsanträge abgelehnt und damit das ganze Gesetz für unsere Vertreter unannehmbar geworden. Daß die Gesetzbuchordnung auch für die ferneren Generationen erhalten bleiben solle, sei nur durch das Verhalten der Vertreter der Freimüthigen erreicht, die in der Kommission mit den Konservativen und Nationalliberalen gemeinsam gegen die Befestigung derselben stimmten. Die papiernen Gesetze bilden kein Hinderniß der ökonomischen Entwicklung gegenüber und die Forderungen der sozialdemokratischen Partei, die bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches von der reaktionären Mehrheit des Reichstages abgelehnt wurden, werden immer wieder und dringender erhoben und über kurz oder lang — wenn auch gegen den Willen der Bourgeoisie — eingeführt werden. Die Unfähigkeit, ein vollständiges Gesetzbuch, ein einheitliches Recht zu schaffen, haben die herrschenden Klassen glänzend bewiesen, und so ist auch dieses Gesetz — Genosse Stadthagen bezeichnet es als das Leichenstück der Gesellschaft — wie kein anderes geeignet, wider den Willen seiner Träger revolutionierend und auflösend unter allen Schichten der Bevölkerung zu wirken. Der Vortrag, der mit drastischen Beispielen aus dem praktischen Leben podend wirkte, wurde von den zahlreich erschienenen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, worauf Genosse Sonnenburg mit einer Aufforderung zum Beitritt in den Arbeiter-Bildungsverein und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung schloß.

Arbeiter-Bildungsverein. Sonntag Abend von 8-10 Uhr: Säkularfeier des 14. Waldemarstr. 14: Versammlung. (Die wichtigsten Gesetze für die Zukunft des öffentlichen Lebens. Vortr. von Genosse Stadthagen.) Herr Heinrich Schulz - Nordstraße, Müllersstr. 120a: Schlußfeier. Wiedereröffnung Anfang Oktober Brunnenstraße 28, 1. Hof 1176 1 Tr. 2. Arbeiter-Bildungsverein Berlin und Umgegend. Vorstand: Dr. Neumann, Weißhofstr. 8. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottmann, Pantoffelstr. 49, 9. 2 Tr. Arbeiter - Bund Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Güller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr. Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Beschlüsse, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Dahn, Schönhauser Allee 177 c. Bildungsverein „Neuer Licht“. Sonntag, den 27. September, abends 7 Uhr, Alexanderstr. 27 c: Versammlung. Vortrag über: „Die Entwicklung der Religionen.“ Referent: Herr Fritz Hansen. Freireligiöse Gemeindegemeinschaft. Sonntag, den 27. September, vorm. 11 Uhr, in Keller's Hofem, Appenzelstraße 29: Preis der Studienaufnahme. Referent des Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Recht der Jugend.“ Arbeiterverein „Lata-Logo“. Die Sitzungen des Vereins finden von heute ab jeden Sonntagabend von 8 Uhr im Saale von Keller's Hofem, Appenzelstraße 29, statt. Geht Vortrag des Herrn Bauer über das Verhöltniß der Vereinsmitglieder.

Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatt im Hause.



Herren-Hüte enorm billig

Nur neueste Façons in allen Farben, vollständig fehlerfrei, gibt einzeln ab die Fabrik zu folgenden Preisen:
 Steif 1,90-2,80-2,50-3,00 M.
 Weich 1,00-4,00 M.
 Paardhüte 4,80-6,00 M.
 Zylinder-Hüte 4-11 M.

im Komptoir Grüner Weg 2, I. a. d. Sfflandstraße.
 Reichenbergerstr. 166, 1. Etage. 8008L*

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert Schuhwaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99

und **Rosenthalerstr. 63/64** verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

München, Sendlingerstraße 10.	Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Dachauerstraße 88.	Bremen, Paulsenstraße 75.
Sandbergerstraße 7.	Hannover, Klagenmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.	Hamburg, Bergstraße 8a.
Düsseldorf, Widmarstraße 91.	Leipzig, Zeilstraße 37.
	Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 5846L*

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Achtung! Möbel! Achtung!

Wegen Aufgabe unserer Möbeltischlereien und Tapezierwerkstatt sollen die Restbestände der Möbel- und Polsterwaren, darunter ganze Einrichtungen, zu jedem annehmbaren Preise bis 30. September verkauft werden. Geverkaufte Möbel können bis 1. Oktober lagern.

M. Wollner's Möbeltischlereien,
 Berlin SO, Köpnickersstrasse 154, I. Hof, Fabrikgebäude.

Deutsches allgemeines Sportfest in der Berliner Gewerbe-Ausstellung

Sonnabend, 26. Septbr., 12 Uhr, vor dem Café Bauer:

Concours hippique.

Montag, 28. Septbr., 3 Uhr, Grosser Wagen- vor dem Café Bauer: Blumenkorso.

Unsinn!!

ist es, viel Geld für Hüte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, z. B.:
 Knabenfilzhüte von 1,50 M. an
 Herrenfilzhüte 1,50 " "
 Cylinderhüte 4,00 " "
 Haarfilzhüte 4,80 " "
 Chapeau claque, Plüsch-Hüte, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert,** Gut: Scharlagener, Waldemarstr. 44, partiere rechts im Komptoir, kein Laden. Nur moderne Waare in großer Auswahl.

Pichelswerder.

Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorräthig. Es ladet ein **Der alte Freund.** 6017L*

Klavier, Violinunt. etc. Zoffenerstr. 41 III

Cirka 10300 Stück Zug-Harmonika's patentirt.



in Deutschland patentamtlich geschützt, unter D. R. G. M. W. 47402 eingetragen und von mir selbst erfundenen Clavirtur mit Spiraltastenführung herab bis zu 3 Monaten (Mit. Juni, Juli 1898) vorläufiglich eine Reclamations wegen Brechen oder Zerbrechen neuer Zahlenübertragung ist in dieser Zeit eingetragener. Ich garantiere nach wie vor 10 Jahre für diese Geben! **1000 Mark!!** falls ich denjenigen Fabrikanten oder Händler, welcher mit den Nachweis erbringt, dass er die gleiche Anzahl Zug-Harmonika's in dem oben angegebenen Zeitraum an Privat abgesetzt hat. Ein weiterer Beweis für die Vorzüglichkeit meiner Instrumente wird dadurch überflüssig; Jedermann wird die Überzeugung gewinnen, dass man im größten Geschäfte in der Regel auch am besten und billigsten kauft! Für nur **5 Mark 70 Pfg.** verleihe ich meine bekannten, vorzüglichen Instrumente mit obiger patentamtlich geschützter Hebung versehen, bestehend aus 10 Zählern, 10 Zählern, 40 Zählern, 2 Zählern, 2 Zählern, offene Metall-Clavirtur mit einem breiten Metallband umlegt, gutem Harten Holz mit 2 Doppelböden, 2 Substanz, vertieften Faltten, mit Stahl-Edelstücken und brillanten Edelsteinen. Jede dieser Pracht-Instrumente 30 cm. halbes Instrument 2-Hälfte mit 2 Register 27,5 cm. halbes Instrument 1-Hälfte mit 4 Register 27,5 cm. Verpackung und Behälter in solider Ausführung. Porto 80 Pfg. Man sende beim Besteller **Heinr. Suhr** in **Neuenrade**.

Sonnabend: Resterverkauf

Beachtenswert für Schneider

[5508L*]

Angug- u. Walelthoffe.
Brenner & Cie.
 Alte Jakobstr. 57/59.
 Jedes Maas zu Engrospreisen.

Achtung! Kein Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 5028L* G. F. Dinslage, Rottbuiserstr. 4, Hof part.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

Reelle Waare. **Franz Tutzauer** Tischlermeister, Blücherstr. 14. Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahagoni zu soliden Preisen. 58

Fruchtweine

Johannbeerwein, weiß und roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein 1/2 Liter 75 Pfg. 2 Liter 1 Mark 25 Pfg.



Kosthülle der Berliner Groß-Debitantens Berliner Gewerbe-Ausstellung. **Eugen Neumann & Co.** Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliancestr. 98, H. Friedrichstr. 51, Dronienstr. 29, Genslerstr. 29, Potsdamer-Bäderstr. 7, Charlottenburg; Kolfer Friedrichstr. 45.

M. J. Hahlo, Patentanwalt,

Berlin NW., Karlstrasse 8. Patentansuchung und Verwerthung. 5824L* Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Jede Uhr

reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Vincenz. **Carl Lux, Uhrmacher,** 35, Chaussee-Strasse 35.

Buchhandlung Vorwärts

2. Deuth-Strasse. Berlin SW. Deuth-Strasse 2.

Sodern ist bei uns erschienen:

Geschichte der Modernen Gesellschafts-Klassen in Deutschland.

Von

P. Kampffmeyer.

284/19

Preis elegant gebunden 2 Mk. Porto 20 Pfg.

Es ist ein Stück Kulturgeschichte, was der durch eine Reihe früherer Arbeiten bekannte Verfasser in seinem neuesten Buch bietet. Gestützt auf reiches Material, gründlich und dabei doch allgemein verständlich, schildert der Verfasser Entstehung, Blüthe und Auflösung der mittelalterlichen Produktionsweise in Landwirtschaft und Handwerk, die Entstehung und die durch Verwaltung und Gesetzgebung unterstützte Entwicklung des modernen Kapitalismus in Stadt und Land, die dadurch hervorgerufene Revolutionierung des ganzen öffentlichen und privaten Lebens und schließt mit einer glänzenden Darstellung des Widerstands, in dem heute schon die hochentwickeltesten Produktionsverhältnisse und das Gewissen der unteren Volksklassen die bürgerliche Gesellschaft verfeuert haben, aus dem es nur einen Weg zur Befreiung giebt: die Sozialisirung der Gesellschaft, deren Grundlinien er in kurzen kräftigen Sätzen markirt.

Wir empfehlen das Buch, das in populärer Kürze zum ersten Male eine gedrängte Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und des Proletariats in Deutschland bringt, zur weitesten Verbreitung.

Mohr'sche Margarine Marke FF

aus der Fabrik von A. L. Mohr in Altona-Fahrenfeld (Jahresproduktion 32 Millionen Pfund) befiht nach einem Gutachten des Reichs-Chemikers Herrn Dr. Wischhoff in Berlin denselben Nährwerth und Geschmack wie gute Naturbutter, und ist bei den jetzigen hohen Butterpreisen als vollständiger und billiger Ersatz für seine Butter zu empfehlen, sowohl zum Aufstreichen auf Brot, als zu allen Küchenzwecken. 1149R

Überall käuflich!

NB. Man verlange ausdrücklich: Mohr'sche Margarine.



Parteigenossen! Hüte Kontrollmarke,

nur mit 58422*

Schirme, Stöcke, Kravatten.

Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2.
 Ecke Skalitzerstr.

Haben Sie Wanzen oder Schwaben?

Das ist es Ihre Schuld! Wenn Sie doch verwenden Sie doch **R. Hoffers' Spezialmittel,** welche die Thiere mit Brut sofort tödten und ihr Wiederkommen verhindern! Dose 50 Pf., 1 Mt. u. 3 Mt. beim Erfinder **Rud. Hoffers,** Rantenerstr. 87 u. Reichenbergerstr. 55. 5788R*

Cohn's Hosenfabrik

und Besterhandlung befindet sich nicht mehr Pallisadenstr. 7 sondern nur **Pallisadenstr. 3.** 5923L*

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 3243b **Barnimstr. 45.** Kottbusser-Allee 101.

Moderne Herrenhüte

von 1,50 M. bis 2,50 M. **Grüner Weg 112, part. (kein Laden.)**

Wichtig für Brautleute.

Außerordentlich bill. Gelegenheitskäufe. **Muschelbettselbe 28 M., Muschelkleiderpind 38 M., Muschelvertiko 38 M., Nachttische 9-14 M., Waschtische 17,50-27 M., Sophasische 17,50 M., Divans mit Auszug 48 M., Paneel-sopha mit Säulen und Taschen 185 M.** **Möbelspeicher,** Rantienplatz am Kupfergraben, früher Weichhaus.

Künstl. Zähne

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

LINOLEUM-RESTE,

Linoleum-Topplachs, auch etwas fehlerhafte, Wachsresten, Gummi-Tischdecken sehr billig **Grüner Weg 102, part.**

Musehel

möbel spottbill. verkauft **Musehel,** Rosenthalerstr. 4, III. Bildhauer

Verzugs halber verkaufe Muschelmöbel spottbill. Brautleuten sehr empfehlenswerth. 427b **Kolbe,** Reichenbergerstr. 100, 1 Tr.

Achtung! Künstl. Zähne

von 8 M. an, Teilg. wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nerventöden bei Befestigung umsonst. **Stadel,** Rantenerplatz 2, Gasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Oberbender Getzgänge

eigener Mästerei empfiehlt den Genossen in Postpack. zu den billigst. Preisen **Wriezen a. O. Rudolf Salomon.**

Mache die Parteigenossen u. Freunde auf meinen **Milch-, Badwaaren- u. Genossenschaftsbrot-Verkauf** aufmerksam. **H. Scholz,** Dufitenstr. 31.

Hoffmann-Pianos

versucht, Gipsen, mit gelb. Lack, in schwarz od. Holz. bei 1. Reiterstr. 101b. Die Pianos, gegen 2000, mit 20 oder 22 Saiten, nach auswärts ist. **Jerusalemstr. 14, Berlin.**

Möbel,

Spiegel und Polsterwaren **Wohnungs-Einrichtungen** u. 300, 346, 448, 711, 1290 bis 5000 M.

Wilh. Imrock, Tischlermstr.

Berlin S., Alte Jakobstr. 77 nahe der Neuen Hof- u. Dresdenerstr. **Geegründet 1869.**

Harmonika,

Violinen, Zithern in nur besten Qualitäten kaufen Sie sehr vortheilhaft. **v. Paulus & Kruse** Marknaukerstr. 189. Rat. gratis.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 27. September, vorm. 10 Uhr:

Große öffentliche Volks-Versammlung

im Feen-Palast, Burg- u. Wolfgangstraßen-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Die Innungs- und Handwerker-Vorlage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Max Schippel. 2. Diskussion. 208/12
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vertrauensmann.

Versammlung der Brauer, Böttcher und verwandten Berufsgenossen

am Sonntag, den 27. September, nachm. 2 Uhr, bei Keller (Tunnel), Koppenstraße Nr. 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Abrechnung der Agitationskommission. 3. Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. 68/19
Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

Metallarbeiter Tegel's!

Sonntag, den 27. September, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Rabsam Nachf., Schloßstr. 7-8:

Große öffentliche Versammlung

sämtl. in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Germania in Tegel beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitsverhältnisse in der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania“ in Tegel. Referent: Kollege Herm. Faber, Berlin. 2. Diskussion. Kollegen! In anbetracht der Verhältnisse auf der „Germania“ ist Euer pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. 118/4
Der Einberufer.

Achtung! Schlosser!

In nachstehenden Werkstätten befinden sich die Kollegen noch im Auslande: Bothmann, Neue Jakobstr. 5; de la Vari, Kastanien-Allee 10; Rössemann, Kastanien-Allee; Dübner, Beuststraße 70; Donner, Risdorf, Mariendorfer Weg 66; Jean Violet, Kronenstr. 8; Pinnow, Pallisadenstr. 84; Schubert & Werth, Prenzlauerstr. 41. 116/4
Zuzug fernzuhalten!

Textilarbeiter!

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Textilarbeiter Berlins am Montag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26. 541b

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Agitationskomitee und Neuwahl desselben. 2. Bericht vom Delegierten der Gewerkschaftskommission und Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes. [Das Agitationskomitee der Provinz Brandenburg. S. A.: Gustav Lehmann, Koppenstr. 32.

Verband aller in der

Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, den 28. September 1896, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Former und Gießerei-Arbeiter im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 110/11

In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Achtung! Glaser Achtung!

Berlin und Umgegend.

Sonntag, 27. Sept., vorm. 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung und was haben wir erreicht.

2. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Streikkommission.

Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.

Sonntag, den 27. September:

III. Stiftungs-Fest

des Stralauer Orchester-Vereins „Harfe“ (Dir.: J. Malhofer.) Von 4 Uhr ab: Instrumental-Konzert, sowie Auftreten verschiedener Spezialitäten. 266/18

Um 6 Uhr: Großer Musikwettbewerb für sämtliche Musikvereine Berlins und Umgegend.

Großer Ball.

Die Ballmusik wird von der 24 Mann starken Orchester-Abteilung des Vereins „Harfe“ ausgeführt. Musikaufführungen von über 100 Musikern.

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26, achtzehn alten Nordhäuser Liter M. 1.—, 1/2 L. M. 0,50, extra alte Waare „1,40, „0,70. Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Carolinenhof. C. Mandt, Restaurant.

Dampfschiffstation. 58479

Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Obersee. Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. Wald-Spielplätze.

Verantwortlicher Mediateur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Blocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Empfehlenswerthe Schriften meines Verlags durch mich und alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Arbeitsvertrag.

Eine Darstellung des Rechts der Arbeiter im Arbeitsvertrag. Auf Grund von Gerichtsentscheidungen. Unentbehrlich für jeden Arbeiter. Bisher 4500 Expl. abgesetzt. Von der Presse sehr empfohlen. Preis 20 Pf. Porto 3 Pf. Bei größerem Bezug bedeutenden Rabatt.

Das Recht und die Rechtshilfe des Handlungsgehilfen.

Eine kritische Darstellung der Rechtsverhältnisse der Handlungsgehilfen, als Denkschrift zum Handelsgesetzbuch-Entwurf. Preis 25 Pf. Porto 3 Pf. Bei größerem Bezug Rabatt.

Friede auf Erden oder Die Ausweisung am Weihnachts-Abend.

Soziales Bild in 2 Aufzügen. (Bei H. Hoffmann, Berlin, in 2. Auflage erschienen). Eine Erinnerung an die sozialiengefehrliche Zeit. Preis 40 Pf. Porto 3 Pf. 7 Expl. (sämtl. Rollen) 2,50 M. Porto 10 Pf.

Rosseau. Drama in einem Akt.

Es behandelt den Kampf des Demagogen thums gegen den geistigen Fortschritt. Preis 30 Pf. Porto 3 Pf. 5 Expl. (sämtl. Rollen) 1,40 M. Porto 10 Pf.

Hochachtungsvoll Rich. Lipinski, Leipzig, Königsplatz 2

Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142.

Telephon: Amt Koabit 1213.

Sonntag, den 20. September 1896:

Kinder-Vorstellung.

Anfang 4 Uhr.

Nachdem: Gr. Konzert u. Ball.

Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf.

Säle zu Festlichkeiten u. s. w.

Theodor Boltz, Deponom.

A. Witt's Restaurant, Simeonstraße 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.

„Zum eichenen Stab“

Karl Schöning 60022

Köpenickerstr. 68, Hof part.

empfeilt Saal, zwei Vereinszimmer.

Regelbahn noch mehrere Tage frei.

Mart. Berndt's Würfelstube

empfeilt nach wie vor allen Freunden

und Bekannten ihren vorzüglichen

Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.

Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab.

H. Eisbeins. Für gute Biere ist selbst-

verständlich bestens Sorge getragen. Um

zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt,

Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke

Achtung! Vereine. Achtung!

Vereinszimmer mit Piano

noch für mehrere Tage zu vergeben im

Wirthshaus zum Glücklichertl,

Brandenburgstr. 64 part.

5921E* M. Pönnh.

Empfehle mein Weiß- und Bairisch-

Bier-Lokal m. Vorgarten, zwei Vereins-

zimmer mit Piano. Johann Meh-

mann, Danzigerstr. 78.

Paster's

Gesellschafts-Säle

Neue Königstrasse 7.

Säle von 100-400 Personen

mit Garten für Festlichkeiten und

Versammlungen. 5018L*

Cösliner Hof,

Obaltnorstr. 8.

Eröffnung: Oktober cr.

Säle zu Versammlungen und

Festlichkeiten. 2 verdiepte Regel-

bahnen. Gute Küche.

Fest-Saal Königstadt-Casino,

Holymarktstr. 72. [5980L

Mehrere Sonnabende und Sonntage,

8. u. 4. Oktober, 28. November, 5., 8.,

12., 13., 19., 20. Dezbr. sind z. vergeben

Johannisthal, Ladner's

Kurhaus,

Kaiser Wilhelmstraße 6.

Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal

Vereins-, Regelfahrt, Billard, Sommer-

wohnung u. Ausspannung. [5844E*

Häferland's Restaurant,

Ober-Schönweide. [5841L*

Empf. seinen Garten, Saal, Regel-

bahn, Kaffeeküche. Solide Preise.

Köpenick.

Den Vereinen und Gesellschaften halte

mein Lokal mit Saal bestens empfohlen.

E. Paulick, 5626E*

Schönerlinder- u. Grünauerstr.-Ecke.

Treptow. Partischlößchen

empfeilt sich den Vereinen und Gesell-

schaften. C. Kumpel Ww.

Schönerlinder- u. Grünauerstr.-Ecke.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuh-

fabrik von W. Hirschke, gegründet 1872

Stalinerstr. 13, Ecke Admiralsstraße

am Kottbuscher Thor. 5015E*

Buchbinder!

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in

Buchbindereien, Kontobuch-, Galanterie- und Luxuspapier-

Fabriken beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

am Dienstag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr,

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung:

1. Der gegenwärtige Stand unseres Streiks. 2. Diskussion. 3. Ver-

schiedenes. 27/15

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Lohnkommission.

Gasanstaltsarbeiter!

Sonntag, 26. Sept., abds. 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung der Gasanstaltsarbeiter in der Danzigerstraße und

wie verhalten sich die Arbeiter der anderen Gasanstalten hierzu.

Der Einberufer: G. Bensch, Memelerstr. 52.

NB. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Stadtverordneten sowie

der Magistrat eingeladen. 42/3

Verband der Möbelpolierer!

Nächsten Montag, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstraße 18a:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das moderne Raubritterthum. Referent: Genosse Hoffmann.

2. Diskussion. 3. Wahl eines Zahlstellenassistenten. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen der Werkstatt Boler, Briserstr. 7, Lock, Dieffenbachstr. 86,

sind hiermit besonders eingeladen. — Zu dem am 17. Oktober in Keller's

Festsälen, Koppenstr. 29, stattfindenden 11. Stiftungsfest sind Billets

(Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. inkl. Tanz) in obiger Versammlung sowie in

den Zahlstellen zu haben. — Diejenigen Mitglieder, welche als Rekruten ein-

gezogen werden, werden ersucht, dies H. Schulz, Memelerstr. 60a, mitzutheilen.

145/3 Der Vorstand.

Kollegen, welche dem Gesangverein der Möbelpolierer beitreten wollen,

mögen Dienstag Abend 8 1/2 Uhr Königsbergerstr. 12 erscheinen.

Achtung! Achtung!

Karton-Branche!

Sonntag, den 27. September, vormittags 10 Uhr, in

Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Stellungnahme zu dem Streit der Buchbinder. 2. Diskussion.

3. Kartnarbeiter und Arbeiterinnen! Seit Anfang dieser

Woche kämpfen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch- und Kontobuch-

branche für Erringung besserer Arbeitsbedingungen; ist es da nicht unsere

Pflicht, hierzu Stellung zu nehmen? Es fehle am Sonntag Vormittag kein

Kollege und keine Kollegin in der Versammlung, alle müssen am Platze sein.

Es erwarten dies [27/14] Die Einberufer.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 27. September 1896, nachm. 2 1/2 Uhr:

Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk.

Einmalige Vorstellung:

Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten

von Fr. Schiller.

Elisabeth: Anna Jordan a. G. Maria Stuart: Hedwig Margot. Mortimer:

Julius Türk. Graf Lesler: Oskar Krüger a. G. Bückleig: Alfred Philipp a. G.

Schrensbury: Wilhelm Ruff.

Beginn der Verlosung 1 1/2 Uhr. 296/18

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).

Sonntag, 26. September 1896, in Keller's Festsälen,

Koppenstraße 29:

IV. Stiftungsfest.

Großes Konzert

ausgeführt von einer 20 Mann starken Kapelle der „Freien Vereinigung der

Zivil-Berufsmuster“ unter Leitung des Dirigenten Herrn G. Grass.

Theater- und Gesang-Aufführungen,

ausgeführt von der Theater-Gesellschaft Strizewicz.

Aufführung lebender Bilder und Ball.

Während der Vorstellungen findet im kleinen Saale Tanz statt.

Anfang 8 Uhr.

Billets, Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., sind in allen Zahlstellen des

Verbandes, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. 77/4

Brauerei Friedrichshain (Am Königs-

Thor).

Sonntag, den 27. September 1896:

Großes Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Gesang-Aufführungen der Gesangvereine „Schildhorn“, „Deutsche Schleiße“,

„Nord-Jubiläum“ und „Wedding“ unter Leitung ihrer Dirigenten Herren

P. Kurz, M. Jentz und Schwintzer. 575b

Anfang 5 Uhr.

Eintritt 30 Pf.

Nach dem Konzert: Großer Ball.

Pferdebucht bei Köpenick. Sonntag, 27. Sept.

Gr. Wursten verbunden mit komischen Vorträgen, ausgeführt von Künstlern ersten Ranges. Tanzkränzchen. Hierzu ladet ergebenst ein W. Magdeburg.

20 Minuten Waldweg. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.